

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,30 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzel-
te der Post-Beilage „Welt“ für
1895 unter Nr. 7189.

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 6. November 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Stichwahl in Dortmund.

Wir erhalten aus Dortmund, datiert vom 5. November, abends 9 Uhr 40 Minuten, folgendes Privattele gramm Lütgenau's Wahl gesichert.

Er erhielt bisher 23 806 Stimmen gegen Möller 20 176 Stimmen.

Wahrscheinlich wird sich das Resultat noch ändern, da einige Außenbezirke fehlen werden. Indes ist der Vor- scheinung groß genug, um die Zuversicht unserer Genossen auf den Sieg zu rechtfertigen.

Auch ein Vergleich mit dem Ergebnis der Stichwahl bei den Hauptwahlen 1893 drängt zu dem nämlichen Schluß. Damals hatte der nationalliberale Kandidat Möller mit 21 589 Stimmen über den sozialdemokrati- schen Kandidaten Tölke mit 21 525 Stimmen gesiegt.

Nach den bis jetzt ermittelten Zahlen ist also Möller gegen damals um 1418 Stimmen zurückgeblieben, während die sozialdemokratischen Stimmen um 2281 gewachsen sind.

Nach der letzten um 10 Uhr 6 Minuten zugegangenen Depesche erhielten: Lütgenau 24 410, Möller 21 504 Stimmen.

Das ist die Antwort des Volkes auf alle die Ver- unglimpfungen und Verfolgungen, die unsere Partei in letzter Zeit über sich ergehen lassen mußte.

Hoch die Sozialdemokratie!

Währung und Landwirtschaft.

Auf dem dritten internationalen landwirtschaftlichen Kon- greß in Brüssel hat Herr Wilson Allard, Direktor der Brüsseler Bank, eine Resolution über die Währungsfrage ein- gebracht, die, weil sie zu Gunsten des Bimetallismus ausgefallen ist, jetzt von allen agrarischen Blättern mit vielem Beifall ab- gedruckt und im Lande verbreitet wird. Da der Kongreß ab- 400 gegen 3 Stimmen beschloß, hat, daß

die Landwirtschaft eines jeden Landes alle in ihrer Macht befindlichen Mittel ergreifen sollen, um ihre Regierungen dahin zu bringen, eine internationale Münzkonferenz zu er- wirken und durch ihre Mitwirkung diese Konferenz zu er- leichtern, zu dem Zwecke, eine internationale bimetalistische Vereinigung herzustellen oder wenigstens das weiche Metall in seine früheren Funktionen als internationales Metall wieder einzuführen, damit die landwirtschaftliche Krise aufhöre und das Sinken der Preise, welches der Währungsanarchie zu- zuschreiben ist.

so haben wir demnach wohl wieder eine lebhaftere bimetal- listische Agitation zu erwarten und es rechtfertigt sich, wenn wir kurz auf die Zusammenhänge von Währung und Landwirtschaft eingehen.

Erst die Verbindung der Währungsfrage mit der Frage des landwirtschaftlichen Notstandes hat in Deutschland die bi- metalistische Bewegung in Fluß gebracht und alle anderen Gesichtspunkte, die in der Erörterung der Währungsfrage zu Gunsten der Doppelwährung vorgebracht werden, verschwinden neben den rein agrarischen. In einer Nothlage der Landwirth- schaft und besonders der ostelbischen zweifelt man heute nicht mehr: die Meinungen gehen nur auseinander über die Ur- sachen dieses Nothstandes und über die Mittel zu seiner Besei- gung. Seine erste und tiefste Ursache liegt in der Ueber- schuldung der heutigen Grundbesitzer, die in blinder Zuversicht auf eine stets wachsende Produktivität der landwirth- schaftlichen Betriebe zuweilen ihre Besitztungen zu theuer gekauft, oder im Erbange zu theuer übernommen haben, vielfach auch ihre Ansprüche an das Leben zu hoch hinaufgeschraubt haben; seine zweite Ursache aber liegt in dem Sinken der Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte. Dieser Preisfall wurde hervorgerufen durch die wachsende Konkurrenz der Ver- einigten Staaten, Argentiniens und Indiens auf dem Getreide- markt. Die Konkurrenzsfähigkeit dieser Länder aber beruht, so meinen die Agrarier, auf der Silberwährung jener Export- länder. Dem ist nun nicht so; zunächst haben die Vereinigten Staaten gar nicht Silber, sondern Goldwährung, fallen also aus dieser Diskussion aus. Theoretisch ist die Erwägung der Agrarier nicht ohne Ueberzeugungskraft: wenn ein Getreideland eine schlechte Währung hat und ein Händler mit gutem Geld in der Hand kommt hinein, so kann er für wenig gutes Geld viel Getreide kaufen, also lohnenden Export treiben; das wird natürlich einen An- sporn für die Produzenten bilden, die nun immer größere und größere Quantitäten bauen und zum Verkaufe stellen werden. Aber in Wirklichkeit verhält sich doch die Sache nicht ganz so. Das beweist das Beispiel Argentiniens. So lange dies Land in der fürchterlichsten Währungsalamität steckte (vor 1883 wurde Gold mit 1000—8000 pSt. Agio genommen, d. h. der Peso galt statt 4 M. nur 13 Pf.), so lange produzierte es kaum genug Getreide zum eigenen Bedarf; als aber die Währungsverhältnisse sich besserten, da hob sich der argentinische Weizenexport mit einem Schlage. Die Zunahme der argentinischen Produktion ist eben nicht durch die zerrüttete Währung, sondern durch die rasche Aufschlüsselung vorzüglichen Getreidebodens ver- mittels einer starken Entwicklung der Verkehrsmittel (Eisen- bahnen) und einer fortschreitenden Verabfolgung der Frachten entstanden. Die Eisenbahnbauten aber wurden erst gefördert, als eine Verringerung der Währung den ausländischen Kapi- talisten das finanzielle Vertrauen zu dem Lande gab.

Es bleibt also dabei, daß nicht die Währungsverhältnisse die starke ausländische Konkurrenz geschaffen haben, sondern die

*) Vergl. das III. Heft der vom Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung herausgegebene Währungs-Bibliothek. Stuttgart, Böng u. Co.

gewinnend und gütig. Schneeweiße Haare traten unter dem runden Hirtenhute hervor, um den eine lilaseidene Schnur gezogen war.

„Wenn es Excellenz paßt, dann wollen wir wieder zu unserem Wagen gehen“, sagte der Minister.

Lächelnd vernickte sich der Bischof. Er reichte Balder und Anna die Hand und gab sie im Vorübergehen auch dem Lehrer, dem es sonderbar die Brust durchzog.

„So, und nun, mein lieber Herr Förster, leben Sie wohl, und lassen Sie sich nochmals sagen, wie leid mir der Tod Ihrer guten Frau gethan hat.“ Das sprach der Minister, dessen Wesen bei aller Freundlichkeit doch immer etwas Formelles und Verablassendes zeigte. Als ihn Gattl zur Gartenthüre geleitete, reichte er ihm flüchtig die Hand und sagte eindringlich:

„Ich habe schon über Sie mit Ihrem künftigen Schwiegervater gesprochen, thun Sie jetzt Ihre Schuldigkeit, dann kann, was heuer nicht wurde, im kommenden Jahre geschehen.“

Leicht hob er den grauen, eleganten Filzhut und schritt mit dem grauen Kirchenfürsten langsam zum Fuße des Büßers hinab, wo eine gassende Menge den ungewohnten Besuch anstaunte.

Nun kam der Lehrer allmählich zu sich. Er drehte sich um und bestaunte den Förster:

„War das der...“

Der Unterrichtsminister Dr. von Schulz, ja, der war's!

„Und der andere, unser Erzbischof?“

„Ja wohl.“

„Die kamen zu Dir?“

Balder lächelte:

Der Minister hat als junger Beamter oft bei mir ge- wohnt, wenn er im Herbst zur Jagd kommen ist, aber des- is scho viele Jahre her. Jetzt hat er halt den Tod von der Toni erfahren und da is er gelegentlich bei mir vor- g'fah'n. Des is alls.“

Je ruhiger der Förster dieses unerhörte Ereignis auf- nahm, um so heftiger erhobte es den Lehrer, bei dem die furchtbaren letzten Wochen mit einem Schlage in Vergessen- heit sanken;

Infektions-Gebühr beträgt für die laufende Postzeitung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Besondereinfachungen 20 Pf. Inferte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist am Wochen- tagen bis 7 Uhr abends, an Son- ntag und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lebensversicherer: Amt 1. Nr. 1509.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Aufschlüsselung großer Flächen jungfräulichen Bodens, der mit er- heblich geringeren Produktionskosten mehr Brotertrag erzeugt, als der altbebaute europäische. Ganz und gar unzugänglich können die Agrarier für diese Thatsache nicht sein, sie müssen doch sehen, daß durch eine Währungsverschlechterung die überseeische Kon- kurrenz nicht dauernd ferngehalten werden kann; was beabsich- tigen sie dann noch mit ihrer Agitation? Im ver- schwiegenen Busen tragen sie ein schlaues Pländchen! Freilich hat der Landwirth keinen Vortheil von einer Geldverschlechterung, wohl aber der vorverdiente Landwirth. Wenn nämlich bei einer Währungsverschlechterung der Nennbetrag seiner Schulden derselbe bleibt, so macht er ein um so besseres Geschäft, je mehr die Währung verschlechtert wird! Also ist die Schuldenentlastung das erste Ziel der bimetalistischen Bestrebungen; durch einen Akt der Gesetzgebung wollen sich die Agrarier die unbequemen Schuldner vom Halse schaffen.

Der Arbeiterklasse könnte es ja im großen und ganzen ziemlich gleichgültig sein, wie die kapitalistischen Schuldner die ditto Gläubiger über's Ohr zu haufen suchen, wenn nur nicht schließlich auch hier wieder sie einen großen Theil der Last zu bezahlen hätten: denn eine Geldverschlechterung bedeutet Steigerung der Preise der Lebensbedürfnisse; einer Steigerung der Preise folgt aber sehr langsam erst und in der Regel erst nach harten Kämpfen eine Steigerung der Löhne. Darum haben die Arbeiter ein Interesse an einer stetigen Währung.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. November.

Die orientalische Frage ist wieder aufgeworfen, — daran ist nicht mehr zu zweifeln — und der Gegensatz zwischen Rußland und England hat sich demnach zugepunkt, daß ein Zusammenstoß fast unvermeidlich erscheint. Die russische Presse, die kein der Regierung unangenehmes Wort sparen kann, schimpft in bestiger Weise auf England und giebt offen zu, daß Rußland für seine den Chinesen geleisteten Dienste doch eine materielle Entschädigung haben müsse. Die beiden Verbündeten Rußlands: Frank- reich und Deutschland billigten das Vorgehen Ruß- lands. Im übrigen könne England, das ganz isolirt sei, thun, was es wolle.

Nicht minder heftig, allerdings etwas anständiger, spricht die englische Presse sich aus. Und die englische Regierung, die sehr wenig spricht, hat in aller Stille eine starke Panzerflotte nach dem Goldenen Horn geschickt, um erforderlichen Falls Konstantinopel gegen russische Ueber- fälle zu schützen. Und des weiteren hat sie eine bedeutende Verstärkung der englischen Flotte im Stillen Meer — an der chinesischen Küste — angeordnet.

So stellen sich an zwei Hauptpunkten des kommenden

„Aber, Balder, i bitt Dich“, rief er freudig, „wenn der so mit Dir steht, da kann ja all's no gut wer'n!“

„Hoffen wir's. Allzviel darf man so hohen Herren net trauen, es is net immer gut Kirichen essen damit!“

Etwas Ungewohntes, was ihn lange nicht mehr ge- sehen war, passirte dem Lehrer. Er mußte lachen. Wie das die Brust erleichterte!

„Wer hat mi denn 'rüber holen lassen?“ fragte er.

„Der Minister hat eigens nach Dir verlangt, er hat bi sehen woll'n.“

„Hat eigens nach mir g'schickt... der Minister? No, nacha is gut... is gut... Thut's mi net verspotten, wenn i so narrisch bin und jetzt so verrückt lachen und wieder weinen muß, aba... ich hab' eine schreckliche Zeit verlebt bis zu dem heutigen Tag, wo i wieder aufschauen kann.“

Die tiefen Thränen standen ihm in den Augen.

„I glaub's“, sagte der Förster, indem er ihn ernst anblickte.

„Und gelt“, begann der Lehrer wieder, „der Minister kommt ja jeden Sommer nach Mariavirchen zum Land- aufenthalt hinaus?“

„Scho seit fünf Jahr.“

„Und Du hast mir nie was g'sagt?“

„Er ist ja erst a Jahr Minister, und außerdem... i weiß net, mir kommt er scho a bißel verändert vor gegen früher.“

„No ja, freilich, aber trotzdem, Balder, trotzdem is des heut a großer Tag für uns alle.“ Er war ganz außer sich vor Freude und Bewegung.

„Verpüß Dich net gar z' viel“, warnte Balder.

„A was, sei so gut und verbirb mir no mei bißel Humor“, lachte er übermüthig, und zog seine Braut an sich.

„Jeh komm i wieder alle Tage ins Forsthaus und wir gehen mitanander, gelt Anna?“

Das Mädchen wurde von seiner Freude hingerissen und küßte ihn stürmisch. — Unten im Dorfe stand der Benefiziat mit den Wirths- leuten und blickte sprachlos der gelben Staubwolke nach, die der nach Mariavirchen fahrende Wagen des Ministers auf der Landstraße emporwirbelte. Kopfschüttelnd ging der

„Ja, dann gehen Sie halt hinüber“, sagte der Geistliche mit einer Stimme, die deutlich zeigte, daß er die Worte der Wago kaum begreifen konnte. Noch weniger faßte sie der Lehrer. Er hatte niemals von so hohen Belanftschäften seiner Angehörigen vernommen und war deshalb nicht wenig überrascht, als er schon von weitem vor der Laube des Forsthauses zwei Herren stehen sah, die man dem vor- nehmen Kenner nach für das halten konnte, als was sie die Wago bezeichnet hatte. Beide unterhielten sich mit dem Förster, der in gewissem, respektvollem Abstand mit seiner Tochter vor ihnen stand und die gestellten Fragen be- antwortete.

Der eine Herr, der einen grauen Sommeranzug trug, bemerkte den zögernd herantretenden Lehrer und wies den Förster auf ihn.

„So, das ist er also?“ fragte er in ernstem, aber nicht unfreundlichem Tone.

„Ja wohl, Excellenz“, antwortete Balder, der keinen Augenblick seine sichere Haltung verlor.

„Sie sind schon sehr lange Hilfslehrer?“

„Fast elf Jahre, Excellenz“, erwiderte Gattl. Er konnte diesen Vorgang noch nicht begreifen und starre in das auffallend junge Gesicht des Ministers, das ein leicht ergrauter Vollbart umrahmte, wie in eine überirdische Er- scheinung hinein.

„Das ist freilich sehr lange, doch die Schuld wird auf Ihrer Seite zu suchen sein.“

Gattl biß sich auf die Lippen.

„Nehmen Sie sich künftig besser zusammen“, fuhr der Minister in ruhigem Tone fort, „dann werden Sie auch die Anstellung bekommen und heirathen können. Ich habe von fatalen Dingen hören müssen. Vergleichen wird zu vermeiden sein.“

Aufmerksam blickte der Begleiter des Ministers, der stattliche Herr im dunklen Priesteraltare, auf den Lehrer. Der Ausdruck des freundlichen, glattrasierten Gesichts war

Weltkrieg: am Vordern und in Ostasien die Streitkräfte schon einander gegenüber.

Sehr ominös ist die Nachricht, welche uns in letzter Minute noch zukommt, daß der englische Gesandte in Afghanistan ermordet worden ist. Der Mörder soll ein Verrückter gewesen sein, allein in dieser Verrücktheit ist doch etwas zu viel Methode. Und Afghanistan ist der Vorhof von Indien, dem eigentlichen Mittel- und Kernpunkt der orientalischen Frage.

Die Programmklärung des französischen Ministeriums, die der Leser heute Morgen unter den „Neuesten Nachrichten“ fand, entspricht ziemlich genau den vorher gemachten Mittheilungen. Natürlich sucht Herr Bourgeois zu lawiren, und möglichst wenig Abgeordnete zu verlegen. Vor allem kommt es ihm darauf an, sich aus dem Bereiche des „Rothens Gespenstes“ zu stellen, und er appellirt deshalb an eine republikanische Majorität ohne solche, die das individuelle Eigentum nicht anerkennen und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Allein das Mißtrauen und den Haß der Priester und Arbeiter des goldenen Kalbes hat er damit nicht entzweit, wie die unfreundliche Aufnahme der Erklärung seitens jener Herren beweist, die selber am besten den geringen Werth kennen, den Worte, und wären es sogar Ehrenworte, haben. Die Ankündigung strengen Vorgehens gegen die vornehmen Spitzbuben und die in Aussicht gestellte Erbschafts- und Vermögenssteuer — das ist mehr denn genug, um jene Herren zu tödtlichen Feinden des neuen Ministeriums zu machen. Auf die Heiligkeit des individuellen Eigentums pfeifen sie, — über die „unverletzlichen Gesetze“ lachen sie — das was sie wollen ist: die Freiheit, „das individuelle Eigentum“ kapitalistisch zu rauben, und die staatliche Beschützung dieses Raubes.

Trotz der formellen Abgabe, die ihnen gegeben ward, bekundeten die Sozialisten durch beifällige Zurufe ihre Sympathie. Sie wissen, daß die Logik der Thatfachen stärker ist als die Wünsche der Menschen, und daß das Ministerium Bourgeois seinen Tag leben kann, wenn es nicht von den Sozialisten gestützt wird.

Und das weitere wird sich finden.

Wer will den Klassenkampf? Wer „führt den Bürgerkrieg?“ Die Arbeiter von Carmaux haben sich von Anfang an für ein Schiedsgericht ausgesprochen und in den letzten Tagen noch durch Jaurès ihre Bereitwilligkeit, sich einem schiedsrichterlichen Spruche zu fügen, in der Kammer erklären lassen. Die neue französische Regierung hat den Arbeitern von Carmaux einerseits und Herrn Mességuier andererseits eine schiedsrichterliche Lösung angeboten. Die Arbeiter haben angenommen. Herr Mességuier hat, wie ein Telegramm meldet, abgelehnt.

Herr Mességuier ist der inkarnierte Kapitalismus. Für ihn ist der Arbeiter nur ein Ausbeutungsobjekt — das keine Rechte hat, nur Pflichten. Der Kapitalist ist absolut souverän und der Arbeiter muß blind gehorchen sich unterwerfen und dem „gnädigen“ Herrn Arbeitgeber noch danken, wenn dieser ihm das Fell über die Ohren zieht. Herr Mességuier könnte übrigens seine Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Das neue Ministerium ist kein Ministerium Ribot — und wird es auch gestürzt, so kommen sie zu dem Mességuier und Konsorten sehr unangenehme Ueberraschungen bringen könnten.

In bezug auf die vermittelnde Aktion der Regierung schreibt uns ein Pariser Korrespondent:

Paris, 4. November. Das neue Ministerium und der Carmauxer Streik. Ministerpräsident Bourgeois hat in seiner Eigenschaft als Minister des Innern gestern an den Garn-Präsidenten eine Depesche gerichtet, in der er ihm zu wissen that, daß das neue Kabinett es sich besonders angelegen sein lasse, den in Carmaux bestehenden Konflikt zu lösen; daß das einzige Mittel, die Schwierigkeiten zu beseitigen und die Wiederaufnahme der Arbeit unter für beide Theile ehrenhaften Bedingungen zu sichern, vom Gesetze selbst vorgezeichnet, d. i. ein Schiedsgericht sei, dem zu unterwerfen sich beide Parteien verpflichten sollten, und darum den Präsidenten beauftragt, sich an beide Parteien in offizieller Weise zu richten, um sie zu fragen, ob sie

Geistliche von bannen. Ehe er in den Pfarrhof zurückkehrte, wollte er noch Poiten aufsuchen, dessen Genesung schnellere Fortschritte machte, als der Arzt anfangs geglaubt hatte. Der Priester fand den Kranken am offenen Fenster in einem unformlichen Großvaterstuhle mit zerfetzten Polstern sitzen. Eine buntgewürfelte Decke umgab die Füße. Bleich und elend sah der Bauer in dem weißen Leinwandhemde aus. Mit matter Bewegung streckte er seinem Tröster die Hände entgegen. Kathi stand neben ihm und als sich der Ankommende umblickte, gewahrte er auch den Förster Göpfert, der eigens von Wallberg herüber gekommen war, um den Kranken zu besuchen.

Nach einer kurzen Ansprache an den Leidenden, der mit dankbarer Erklärung zu ihm aufblickte, empfahl sich der Geistliche wieder, weil ihn Göpfert's Anwesenheit in seiner Seelsorge belästigte. Er ging in den Pfarrgarten, wo er, immer noch in Gedanken an den merkwürdigen Besuch im Forsthaus, herumwandelte und sein Brevier betete.

Mit neuem Eifer und angespornten Kräften war Gattl wieder in seine Schule gegangen, als es kühler im Thale wurde und die staubigen Blätter der Buchen und Ahornbäume sich golden färbten. Die Worte des Ministers hatten ihn förmlich elektrisiert und eine um so nachhaltiger Wirkung hervorgerufen, als der hohe Herr wenige Tage darauf dem ihm begegnenden Walder in Mariastaden versicherte, er wolle Gattl's Sache im Auge behalten. Nun glaubte der Lehrer, es könne ihm nicht mehr fehlen. Scherzend erzählte er Walder von dem Benefiziaten, dem der Besuch doch gehörig in die Nase gestiegen sein mußte, weil er kein Sterbenswörtchen mehr sagte, wenn Gattl häuslicher ins Forsthaus ging. Auch sonst wurde der Lehrer etwas besser behandelt, als gewöhnlich. So waren ihm die Ferien doch zu besseren Tagen geworden, als er anfangs geglaubt hatte. Walder fand glückliche Menschen, wenn er vom Walde heimkam, und freute sich dann am Abend mit ihnen, weil er wohl merkte, daß die angewachsene Verbitterung einer jahrelangen, ungestillten Zuneigung der Erwartung besserer Tage wich. Das immerwährende Beisammensein, das im Laufe der Zeit zu etwas Gewohntem und Selbstverständlichem geworden war, bot den beiden Liebenden neuen Reiz, wenn sie allein oder mit dem Vater die Spaziergänge durch Wald und Felder unternahmen. Lächelnd

geneigt seien, im Einklang mit dem Besche vom 27. Dezbr. 1892, ihre Schiedsrichter zu bezeichnen. Der Präsident hat denn auch sofort ein im Sinne dieser Depesche gehaltenes offizielles Schreiben an beide Parteien gerichtet. Da die Glasarbeiter gleich bei Ausbruch des Konfliktes den Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts gestellt und diesen Antrag erst jüngst wieder erneuert haben, kann es sich jetzt nur noch darum handeln, zu wissen, wie sich Herr Mességuier zu dem Vorschlag des neuen Ministeriums stellt. Wird er die Kühnheit haben, eine abschlägige Antwort zu geben? Ich bezweifle es, denn diese Herren sind nur Lähne, so lange sie die Regierung auf ihrer Seite wissen.

Man sieht, unser Korrespondent hat Herrn Mességuier unterzählt.

Das neue Ministerium aber ist jetzt schon gezwungen, die Arbeit der Sozialisten zu verrichten — trotz der Verleugnung des Sozialismus in der Programmklärung.

Jaurès, der eine neue Interpellation betreffend Carmaux angekündigt hatte, hat dieselbe angesichts der korrekten Haltung des Ministeriums zurückgezogen.

Ueber den Fall des schweizerischen Wehrgesetzes schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heute Abend:

Das Mißgeschick, von welchem die schweizerische Militärvorlage betroffen worden, ist zum guten Theil auf den Umstand zurückzuführen, daß bei der Abstimmung ein beträchtlicher Theil der schweizer Bürger zu Hause blieb, als ob die Sache sie wenig oder gar nichts angehe. Schon von vornherein ist öfter die Verführung ausgesprochen worden, daß gerade der ruhige Bürger durch das oft wiederholte Abstimmen mühsamlich gemacht werde und dann bei wichtigen Entscheidungen von der Urne wegleibe. Jedenfalls weist ein Vergleich der letzten Abstimmung mit der vom 4. November 1894 über den „Vertrag“ interessante Vergleichszahlen auf. Damals haben von 660 000 Schweizer Bürgern 592 000 gestimmt; das war eine Theilnahme von nahezu 90 pCt. Davon stimmten 145 000 für, 347 000 gegen die finanzielle Schwächung des Bundes. Also nahezu eine fünfzehntel-Majorität. Die Militärvorlage hat dagegen nur 487 000 Bürger an die Urne gebracht; das sind 66 pCt., von denen 185 000 für und 285 000 gegen die Vorlage stimmten. Beim Beutzeug blieben nur 68 000 Bürger zu Hause, diesmal aber 220 000. Die Wehrkraft des Bundes ist aber gewiß eine ebenso wichtige Sache wie dessen Finanzkraft und kann als solche auch den Bürgern plausibel gemacht werden.

Die Wichtigkeit der Wehrfrage wird von den Schweizern sicherlich ebenso gut verstanden, als von den Gelehrten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“; die Schweizer verstehen die Wehrfrage aber anders. Sie betrachten das Wehrwesen nicht als Staatszweck, sondern nur als ein Mittel; und sie wollen verhindern, daß diesem Mittel der Zweck des Staats: das heißt das Wohl und die Freiheit der Bürger geopfert werde. Für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist „das Wohl der Bürger“ eine demokratische Phrase, sie kennt nur das Wohl der Junker, Bürokraten, Offiziere, Polizisten, Kapitalisten, Chauvinisten — und „Freiheit der Bürger“ ist ihr ein überwundener Standpunkt, ein strafbarer Anarchismus.

Die Gelehrten der „Norddeutschen“ bedauern es offenbar, daß die Schweiz ein so schlechter Boden ist für schneidige Militärs à la Gerlach, und daß die Schweizer keine „starke Regierung“ haben, die ihnen, nach deutschem Muster, die neue Militärvorlage sans façon aufzwingt.

Nur Königsberger Schießaffäre bringt die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ eine Darstellung, die in einzelnen Punkten von dem gestern mitgetheilten offiziellen Bericht abweicht. Es heißt da:

Die Arbeiter Michaelis, Funk und Hindelking wollten am gestrigen Sonntag ihre in Willhöfen bei Heiligenwalde wohnenden Eltern besuchen und machten sich zu diesem Zwecke am Sonabend Abend auf den Weg. Vor das Sachheimer Thor gekommen, lehrten sie in den dort belegenen Hirschkirch ein, woselbst Michaelis und Funk sich ziemlich stark anranken und überdies noch eine Flasche Schnaps mitnahmen. Etwa 400 Schritte hinter dem Hirschkirch — schräg gegenüber dem alten Militär-Kirchhofe — stehen seitwärts der Chaussee vier große Militärschuppen, die mit einem Zaune eingefriedigt sind. Die Thüre in diesem Zaune stand offen. Innerhalb des eingezäunten Hofes steht ein Militärposten zur Bewachung der vier Schuppen. Als Michaelis, Funk und Hindelking nun abends zwischen zehn und elf Uhr an dieser Stelle vorbeikamen, sollten die ersten beiden die Absicht ausgesprochen haben, dem Militärposten, den diesmal die 12. Kompanie des Grenadier-

hörte dann Walder ihre Zukunftspläne an und wunderte sich, daß der Lehrer trotz aller trüben Erfahrungen immer wieder im Stande war, neue Bilder sich auszumalen und kühne Hoffnungen an das Leben zu knüpfen. Was redete Gattl da nicht alles zusammen! Er sprach von einer weiteren Ausbildung seiner musikalischen Fähigkeiten und von allen möglichen höheren Zielen, die sein Ehrgeiz noch erstreben wollte, wenn nur erst einmal die ersetzte Anstellung eingetroffen sein würde.

Wenn aber Walder auch noch so schwarz sah und mit dem Anfang der Schule auch den Wiederbeginn des alten Jammers befürchtete — die frohe Zuversicht der beiden konnte er nicht zerstören, als sie so glücklich neben ihm dahergingen. Gattl versäumte auf diesen Spaziergängen keine Gelegenheit, seine einstige Schülerin noch weiter auszubilden und zu belehren. Das freute den Förster und Anna empfand es gar dankbar; hielt sie sich doch, wie sie selbst oft genug lachend versicherte, „für a ganz dummes Ding“, das noch viel zu lernen hatte. So war der Lehrer eines Tages durch den weiten Stangenwald bei trübem Wetter in die Gaischlucht hinaufgegangen. Am Begrande hatte sich Anna violetten Enzian gepflückt, den sie in losem Gewinde um ihren schwarzen, runden Strohhut band. Ihr Gesicht war leicht geröthet von der Anstrengung des Steigens und die Haarlocken, die in die offene Stirn hereinhängen, waren zerzaust und verwirrt von der ausströmenden Körperwärme des jungen, frischen Geschöpfes. Gattl betrachtete sie mit innerer Freude. Sie war zwar heute ernster wie sonst und hörte nur zerstreut dem Lehrer zu, der ihr einige Gedichte von Chamisso aus einem abgegriffenen Pergamentbändchen vorlas, aber ihre ganze Gestalt sprühte von Elastizität und Leben, als sie Arm in Arm mit ihm höher hinaufging und den schaurigen Wänden entlang in den genialigen Schründ wanderte. Jetzt standen sie auf der schwindeligen Holzbrücke, die den finsternen Klüften zwischen zusammengefallenen, grotesken Felsenmauern in gewaltiger Höhe überspannte. Tief unten wälzte sich zischend der schaumbedeckte Sturzbach dahin. Weit herab kam er von dem zerrissenen Gletscher, der auf einem mächtigen Hochplateau gelagert war und durch die gähnenden Spalten der mit schwachem Grün überwachsenen Wände weißgrau in die tiefe Schlucht hereinerschimmerte. Finsternes Gewölk ruhte regnungslos über den zerklüfteten Eismassen.

(Fortsetzung folgt.)

Regiments König Friedrich III. (ospr.) Nr. 1 gekleidet hatte, einen Schnaps anjubelten. Sie gingen deshalb durch die offene Thüre auf den umzäunten Hof, während Hindelking angeblich außerhalb des Zaunes verblieb. Ueber die Vorgänge, welche sich auf dem Hofe abgespielt haben, war bisher Bestimmtes nicht zu erfahren. Fest steht aber, daß die beiden Arbeiter Michaelis und Funk den Posten vielfach belästigt und schließlich mit Steinen beworfen haben, derart, daß ihm der Helm beschädigt und vom Kopf geschleudert wurde. Den nun davon eilenden Exzedenten rief der Posten dreimal „Halt!“ zu und machte dann, da sie nicht standen, von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei ist Michaelis erschossen und Funk durch einen Schuß in die Brust schwer verwundet worden. Der letztere ist nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft, während die Leiche des Michaelis nach der Anatomie gebracht wurde, woselbst heute die Section derselben stattfindet. Der Hindelking ist, als er den Schuß hörte, davon gelaufen und in seine hiesige Wohnung zurückgekehrt.

Daraus scheint also hervorzugehen, daß die beiden „Arbeiter“ zunächst garnicht in böswilliger Absicht, sondern nur mit der Zuthunlichkeit des Betrunkenen die Umzäunung betreten haben, dann allerdings in Zwist mit dem Posten gerathen sind und ihn belästigt haben. Soweit haben sie sich straffällig gemacht. Aber mußte die verborgene Helmspitze mit dem Tode der Attentäter bestraft werden? Keinem Zivilisten in gleicher Lage würde es verziehen werden, wenn er zwei fliehende Leute niedergeschossen hätte. Der Posten hat offenbar nach seiner Instruktion gehandelt. Der Instruktion und dem System, aus dem sie hervorgegangen, sind auch diese Menschenopfer gebracht.

Einige Enthüllungen über die Zeit, in der das Treiben des Freiherrn v. Hammerstein seinen Freunden bekannt wurde, verdanken wir einer Zuschrift des Professors Kropatschek an das „Tageblatt“. Anlaß dazu gab eine von dem Bürgermeister von Jümo herrührende Notiz, Herr Kropatschek habe bereits im Dezember 1894 von den Verbrechen Hammerstein's Kenntniß erhalten. In Herrn Kropatschek's Zuschrift heißt es:

Am letzten Dezember v. J. ward mir durch den Vorsitzenden des Komitees der „Kreuz-Zeitung“ mitgetheilt, dem Freiherrn v. Hammerstein sei zum 1. Juli gekündigt. Die Gründe, soweit ich sie erfuhr, waren bedenkliche Eigenmächtigkeiten in der finanziellen Leitung der Zeitung. Mir selbst war, ohne daß ich genaue Einzelheiten wußte, bekannt geworden, daß der Pensionfonds (auf den ich selbst übrigens mit meinen Ansprüchen nicht angewiesen war) kasintwidrig, aber nicht in seinem persönlichen Interesse durch Freiherrn v. Hammerstein verwendet sei, daß er viel zu hohe Papierpreise gezahlt habe und gleichzeitig Privatschulden des Verlegers erworben sei. Das genügte mir, mich seitdem auf den dienstlichen Verkehr mit Freiherrn v. Hammerstein zu beschränken.

Als ich Ende Februar erfuhr, daß dem Herrn Hofprediger a. D. Stöder der für ihn 1885 durch die „Kreuz-Ztg.“ gesammelte Fonds noch nicht ganz ausgezahlt sei, Herr von Hammerstein ihm aber gesagt habe, das Geld sei von einem verstorbenen Beamten der Zeitung unterschlagen worden, konnte ich feststellen, daß Herr von Hammerstein selbst das Geld gegen noch vorhandene Quittung an sich genommen habe. Ich machte dem Vorsitzenden des Komitees davon sofort Mittheilung. Den damaligen Verleger der Zeitung aber bat ich dringend, mich von meinen kontraktlichen Verpflichtungen zu entbinden. Daß damit für mich der Verzicht auf meine nicht unbedeutenden Pensionsansprüche verbunden, und es für mich in meinem Alter nicht leicht war, eine andere entsprechende Lebensstellung zu finden, bemerke ich nur nebenbei.

Unter dem ausdrücklichen Hinweis jedoch, daß die Kündigung des Freiherrn von Hammerstein zum 1. Juli aufrecht erhalten sei und werde, bat mich der Verleger, anerkennend, wie schwer mir dies fallen müsse, im Interesse der Zeitung auszuweichen. Sei Herr v. Hammerstein am 1. Juli nicht gegangen, dann sei ich meines Kontraktes entbunden. So blieb ich. — Von „Verbrechen“ des Herrn v. Hammerstein wußte ich bis dahin nichts. Denn auch die Zurückbehaltung des sogenannten „Stöderfonds“ war ein solches nicht, da Herr v. Hammerstein dem Hofprediger Stöder die zurückbehaltene Summe aus seinen eigenen Mitteln verzinst hatte. Moralisch lag die Sache freilich ganz anders.

Daß ich mein Verhältnis zur Zeitung, wenn Herr v. Hammerstein über den 1. Juli hinaus bleiben würde, lösen werde, darüber hatte ich stets und öffentlich gesprochen. Als dies am 1. Juni in den Blättern stand, forderte mich Herr v. Hammerstein auf, die Nachricht zu desavouiren. Daß lehnte ich ab, sie als durchaus zutreffend bezeichnend. Ohne daß es zu irgend welcher erregten Scene gekommen wäre, erklärte Herr v. Hammerstein, daß ich mich damals sofort als entlassen anzusehen habe.

Damit war nur mein Wunsch erfüllt. — Nach dem Fortgang des Freiherrn v. Hammerstein bin ich auf Wunsch des Komitees in meine frühere Stellung wieder eingetreten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, wenn je wieder Herr v. Hammerstein zur Zeitung in Beziehung treten sollte, ich sofort sie wieder aufgeben dürfe. Von den wirklichen „Verbrechen“ des Herrn v. Hammerstein habe ich erst in den letzten Tagen des Juli eine Andeutung und anfangs August die Thatfachen erfahren. Sehr natürlich, denn sie sind ja erst nach seiner Abreise von Berlin dem Komitee bekannt geworden.

Im Zusammenhang damit bittet Herr Major z. D. Scheibert:

„Dieser Erklärung meines Freundes Kropatschek hinzufügen zu wollen, daß ich, stets von allen Schritten desselben in dieser Sache unterrichtet, ihm durchaus zustimme. Wenn ich schon im Februar mein Verhältnis zur „Kreuz-Zeitung“ löste, so war der Grund, daß ich eben in der glücklichen Lage war, durch keine kontraktlichen Bestimmungen gebunden zu sein.“

Deutsches Reich.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: „Die von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ in der Nr. 508 vom 4. l. M. gebrachten Mittheilungen über Verhandlungen des preussischen Staatsministeriums in betref der neuen Militär-Straßprozeß-Ordnung beruhen auf Erfindung.“

Der Marine-Stat. Ueber den Marine-Stat für 1896/97 sind schon jetzt, obwohl die Druckvorlagen der Regierung noch nicht erschienen sind, folgende Angaben in die Oeffentlichkeit gedrungen:

Die fortlaufenden Ausgaben belaufen sich auf 55 795 724 M. (584 231 M. mehr als im Jahre zuvor). Die einmaligen Ausgaben betragen im Ordinarium 25 027 800 M. (mehr 4 473 950 M.), im Extraordinarium 5 864 500 M. (mehr 1 058 100 M.). Die einmaligen Ausgaben im Ordinarium sind nach der „Saale-Zeitung“ bis zum Betrage von 19 293 000 M. nur für Schiffsbauten bestimmt und zwar wie folgt: 3 000 000 M. für 3. Klasse zum Bau des Panzerschiffes 1. Klasse „Erfas Preußen“; 1 250 000 M. 2. Klasse zum Bau des Kreuzers 1. Klasse „Erfas Leipzig“; 1 500 000 M. 2. Klasse zum Bau des Kreuzers 2. Klasse K; 1 500 000 M. 2. Klasse zum Bau des Kreuzers 1. Klasse L; 1 500 000 M. 2. Klasse zum Bau des Kreuzers 2. Klasse „Erfas Preußen“; 1640 M. 2. und Schluprate zur Erneuerung von Maschinen und Resseln zweier Schiffe der „Sachsen“-Klasse; neu werden gefordert: 1 000 000 M. 1. Klasse zum Bau des Panzerschiffes 1. Klasse „Erfas Friedrich der Große“; 1 750 000 M. 1. Klasse zum Bau des Kreuzers 2. Klasse M; 1 750 000 M.

1. Rate zum Bau des Kreuzers 2. Klasse N; 500 000 M.
1. Rate zum Bau des Kreuzers 4. Klasse G; 875 000 M.
1. Rate zum Bau eines Torpedoboots; 1800 000 M.
1. Rate zur Herstellung von Torpedobooten; 850 000 M.
zur Beschaffung eines Stationschiffes für Konstantinopel und
820 000 Mark 1. Rate zur Erneuerung von Maschinen und
Resseln des 3. und 4. Schiffes der „Sachsen“-Klasse. Die Ge-
samtkosten für das neu zu erbauende Panzerschiff 1. Klasse sind
mit 14 200 000 Mark veranschlagt; diejenigen für die Kreuzer
2. Klasse mit je 7 500 000 Mark; die des Panzers 4. Klasse auf
2 600 000 Mark. An Torpedobooten sollen als Ersatz für dem-
nächst abgängig werdende Torpedobooten acht Stück mit einem
Kostenaufwand von 8 184 000 Mark neu hergestellt werden —
vorausgesetzt natürlich, daß der Reichstag so freundlich ist und
das alles bewilligt; vielleicht aber werden den Herren Marine-
enthusiasten noch verschiedene dicke Striche durch die schöne
Rechnung gemacht, zum Vortheile des armen, steuerzahlenden
Volkes. —

— Revision des Handelsgesetzbuches. Im
Zusammenhange mit der Neugestaltung des bürgerlichen Rechts
ist auch eine Revision des Handelsgesetzbuches in Aussicht ge-
nommen. Der zu diesem Zweck im Reichsjustizamt aufgestellte
Entwurf eines neuen Handelsgesetzbuches soll (nach dem „Reichs-
und Staats-Anzeiger“) zunächst einer Begutachtung durch eine
aus Rechtsverständigen und Vertretern des Handels und der In-
dustrie gebildete Kommission unterzogen werden, welche unter
Mitwirkung von Vertretern der beteiligten Ressorts
am 21. dieses Monats ihre Beratungen im Reichs-
Justizamt beginnen wird. Unter den Mitgliedern der
Kommission finden sich neben einer Anzahl von praktischen Juristen
die Vertreter des Großhandels und der Großindustrie. Von einer
Beratung der Kleinhandwerker oder gar der Handelsgesellen
hat man abgesehen; wenn Theile des Entwurfs, durch welche
ihre besonderen Interessen berührt werden, zur Verhandlung
kommen, dann ist eine Vertretung der Kommission durch Berufung
von Vertretern der betreffenden Berufsstände „vorbehalten“. Gegen
ein solches Vorgehen muß protestiert werden: für die
Handelsgesellen und Kleinhandwerker sind nicht nur einzelne Be-
stimmungen, sondern die ganze Gestaltung des Handels-Geset-
zbuches von Wichtigkeit und darum gehörte es sich, daß zu allen
Beratungen Kleinhandwerker und Gehilfen zugezogen würden. —

— Lehrerbeförderungen in Preußen. Wie die
„Recher-Zeitung“ erfahren hat, ist der im Kultusministerium aus-
gearbeitete Entwurf eines Lehrerbeförderungs-Gesetzes vom Finanz-
ministerium genehmigt worden, wird also wohl dem nächsten Land-
tage zur Beschlußfassung zugehen. —

— Fideikommiss. Im Auftrage des Justizministers
haben die Ober-Landesgerichte Nachweisungen über den Umfang
der in Preußen gelegenen Familien-Fideikommissen aufgestellt.
Diese zur Zeit dem Statistischen Amt vorliegenden Verzeichnisse
lassen jedoch die einzelnen Fideikommissinhaber nicht erkennen und
geben keine Auskunft über die Frage, ob und in welchen
Fällen mehrere Familien-Fideikommissen sich in der Hand
eines und desselben Inhabers vereinigt finden. Im Auf-
trage des Ministers für Landwirtschaft ersuchen nunmehr, wie
die „Schlesische Zeitung“ erfährt, die Regierungspräsidenten die
einzelnen Landräthe, ihnen die in ihrem Kreise gelegenen
Familien-Fideikommissen nach ihrer Bezeichnung und Größe an-
zuzeigen, deren Inhaber zu benennen und sich bei denen, die in
dem Kreise ihren Wohnsitz haben, darüber zu äußern, ob diese
noch weitere innerhalb oder außerhalb Preußens gelegene
Fideikommissen besitzen, in welchem Falle auch dieser weitere
Reis nach Bezeichnung, Größe und Lage möglichst genau an-
zugeben ist.

Diese Aufnahme der Fideikommissen wird in mehr als einer
Hinsicht von Bedeutung für den Sozialpolitiker sein. Uebrigens
muß man sich sehr wundern, daß vom Justizministerium zunächst
ein so unvollständiges Verzeichnis angefertigt ist; war denn gar
kein Statistiker in der Nähe, der eine bessere Instruktion hätte
verfassen können? —

— Konservative Arbeiter. Meine Arbeiter sind
auch konservativ, sagte der Gutsputzer Vlent, der den Meda-
teur des „Niederschlesischen Anzeigers“ wegen öffentlicher Be-
leidigung durch die Presse vor den Rabi gerichtet hatte.
Denn Vlent war nämlich eine schwere Wahlbeeinflussung
zu Gunsten des konservativen Herrn von Schalscha nach-
gesagt worden; da er nun kein Gewissen rein und ruhig ruhte,
so verklagte er den armen Preussischen. Aber siehe da, nur zu
bald mußte der Biedermann in der Verhandlung zugeben, daß
er seinen Leuten in väterlicher Liebe alles mögliche Gute ver-
sprochen habe, wenn sie den „richtigen“ Stimmzettel abgeben
würden. War lieblich klingt die Rede und Gegenrede vor dem
Gerichte: —

— Verteidiger: Sie selbst haben wohl für Herrn v. Salisch
gestimmt? — Zeuge: Jawohl. Ich habe für Herrn
v. Salisch gestimmt, und meine Leute sind auch konse-
rativ. — Verteidiger: Und Ihre Leute wußten auch, daß
Sie für Herrn v. Salisch stimmen würden? — Zeuge: Jawohl,
das wußten meine Leute. — Verteidiger: Und nach der Wahl
haben Sie ein Fest gehalten, weil die Wahl so gut ausgefallen
war? — Zeuge: Der Ball hat nach der Wahl stattgefunden. —
Verteidiger: Wie haben Ihre Leute denn gewählt? — Zeuge:
Meine Leute haben alle konservativ gewählt. —

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, weil er zur
Ueberzeugung gekommen war, daß kaum jemals eine Wahl-
beeinflussung klar erwiesen sei, als in diesem Falle. — Ander-
wärts passiert so etwas natürlich nicht; z. B. in Dortmund, wo
erst gerade die Stichwahl tobt, ist eine Wahlbeeinflussung gänzlich
unbekannt. Oder, wie? —

— Zu der Zeugnisaussage des Freiherrn
v. Mirbach bemerkt die „Freisinnige Zeitung“: Oberbürger-
meister v. Mirbach hat vor Gericht ausgesagt, daß er allein in
dem Komitee widersprochen, auch jüdische Personen zu
Beiträgen für die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche heranzuziehen.
Es sind uns aber die Namen jüdischer wohlhabender Personen
mitgeteilt worden, aus welchen Herr v. Mirbach sich brieflich
und direkt wegen Beiträgen für den Kirchenbau gemeldet hat.
Herr v. Mirbach hat also den seiner Ansicht entgegenstehenden
Beschluss des Komitees nachher gleichwohl ausführen lassen. —

— Die Denunziationen gegen die christlich-
sozialen Geistlichen der jüngeren Schule haben einen
Erfolg errungen. Der „Kreuz- und Welt-Zeitung“ zufolge ordnete
der evangelische Oberkirchenrat bereits vor längerer Zeit eine
Disziplinaruntersuchung gegen Pastor Rösche in
Sangerhausen wegen Aufreizung zum Klassenhaß an. —

— Gnade, wenn Gnade gebührt. Aus Wahren
wird berichtet: Wegen Körperverletzung, begangen im Amte,
waren im verflochtenen Jahre zwei Polizei-Sergeanten zu je drei
Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ein Gnadengesuch an
den Kaiser hatte infolgedessen Erfolg, als die Strafe in eine Geld-
buße von 50 Mark umgewandelt worden ist. —

— Die Wahlbeteiligung bei den letzten
sächsischen Landtagswahlen war nach der soeben er-
schienenen amtlichen Uebersicht gleich 51,28 pCt., während sie in
den letzten Wahlkreisen 1889 nur 43,35 pCt. und 1888 nur
36,89 pCt. betrug. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1889:
122 061, 1888: 147 954 und 1887: 174 103. —

— Badischer Landtag. Im Badischen Landtage
gruppieren sich die Parteien nunmehr folgendermaßen: 31 National-
liberale, 21 Liberale, 5 Demokraten (welche in der freisinnigen
P. esse Norddeutschlands fälschlich als Angehörige der freisinnigen
Volkspartei bezeichnet werden), 2 Konservative, 2 Sozial-

demokraten, 1 Antisemit und 1 Milber. Der „wildgewordene“
ist der ehemalige Sozialdemokrat Stegmüller. —

— Fuchsmühl und seine Früchte. Unter den
Frankenwälder Bauern regt es sich; selbst in dieser schwärzesten
Ecke des schwarzen Bayerns haben die Fuchsmühlereignisse,
der Prozeß und die Kammerverhandlungen Bewegung in das
Volk gebracht, das bisher im dumpfen Gehorsam nicht gegen die
Macht der Klerikalen zu läden wagte. Die Bewegung richtet
sich vornehmlich gegen den Abgeordneten Zinner, weil er gegen
das von unseren Genossen angeregte Misstrauensvotum für die
Minister geworfen ist. — Ueber ein anderes Nachspiel zu
Fuchsmühl erzählt ein Münchener Blatt, daß drei ehemalige
Fuchsmühlere Holzhändler neuerdings auf dem Wege des Armen-
rechts gegen Herrn v. Poller Klage auf Herauszahlung der so-
genannten Rückstände erhoben haben. —

— Eine Wetterfahne. Eine politische Wetterfahne aller-
ersten Ranges und so recht ein würdiger Volksführer von real-
politischer Art scheint der bayerische Landtagsabgeordnete Penn
zu sein. Bei seiner Wahl hatte er das Versprechen ab-
gegeben müssen, dem Zentrum nicht beizutreten. Er wurde
deshalb in der Mitgliederliste als „wild“ aufgeführt. Bei
Beginn der Session, bereute er aber seine „Wildheit“,
und er trat doch dem Zentrum bei. Darob wurden ihm kürzlich
in einer Versammlung ordentlich die Beiden gelesen. Penn, der
in der Versammlung anwesend war, gab darauf die Erklärung
ab: „Sie dürfen mir eine Wahlmänner-Versammlung aus-
scheiden lassen, und wenn sich meine Wähler dann dahin aus-
sprechen, daß ich wieder wild werden soll, werde ich's mit Ver-
gnügen.“ Der Mann, der auf Kommando wieder „wild“ werden
will, hätte verdient, als Ehrenmitglied in die Fraktion Drehs-
scheide aufgenommen zu werden! —

— Abminderung der Bodenzinse in Bayern.
Im bayerischen Landtage sind sowohl von liberaler Seite wie
auch vom Zentrum und den Bauernbündlern Anträge auf Ab-
minderung der Bodenzinse gestellt. Die bestehenden Bodenzinse
beruhen, wie wir der „A. Z.“ entnehmen, auf den Abzinsungs-
gesetzen von 1848 und 1872. Wie fast überall in Deutschen
Reiche, so waren auch in Bayern die Landwirthe nicht volle
Grundbesitzer. Der Grundherr, der die Güter zu verpachten
hatte, war der Obergrundbesitzer (dominus directus), der Besitzer
der Untergüter (dominus utilis). Letzterer hatte an den Grund-
herrn theils ständige Leistungen (hierunter Reichnisse in Getreide
und dergl.) theils Abgaben bei Verpachtung (Handlohn und
Leibgeld) zu entrichten. Das Gesetz von 1848 ordnete die Fi-
xirung aller dieser Leistungen an und ließ die Ablösung zum ach-
zehnstel des jährlichen Betrags zu. Der Staat trat
mit seinem Kredit ein, um die Ablösung zu ermöglichen, indem
er eine Grundrenten-Ablösungskasse errichtete und den Berechtigten
den zwanzigfachen Betrag der fixen Rente in 4 Prozent Staats-
schuldbriefen vergalt. Dagegen hatten die Pflichtigen das Ab-
lösungskapital mit 4 pCt. zu verzinsen. Dieses an die Staats-
kasse fließende Reichnis heißt Bodenzins. Den Pflichtigen war
gestattet, das Abzinsungskapital mittels Annuitäten abzu-
tragen. Das Abzinsungsgeschäft legte dem bayerischen Staat
von 1848—1872 ein Geldopfer von 34 285 000 M. auf. Das
Gesetz von 1872 suchte die Ablösung mehr als bisher zu fördern.
Alle an die Ablösungskasse des Staates zu entrichtenden Leistungen
wurden vom 1. Januar 1876 an um den achten Theil ihres Be-
trags erhöht, sind aber nur bis 1934 zu entrichten. Die Grund-
rentenschuld des Staates betrug sich auf 143 477 469 M. Die
eingehenden Grundrenten betragen 6 526 640 M. Der Staat
muß noch etwa 300 000 M. zur Verzinsung und Amortisirung
der Grundrentenschuld darauf beziehen.

Die Kosten einer Aufhebung würde die Gesamtheit der
Steuerzahler, also zum wesentlichen Theile auch das arbeitende
Volk tragen; dazu wird es voraussichtlich nicht kommen, aber
eine Konvertirung und damit eine 1/2 prozentige Verzinsung der
Grundrentenschuld werden sich die herrschenden Parteien vielleicht
bewilligen. —

— Frankreich. Minister Berthelot über Frankreich und
Deutschland. Bei der im März d. J. vom Pariser
„Mercure de France“ und der Berliner „Neuen Rundschau“
veranstalteten Umfrage an viele führenden Geister beider Völker
über das Problem einer deutsch-französischen Annäherung sagte
Berthelot, der heute nur ein französischer Minister, damals aber
einer der bedeutendsten Chemiker der Welt war: —

„Ich bin entschieden der Meinung, daß die Kulturvölker
zwischen einander die engsten Beziehungen pflegen sollen, und
speziell Frankreich und Deutschland. In diesen Beziehungen
wird jede Nation Originalität und eigenen Charakter behalten
müssen, indem sie sich, durch Assimilation der guten Eigen-
schaften seiner Nachbarn, bemüht, immer besser zu werden.“

Diesem Geiste entsprechend habe ich stets die deutschen Ent-
scheidungen und Ideen verfolgt und es versucht, die besten Be-
ziehungen zu deutschen Gelehrten zu behalten. Ihre Sympathie
hat uns im allgemeinen nie gefehlt.

Alter die Beziehungen können nur unter zwei Bedingungen
ganz intime werden: Jede Nation muß auf alle Ansprüche, auf
geistige oder andere Uebermacht ihren Nachbarn gegenüber ver-
zichten. Deutschland muß aufhören, in der Welt das antike
Recht der Gewalt und der Eroberung zu vertheidigen und der
gewaltthätig annehenden Bevölkerung das moderne Recht, sein
Schicksal zu wählen, zurückgeben. Der Mißbrauch, den es von
seinen Siegen gemacht hat, unterhält den Zwiespalt der Völker
und bedroht die Zukunft mit neuen Katastrophen.“

Als dann neulich der „Monde illustré“ in Anknüpfung an einen
Artikel „Unsere Todten von 1870“ Meinungsäußerungen über
die Kriegserinnerungen einforderte, da schrieb ihm Berthelot:

„Wir haben nicht vergessen. Allein der Tag der Gerechtig-
keit, die Revanche der Unterdrückten an der Gewalt und Er-
oberung ist noch nicht gekommen. Die Männer meiner Generation
sind nach einander ins Grab und werden diesen Tag nicht
mehr erleben. Unsere Rache wird der Sozialismus sein.“

So hat er den Chauvinismus verbannt und dem Sozialis-
mus die große Kulturarbeit der Versöhnung vindicirt.
Der Sozialismus wird die Rache sein, nicht indem er
für verblutende Opfer von neuem das Blut der Völker
vergiftet, sondern indem er durch Aufhebung aller Unterdrückung
auch den Haß zweier Völker heilsam macht, die vereint an der
Spitze der Zivilisation gehen können. In Deutschland hat man
lehtun solche Reden nicht vernommen; indes

— Korruption. Die „Petite République“ verzeichnet
ein Gerücht, welches im Kriegsministerium in Umlauf war und
wonach es festgestellt sein soll, daß die Liebesgaben für die
Soldaten des Madagaskar-Expeditionskorps an diese nicht ver-
theilt, sondern zu Wucherpreisen verkauft wurden. Wie es
Kriegsministerium heißt, soll daher eine strenge Untersuchung
in dieser Hinsicht eingeleitet werden. —

— Schweiz. — Militärvorlage. Aus der Abstimmung über die
Militärvorlage werden folgende Einzelsiffern bekannt: Basel-
Stadt gab 5986 Ja gegen 2084 Nein; Basel-Land 3200 Ja
gegen 4350 Nein, Solothurn 4709 gegen 6792, Aargau 19 611
gegen 16 170, Bern 36 376 gegen 24 612, Zürich 41 205 gegen
24 643, Thurgau 9816 gegen 7355, St. Gallen 15 682 gegen
24 074, Glarus 918 gegen 5375, Graubünden 5533 gegen 7816,
Tessin 5900 gegen 7400, Luzern 1600 gegen 15 532, Freiburg
3500 gegen 18 000, Valais 1573 gegen 9771, Neuchâtel 3107
gegen 12 508, Waadt 6000 gegen 30 000, Gené 2900 gegen 9000.

— Belgien. Kongreß der Kohlenarbeiter. In Charleroi hat
am 8. November in Anwesenheit mehrerer sozialistischer Ab-

geordneten ein nationaler Kongreß der Kohlenarbeiter statt-
gefunden. Allgemein wurde geklagt über die niedrigen Löhne
und schlechten Arbeitsbedingungen der Häuer, Förderer und
jugendlichen Hilfsarbeiter. Der Abg. Desjournais legte einen Plan
des französischen Ingenieurs Lant vor, der allen Bergarbeitern
den gleichen Lohn sichert. Das System könnte angewendet wer-
den, wenn das Bergwerk im Besitze der Arbeiter
oder des Staates wäre. Man müßte demnach den
Uebergang des Eigenthums der Bergwerke an den
Staat fordern; da aber zur Zeit von der Regierung und der
Kammermajorität ein derartiger Antrag sicher abgelehnt werden
würde und dabei die Gefahr vorläge, daß auch andere Anträge
zu gunsten der Kohlenarbeiter verworfen würden, so dürfe
man nur schrittweise vorgehen: zunächst sei das Invaliditäts-
gesetz und das Gesetz über die Arbeitsinspektoren zu fordern;
dann erst könne man an eine Enteignung der Bergwerke denken.
Hector Denis hielt eine Rede über die gleiche Lohnskala: sie
sei kein vollkommenes Mittel, aber ihre Anwendung sei im Interesse
der Arbeiter doch sehr nützlich. Die Löhne Denis werden noch
den nächsten Kongreß beschäftigen und bis dahin von den einzelnen
Gruppen der Bergarbeiter geprüft werden. —

— Oesterreich. —

— Erklärung Baden. In der heutigen Sitzung des
Budgetausschusses gab der Ministerpräsident Graf Baden nach-
stehende Erklärung ab: Er halte seine Zusage aufrecht, die
Wahlreform-Vorlage in nächster Zeit einzubringen. Angaben
über den Inhalt derselben könne heute niemand erwarten. Die
Beschleunigung der Einbringung der Vorlage liege in den Händen
der Abgeordneten, da die Einhaltung einer gewissen Reihenfolge
der Arbeiten notwendig sei. Zunächst müßten Anhaltspunkte
vorhanden sein, daß es mit der Erledigung des Budgets
rasch vorwärtsgehe und hierdurch Raum für die thatsächliche
Inangriffnahme der Wahlreform geschaffen werde. Er ver-
sichere ausdrücklich, daß hierin kein Hintergedanke liege; die
Regierung werde das, was sie versprochen habe, bestimmt ein-
halten. Auch für die Landtagswahl-Reform gelte das Prinzip
der Reihenfolge, zuerst käme die Wahlreform zum Reichsrath,
dann die zum Landtag.

Diese Erklärung Baden's ist nicht vielversprechend. Der
Minister thut so, als ob die Einbringung der Wahlreform-
Vorlage von seinem guten Willen abhänge: so ist denn die Sache
doch nicht mehr. Dank der energischen und zielbewußten Agitation
unserer Oesterreicher, besonders aber der Wiener Genossen,
muß jetzt die Wahlrechts-Reform verhandelt werden; jedes
Ministerium, ob es will oder nicht, muß sich hierzu äußern:
nicht das gute Herz eines Ministers, die Macht der Volks-
bewegung schafft in Oesterreich die Wahlrechts-Reform. Und daß
das recht bald geschieht — nun, darum braucht uns nach den bis-
herigen Erfolgen der Sozialdemokratie nicht bange zu sein.
Bewußt der Handhabung des Versammlungsrechts hält es
der Minister zwar für richtig, die Redefreiheit zu wahren und
eventuell den Spruch des Richters anzurufen, werde jedoch die Sache
auch einer reiflichen Ueberlegung unterziehen und keinesfalls den
Boden des Gesetzes verlassen. Die Regierung sei bereit, den Ver-
sammlungen gegenüber nicht allzu rigoros vorzugehen, erwarte
jedoch Gegenseitigkeit, nämlich einen entgegenkommenden Ton
auch der Versammlungsredner. Hier bittet Baden also um gut
Wetter. Wir bezweifeln aber sehr, daß sich unsere Genossen um
der schönen Augen des polnischen Grafen willen besondere Be-
schränkungen in ihren oratorischen Ergüssen auferlegen werden:
sie werden nach wie vor furchtlos und offen für die Rechte des
Volkes kämpfen. —

— Die altezeitliche Partei. Die altezeitliche
Partei hat aufgehört zu sein. Auf dem in Prag abgehaltenen
Vertrauensmänner-Kongreß ist dieser Beschluß gefaßt, der soeben
in einem Manifest bekannt gemacht wird. Die Altezeitlichen wollen
keine Kandidaten mehr aufstellen, sondern der Gegenpartei voll-
kommen das Feld räumen und ihr alle Verantwortlichkeit über-
lassen. Sie thäten dies in der Absicht, damit die Junggezeiten
nicht nöthig hätten, für den rauen Wahlkampf vor allem
solche Kandidaten zu wählen, die zu rücksichtslosen Kämpfen
geeignet sind, sondern damit sie Männer ausgiebiger
Arbeit wählen könnten und ehrenhafte Vertreter des
Volkes, entsprechend dessen Bedeutung und würdig
der geistigen und moralischen Eigenschaften desselben. Die
Altezeitlichen würden achtsam die Weitergestaltung der Dinge
verfolgen und, sich die freie Beurtheilung vorbehaltend, ihre
Unterstützung den Junggezeiten nicht versagen, wann immer diese
im Volksinteresse geboten sei.

— Ueager's Befähigung. Der Kaiser hat nunmehr
den Dr. Ueager als ersten Bürgermeister von Wien befähigt und
die betreffende Verordnung wird am Donnerstag veröffentlicht
werden. —

— Italien. — Einberufung der Kammern. Rom, 5. No-
vember. Der Senat und die Deputirtenkammer sind auf den
21. d. M. einberufen. —

— Schweden. —

— Regierungsvorlagen. Der schwedischen Volks-
vertretung, die demnächst zusammentritt, werden folgende wichtige
Vorlagen zugehen: Eine Vorlage behufs Erweiterung des Wahl-
rechts; eine Kreditforderung behufs Anschaffung einer größeren
Anzahl neuer Kriegsschiffe, für welche die Mittel durch eine im
Laufe von 20—25 Jahren amortisirbare innere Anleihe beschafft
werden sollen. Ferner eine Gesetzesvorlage behufs Regelung der
rechtlichen Stellung der schwedisch-norwegischen Gefandtschaften
und Konsulate, welche Frage bekanntlich einen wesentlichen Punkt
des zwischen Schweden und Norwegen bestehenden Unionsstreites
bildet. Schließlich wird sich der Reichstag auch mit einer Reform
der Befugnisse der zahlreichen Stockholmer Privatbanken, welche
bis jetzt das Recht haben, Banknoten zu emittiren, zu befassen
haben. —

Die sozialen Aufgaben der Rechtswissenschaft

bearbeitet der Wiener Professor Anton Menger in der Rede,
mit der er das Amt eines Rectors der Universität Wien für
dieses Jahr übernahm. Die Rede ist im Druck erschienen. Es
finden sich darin einige auch in ihrer aphoristischen Kürze schätzens-
werthe Beiträge zur Kritik der heutigen Rechtswissenschaft.

Menger erkennt an, daß die Rechtswissenschaft selbst der
hervorragendsten Nationen in sozialer Beziehung den An-
forderungen der Zeit nicht einmal in dem dürftigsten Maße
gerecht geworden ist: der erste bewußte Versuch, so-
ziale Elemente in die Jurisprudenz einzuführen, ist
ja von ihm selbst in seiner glänzenden Kritik des ersten
Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich
gemacht worden. Seine Kritik richtete sich gegen das Werk einer
Juristengeneration, die von Savigny anhebend, theilweise von
politischen Motiven getrieben zu einer bedingungslosen
Anerkennung des Autoritätsprinzips geneigt war, und sich zu
einer Zeit, wo die kritisch-analytische und die empirische Methode
alle Gebiete der Wissenschaften beherrschte, auf die theilweise
erwiesenen Uebertreibungen der naturhistorischen Schule reagirte,
fast auf einen mittelalterlichen Standpunkt der kritiklosen Be-
wunderung des überkommenen Lehrstoffes zurückgegriffen hatte.
Grundriss der historischen Forschungen waren freilich geschaffen, aber
sie bezogen sich zumeist in bündelreichen Werken auf völlig neben-
sächliche und gänzlich abgestorbene Rechtsfälle und Rechtsinstitute;
die Dogmatik, die Zusammenfassung und Einrichtung des vor-
handenen Rechtsstoffes für den praktischen Gebrauch blühte,
aber die legislativ-politische Jurisprudenz, wie Menger sie nennt,
die die Aufgabe hat, den Rechtsstoff mit den Anforderungen

er Gegenwart zu vergleichen und zu sehen, welche Änderungen derselben in Zukunft nötig werden, diese Vorarbeit eines wirklichen sozialen Rechtes wurde von den eigentlichen Rechtsgelehrten gänzlich vernachlässigt.

Zum Teil mag das wohl herrühren von der ganz falschen Auffassung von Wesen des Rechtes, die in den Köpfen der juristischen Fachgelehrten auch heute noch umherpflukt: denn das was für den Kenner der marxistischen Geschichtsauffassung eine Selbstverständlichkeit ist, ist dort ein böhmisches Dorf.

Nur wenige unter ihnen wissen, wie Menger, daß „jede Rechtsordnung ein großes System von Machtverhältnissen ist, die sich innerhalb eines Volkes im Laufe seiner geschichtlichen Entwicklung herausgebildet haben“. Er erkennt an, daß die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung für die Entstehung dieser Verhältnisse ist, hält es aber auch für nötig, gegen die materialistische Geschichtsauffassung zu polemisieren, die ihm der wirtschaftlichen Entwicklung eine zu große Bedeutung einzuräumen scheint; und drückt diese Polemik von unrichtiger Voraussetzung auszugeben; Marx und Engels haben den Einfluß anderer Faktoren auf die Entwicklung des ideologischen Überbaues nie unterschätzt oder gar geleugnet, einige der letzten veröffentlichten Briefe von Engels sind geeignet Menger darüber aufzuklären. Aber gerade die Rechtsentwicklung in Deutschland, die er kritisiert, hätte ihm die überwiegende Bedeutung der Wirtschaft zeigen können; er meint an einer Stelle, daß „das politische Bedürfnis des geeinigten Deutschlands ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch notwendig gemacht habe“; schon recht; aber ist es nicht bemerkenswert, daß die Vorläufer der politischen Einheit Deutschlands wirtschaftspolitische Natur waren, daß man ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch schon 1857-61 schuf, als die Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft infolge des Aufblühens seiner Industrie anhub?

Wesentlich unter dem Einflusse der Menger'schen Kritik ist der Entwurf des deutschen Zivilgesetzbuches einer zweiten Bearbeitung unterzogen worden, die zwar Vereinfachungen im Ausdruck, hie und da auch Verbesserungen zeigt, die aber doch noch eine wirkliche Durchdringung der Rechtsmaterie mit sozialem Geiste schmerzhaft vermissen läßt. Trotzdem wird, so meint Menger, der Entwurf, der ja demnächst dem Reichstage zugehen wird, ohne wesentliche Umänderungen Gesetz werden. Damit ist aber für Deutschland auf lange hinaus die Hoffnung auf ein wirklich volkstümlich, d. h. soziales, mit den gesellschaftlichen Verhältnissen im Einklange stehendes Recht vernichtet, denn „Zivilrechte sind sehr konservativ“. Die Aufgabe, ein solches Recht zu schaffen, geht darum, nach des Verfassers Meinung, naturgemäß auf Österreich über, und dort den Boden zu bereiten, das dankt Menger die schönste Aufgabe der heranwachsenden Juristengeneration zu sein, — eine etwas optimistische Beurteilung jener akademischen Jugend, die die Gelegenheit der feierlichen Inauguration Menger's bekanntlich zu einer solennen Keilerei benutzte. Uns scheint die politische und auch legislative Zukunft Österreichs auf einem anderen Boden zu erblicken, nämlich auf der nachvoll und stolz erscheinenden Arbeiterbewegung; wie sie die Frage des allgemeinen Wahlrechts in unaufhaltsamen Fluß gebracht hat, so wird sie auch nach Erringung des Reichstages, mit aller Kraft an der Ausgestaltung des österreichischen Rechtslebens mitarbeiten, selbstverständlich im Sinne einer sozialen Jurisprudenz. —

Parlei-Nachrichten.

Vom Wahlkampf. Am vergangenen Sonntag waren im Wahlkreis Perforballe eine große Anzahl Wähler mit der Verteilung eines Flugblattes beschäftigt; von Bielefeld allein waren 50 Mann nach dem Kreise abgegangen. Ueberall fanden sie eine so gute Aufnahme, wie nie zuvor. Am Sonntag und Sonntag fanden Volksversammlungen in Bünde und Perforballe statt, in denen der Kandidat, Genosse Hoffmann aus Bielefeld, referierte.

Die Stadtverordnetenwahlen in Leipzig stehen in naher Aussicht und unsere dortigen Parteigenossen stehen mitten im Kampfe; sie hoffen, daß es ihnen in diesem Jahre gelingen wird, in vermehrter Zahl ins Rathaus einzuziehen. Im ganzen sind 24 Stadtverordnete zu wählen; davon kommen acht auf die dritte Abteilung. In dieser Abteilung sind dank des Klassen-Wahlsystems allein 22 3/4 Wähler eingetragen, während in der 2. Abteilung 4175, in der 1. Abteilung aber gar nur 1867 Bürger vereinigt sind. Außerdem haben es im Vorjahre bekanntlich die Wahlrechtsmoder meisterlich verstanden, die Wähler der 3. Abteilung auch weiter noch in ein ungünstigeres Verhältnis zu bringen durch eine feine durchdachte Teilung des Stadtbezirks in 4 Wahlkreise, in denen jeder Wähler seine Stimme nur für je einen Ansfässigen und einen Unanfsässigen abzugeben hat. Die bei der Wahlkreis-Einteilung zur Anwendung gebrachte Geometrie sorgte dafür, daß bei der vorjährigen Wahl zwei Wahlkreise der 3. Klasse mit geringer Mehrheit vier Anhänger der reaktionären Parteien ins Stadtverordneten-Kollegium entsandten, während in den zwei übrigen Wahlkreisen die Sozialdemokratie mit erdrückender Mehrheit siegte. Obwohl die Sozialdemokratie die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, fielen ihr nur 4 Mandate zu, während die verbündeten reaktionären Parteien mit der anderen Hälfte der Stimmen 20 Mandate an sich rissen.

Die Kieler Parteigenossen verbreiteten am vergangenen Sonntag ein Protest-Flugblatt in 15 000 Exemplaren. Das Flugblatt beschäftigt sich eingehend mit dem am 28. Februar 1892 von den freisinnigen StadtKollegen gefassten Beschluß, betreffend die Erhöhung des Wahlzinses von 660 auf 1200 M., wodurch bekanntlich 5000 Kieler Arbeiter und Kleinhandwerker das Kommunal-Wahlrecht genommen worden ist.

Aus den Parteiorganisationen. Im sozialdemokratischen Wahlverein in Langenbielau i. Schl., der vor einem Jahre gegründet wurde, stieg die Mitgliederzahl von 105 am Ende des ersten Quartals auf 165 im zweiten, 245 im dritten und auf 306 am Schluß des vierten Quartals. Die Versammlungen, von denen insgesamt 25 abgehalten wurden und die meist mit Vorträgen verbunden waren, hatten sich durchweg guten Besuchs zu erfreuen. Drei Broschüren erhielten die Mitglieder im Laufe des Jahres gratis, die „Umformbroschüre“ zum halben Preise. Die Einnahmen des Vereins betrugen in dem verfloffenen Vereinsjahre 336,58 M., die Ausgaben 157,53 M., so daß das Vereinsjahr mit einem Kassenbestande von 179 M. abschloß.

Totenliste der Partei. In Halle a. S. ist am Sonntagabend der Genosse J. J. G. gestorben. Der Arme hatte 5 Monate in der Nervenklinik krank darnieder gelegen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der „Thüringer Tribüne“ ging vom Erfurter Staatsanwalt bezüglich der von ihr mitgetheilten Thatsachen in der bekannten Verhaftungsgeschichte folgende Berichtigung zu: Unwahr sind die Behauptungen in Nr. 242 der „Thüringer Tribüne“, daß von der Staatsanwaltschaft gegen die Verbreiter des Flugblattes Klage auf Hochverrath erhoben ist und daß der erste Strafsatz des Reichsgerichts die Klage abgewiesen, sowie die Entlassung der Angeklagten angeordnet hat. Die Staatsanwaltschaft hat überhaupt keine Klage erhoben, das Reichsgericht ist mit dem Strafverfahren gar nicht befaßt gewesen, die Haftentlassung ist von der Staatsanwaltschaft selbst angeordnet. — Auf wessen Anordnung — so fragt die „Thür. Trib.“ ganz richtig — sind denn nun eigentlich die Verhaftungen geschehen?

— In einer öffentlichen Versammlung in Arnstadt war die Boykottierung zweier dortiger Lokale beschlossen worden, deren Besitzer sich weigern, sozialdemokratische Versammlungen in ihren Lokalen abhalten zu lassen. Die zwei Vorsitzenden

wurden dieserhalb unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht wegen „grobe Unfugs“ zu 5 Mark verurtheilt.

— Zu unserer kürzlich veröffentlichten Notiz über die Beschlagnahme der „Thüringer Tribüne“, die wir einem anderen Parteiblatt entnommen hatten, bemerkt jetzt die „Tribüne“: „Im Vorwärts“ und einigen anderen Parteiblättern finden wir eine Notiz über eine in Langensalza erfolgte Beschlagnahme der „Thüringer Tribüne“, die auf einem Mißverständnis beruht. Die fragliche Beschlagnahme ist schon älteren Datums und betraf die Nummer vom 18. Oktober. Sie erfolgte durch die Polizei und bis heute ist uns weder von der Staatsanwaltschaft noch von einem Gericht in der Sache irgend welche Eröffnung gemacht worden.“

Soziale Ueberflucht.

Arbeitersekretariate in der Schweiz. Zu dem Arbeitersekretariat in Bern ist in jüngster Zeit ein solches in Zug hinzugekommen, das von der organisierten Arbeiterschaft errichtet wurde. Als Sekretär amtiert Genosse Kantonsrath Müller-Kaiser. Das Sekretariat hat den Zweck, statistische Erhebungen über die Lohn- und Wohnungsverhältnisse in Zug und Umgebung vorzunehmen, ferner den Arbeitern unentgeltlich Auskunft zu erteilen in Fragen der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, des Obligationenrechts und in Lohn- und Dienstfreistellungen.

Gewerkschaftliches.

Allen Gewerkschaften wird hierdurch mitgeteilt, daß seit 1. November in Charlottenburg bei Berlin eine Zentral-Herberge eingerichtet ist. Sie befindet sich Bismard- und Rüdertstrasse-Ecke beim Gastwirth A. Leder. Durch die Einrichtung ist einem viel empfundenen Bedürfnis Rechnung getragen. Wir ersuchen nun alle Gewerkschaften, die reisenden Kollegen auf diese Herberge aufmerksam zu machen, damit sie den Einflüssen der hiesigen christlichen und Jünnungs-Herbergen entzogen werden. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Notiz freundlich gebeten. Der Vertrauensmann der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission.

In Potsdam hat der Buchdruckerbesitzer Edmund Stein am Sonntagabend sein Personal entlassen, da er, wie die „Brandenburger Zeitung“ berichtet, mit Verbandsmitgliedern nichts zu thun haben will. Vorher hatte er durch Versprechungen von dauernder Stellung, Lohnzulagen u. s. w. die am längsten im Geschäft thätigen und meist verheirateten Gehilfen zum Austritt aus dem Verband zu verleiten versucht, womit er sein Glück hatte. Da Herr Stein sehr stark auf den Umfall dieser Gehilfen gerechnet hatte, so muß er sich jetzt nothdürftig mit einigen Guttenberg-Bündlern (Mitgliedern der von den Prinzipalen protegierten Gehilfen-Organisation) behelfen.

Wegen Verrufserklärung beim Streik in der Marschschiffen Velopiedfabrik in Nürnberg verurtheilte die Nürnberger Strafkammer einen Arbeiter, der nichtstreikende Kollegen von der Arbeit abhalten wollte, zu sieben Tagen Gefängnis.

Sämmtliche Steinmetzen des Steinmetzmeisters Grunert in Pirna (Sachsen) haben wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Zum Manneville in Stettin wird berichtet, daß bis jetzt 15 Meister die Forderung (40 Pf. Stundenlohn) bewilligt haben. Ausständig sind noch 50-60 Mann.

Lohnbewegung in der Schweiz. Die Züricher Gasner haben durch ihren Streik mehr errungen, als 15 bis 20 pCt. Lohnerhöhung, wie es anfänglich hieß. Unter der Mitwirkung des Bundeskomitees kam zwischen den Streikenden und den Meistern eine schriftliche Vereinbarung auf folgender Grundlage zu Stande: zehntägiger Maximalarbeitszeit, womit für eine ganze Anzahl Gasnergehilfen der Neunstundentag zur Thatsache geworden ist; acht- bis neunstündige Arbeitszeit an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen, 30 Centimes Minimalstundenlohn, 60 bis 70 Centimes Entschädigung für einzelne Stunden; ebenso wurden die Alfordlöhne erhöht. Bei auswärtiger Arbeit sind je nach der Entfernung 80 Cts. bis 2,80 Fr. Zuschläge zu zahlen, für Sonntags- und Ueberstundenarbeit sind mindestens 50 pCt. mehr zu zahlen. Zur Ueberwachung des neuen Tarifes wurde ein aus zwei Arbeitern, zwei Unternehmern und einem Obmann zusammengesetztes Schiedsgericht bestellt. — Der Ausstand der Züricher Glaser dauert fort. Die Zahl der Streikenden betrug nach unserer letzten Nachricht 63, die Zahl der Arbeitenden 84. — Zu ungunsten der Arbeiter verlief die Bewegung der Schmie de in Freiburg, die den Elftundentag und die Bezahlung von Ueberstunden verlangten. — Der Verein der Beamten und Angestellten der Schweizerbahnen in St. Gallen hat beschlossen, Unterschriften zu sammeln zu einem Gesuch um Lohnerhöhung für das gesammte leitangestellte Personal.

Die groben Verletzungen, die sich in den russischen Gold- und Silberwerken an Anlaß der bevorstehenden Krönung des Zaren angehäuft haben, sind von 30 Arbeitern einer solchen Fabrik in Moskau ausgenutzt worden, um mittelst einer Arbeitseinstellung, welche drei Tage dauerte, eine Lohnerrhöhung durchzusetzen.

Soziale Rechtspflege.

Das Prinzip der Firma Jakob und Vallentin oder: **Der freie Arbeitsvertrag in der Praxis.** Eine große Beleuchtung erfahren die Arbeitsbedingungen im Expeditionsgewerbe durch einen Prozeß des Arbeiters N., welcher die Nummer 7 des Gewerkegerichts beschäftigt. Der Kläger beanprucht von der oben genannten großen Expeditionsfirma 8 Mark 22 Pf. für Ueberstunden, die er während der Zeit seiner Beschäftigung bei derselben, 10. August bis 24. August und 4. September bis 18. September, gemacht hat. Er führte folgendes zur Begründung seines Anspruchs aus: Beim Engagement sei ihm gesagt worden, die Arbeitszeit dauere von 6 Uhr früh bis 11 Uhr abends einschließlich einiger Pausen in der Gesamtdauer von 2 Stunden. Jetzt, in der „scharfen Zeit“, werde es allerdings etwas später, 1/2 und auch 12 Uhr. Später wäre es denn auch thatsächlich geworden, aber nicht nur bis 12 Uhr, sondern bis 1, 1/2 und 2 Uhr nachts habe er arbeiten müssen, und dabei hätten häufig die Pausen nicht inne gehalten werden können; manchmal sei es die ganze lange Zeit „durch“ gegangen. Am letzten Tage des Arbeitsverhältnisses habe er von morgens um 6 Uhr bis nachmittags um 6 Uhr hintereinander arbeiten müssen, ohne einen Happen essen zu können. Da sei ihm dann abel geworden, und er habe sich gleich nach Hause begeben, um nicht krank liegen zu bleiben. Und für diese horrenden Anspannung seiner Kräfte hat der Kläger den ungeheuren Wochenlohn von 18 M. — acht- zehn Mark — erhalten. In der Klagesumme verlangt er nun die Ueberstunden nach 12 Uhr bezahlt. — Der Vertreter der Beklagten macht geltend, daß dem Kläger ausdrücklich gesagt worden sei, die Ueberstunden gebe es nicht bezahlt. Die Nichtbezahlung von Ueberstunden, führte der Herr weiter aus, sei überhaupt im Expeditionsgewerbe Usus. Es existierten dort keine begrenzten Arbeitszeiten. Vom Vorsitzenden, Assessor Mann, im ersten Kammertermin wegen der äußerst ausgedehnten Arbeitszeit interpelliert, antwortete der würdige Vertreter des Kapitals, daß es in den Willen der Leute gehesse sei, wie lange sie arbeiten wollten. Daß dieselben sofort auf Straßengassen flüchten, wenn sie sich nicht dem Interesse des Unternehmers beugen, vermag er hinzuweisen. Wohl aber gebachte er großer Gratifikationen von 1 M. 50 Pf. und 2 M., die den Arbeitern bei großer Anstrengung gewährt würden. Doch damit

scheint es nicht weit her zu sein, denn der Kläger war in der Lage zu konstatieren, daß ihm während seiner Beschäftigung bei Jakob u. Vallentin nie eine solche Gratifikation geworden sei; es mühten gerade die „fünfehn Groschen“ als solche angesehen werden, die er dafür bekam, daß er an einem Sonntage von früh um 6 Uhr bis 12 Uhr mittags im Geschäft war. — Der Zeuge Roland, welcher den Kläger im Namen der Firma engagiert, will bestimmt wissen, daß er demselben sofort mitgeteilt hat, für die Ueberstunden gebe es nichts. Einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden, der darauf hinwies, daß die Arbeitszeit doch wirklich eine sehr ausgedehnte gewesen sei, lehnte der Vertreter der Beklagten aus prinzipiellen Gründen ab. Für die Beklagte sei bei diesem Rechtsstreit die Hauptsache das Prinzip, auf die paar Mark läme es ihr wirklich nicht an. „Wir sind“, sagte er wörtlich, „36 Firmen in einer Vereinigung, und für uns wäre das Urteil gesprochen.“ Ist dieser Satz inhaltlich auch nicht ganz klar, so geht doch daraus hervor, daß sich die fraglichen Firmen zur Aufrechterhaltung der möglichst ungehinderten Ausbeutungsfreiheit verschworen haben. Die Verhandlung wurde dann vertagt und die Vernehmung eines Zeugen des Klägers beschlossen. Dieser machte nun in der letzten Sitzung der Kammer 7, die unter dem Vorsitz des Assessors Unger stattfand, folgende bemerkenswerthe Ausführungen: „In der Arbeitsordnung von Jakob u. Vallentin ist die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends angegeben. Im ganzen sollten die Pausen zwei Stunden dauern. Manchmal wurden aber gar keine Pausen gemacht, manchmal weniger, manchmal wurden sie inne gehalten, je nachdem. Manchmal konnte man etwas essen, manchmal nicht. Beim Anfangen erhielt ich den Befehl, daß die Arbeitszeit bis 11 Uhr abends dauere, daß es aber auch später werde, im schlimmsten Falle jedoch 12 Uhr. Dann sollte es allerdings noch eine halbe Stunde Abenddrotzeit (Pausen) geben, von der ich leider nie etwas gemerkt habe, obwohl ich niemals vor 2 Uhr nachts aus dem Geschäft fortkam; einmal wurde es sogar 1/3 Uhr. So ging es auch allen anderen, jeder mußte mitmachen, und trotzdem mußten wir um 6 Uhr früh wieder antreten: keiner durfte ausweichen. Um 1 Uhr nachts haben wir noch Rufen von Manheimer abgeholt.“ Auf eine Frage des Vorsitzenden, die sich auf das Wohlbefinden der Arbeiter bei dieser Anstrengung bezog, antwortete der Zeuge sehr drastisch:

„Mein Fleisch habe ich ja dagelassen (bei Jakob und Vallentin), die Knochen wollte ich mir aber wenigstens noch behalten, deshalb hörte ich auf.“ Ihm ist nach seiner Aussage beim Engagement mitgeteilt worden, daß die Ueberstunden nicht bezahlt würden, jedoch ist ihm eine Erhöhung seines 18 Mark betragenden Lohnes bis zu 20 Mark in Aussicht gestellt worden, die zu seinem Leidwesen aber verfallen wurde. Er hat die Ueberstunden nicht bezahlt verlangt, wie dies der Kläger an den einzelnen Lohnzahlungstagen auch unterlassen hatte, um sich momentan die Arbeit zu sichern. Auf Befragen des Vorsitzenden äußerten sich der Kläger und der Zeuge D. dahin, daß sie nicht bei Jakob und Vallentin in Arbeit getreten wären, wenn sie gewußt hätten, sie mühten bis 2 Uhr nachts auszuhalten. — Mit vor großer innerer Erregung zitternder Stimme publizirte Assessor Unger nachstehendes Urteil:

„Der hat das Gericht den Kläger kostenpflichtig abweisen müssen. Bei der Beklagten giebt es eine Arbeitsordnung, nach der die Arbeitszeit dort bis 11 Uhr dauert. Unstreitig hat nun der Kläger seinen Lohn in Empfang genommen, ohne etwas von den Ueberstunden zu sagen. Dazu kommt noch, daß Zeuge D. glaubhaft bekundet hat, ihm sei gesagt worden, Ueberstunden gebe es nicht bezahlt; und daß der Zeuge Roland in einem früheren Termin ausgesagt hat, daß er dies speziell auch dem Kläger mitgeteilt habe. Danach hat, wie gesagt, leider das Gericht den Kläger mit seiner Klage abweisen müssen. Leider haben die Arbeiter bei Jakob und Vallentin von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts arbeiten müssen und bestenfalls nur 2 Stunden Pausen gehabt. Das Gericht kann es sich nicht verhehlen, daß dies ein Vertrieb ist, der die Kräfte der Arbeiter weit über alle Maßen in Anspruch nimmt.“ — Und da rede noch einer davon, daß es keine Menschen-schinderei, keine Auswucherung der Arbeitskräfte giebt, der durch einen gesetzlich festgesetzten Maximalarbeitszeit Gehalt geboten werden muß!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 5. November. (B. G.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Belgrad: Die Auflösung der Kammer erfolgte heute unter geringer Theilnahme der Abgeordneten und unter Anwesenheit der früheren Minister. Die Neuwahlen finden zwischen dem 4. und 10. Dezember statt. Das neugewählte Parlament tritt am 19. Dezember zusammen.

Stettin, 5. November. (B. G.) Die Landtags-Erfahrungswahl in Stolp-Bauenburg für Freiherrn von Hammerstein findet am 22. November statt.

Stettin, 5. November. (B. G.) Der Müllergeselle Schafowski wurde wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

München, 5. November. (B. G.) Hier ereignete sich heute Vormittag ein schreckliches Unglück an der Schwanthaler Passage, wo ein Theil eines Neubaus einstürzte. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden 15 Arbeiter verschüttet. Von diesen sind bis jetzt vier Tote und sechs Schwerverletzte zutage gefördert worden.

Prag, 5. November. (B. G.) Die im Omsladinaprozeß Verurtheilten sind begnadigt und bereits aus der Strafanstalt entlassen worden.

Paris, 5. November. (B. G.) Im „Gaulois“ werden die Namen von 20 Senatoren und Abgeordneten veröffentlicht, welche entweder ihr Mandat oder ihre Stellung als Direktoren der größten Finanzinstitute Frankreichs niederlegen müssen, wenn das Gesetz der neuen Regierung angenommen wird, daß kein Abgeordneter Verwaltungsraths-Stellen bei zum Staate im Vertragsverhältnisse stehenden Gesellschaften annehmen darf.

Paris, 5. November. (B. G.) Das französische Schiff „Lorille“ wurde in den neuseeländischen Gewässern von der englischen Behörde angehalten und beschuldigt, daß es für die tubalischen Insurgenten Waffen und Munition an Bord habe. Bei Untersuchung des Schiffes, die sich der französische Kommandant gefallen lassen mußte, stellte es sich heraus, daß der Verdacht unbegründet war. Von den Pariser Blättern wird dieser englisch-französische Zwischenfall leidenschaftlich besprochen.

Boulogne, 5. November. (B. G.) In dem Prozeß Rayve verneinten die Geschworenen die Schuldfrage. Marquis Rayve wurde freigesprochen.

Konstantinopel, 5. November. (B. G.) Die Nachrichten aus Armenien lauten äußerst deprimierend. Die Kurden befinden sich in vollem Aufstand. Das Massakre im Vilayet Diarbekir soll entsetzlich gewesen sein. Es verlautet, daß dasselbe, entgegen den offiziellen Meldungen, von Türken inszeniert worden ist. Die Völkerverhältnisse halten Berathungen ab behufs einseitigen Vorgehens, falls, wie man vermuthet, die Situation sich weiter verschärfen sollte.

Sofia, 5. November. (B. G.) Ueber die Frage der Taufe des Erbprinzen Boris verlautet, der Kaiser sei entschlossen, dieselbe vollziehen zu lassen, aber nicht sogleich, sondern erst am 13. Januar, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß der Uebertritt nur deshalb erfolge, um Rußland gefällig zu sein. Der Wille des bulgarischen Volkes sei allein bestimmend gewesen. Die Stellung Stollow's ist neuerdings wieder befestigt als je zuvor.

Kommunales.

Die Verkehrsdeputation, welche aus 5 Magistratsmitgliedern und 10 Stadtverordneten besteht, und zur Veranlassung der zur Zeit innerhalb der städtischen Verwaltung schwebenden Fragen des Verkehrs wesens eingesetzt ist, hatte gestern unter dem Vorsitz des Stadtraths Marggraf eine Sitzung, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt wurden. Zunächst nahm die Deputation Kenntnis von einem Schreiben der Maschinenfabrik A. Borsig, worin dieselbe bittet, mit einer von ihr erbauten Gasmaschine Versuche für Personenbeförderung anzustellen. Es wird beschlossen, das System der Firma bei den in Aussicht genommenen Versuchen ebenfalls einer Prüfung zu unterziehen. Von dem Rath der Stadt Dresden sind Mittheilungen über die mit dem System Klette (elektrischer Betrieb mit oberirdischer und unterirdischer Stromzuführung) gemachten Versuche eingegangen. Der Bericht spricht sich sehr günstig über die bei diesem System gemachten Beobachtungen aus. Ein anderes sogenanntes gemischtes System — Ueberführung der oberirdischen Stromzuführung in Akkumulatorenbetrieb — wird gegenwärtig in Hannover probirt. Die Deputation wird dieses System in nächster Zeit an Ort und Stelle prüfen. Die Frage wegen Versicherung gegen Personenschäden und Sachschädigungen bei dem für Berlin kürzlich beschlossenen Versuchsbetriebe mit neuen Traktionsmitteln wird dahin entschieden, daß die Unternehmer die Haftpflicht übernehmen, die städtische Verwaltung dagegen die Zahlung der Versicherungsprämien leistet. Das von einer Subkommission angeordnete Straßenaufbau, welches neben den vorhandenen Linien die in Aussicht genommenen neuen Straßenbahnlinien enthält, fand die Zustimmung der Deputation, nachdem die Hinzufügung von mehreren Linien, welche die Straße unter den Linden theils kreuzen, theils diese Straße entlang führen, beschlossen war. Die Veranlassung wandte sich dann zu der Festlegung von Normativbestimmungen für neue Straßenbahnen und für die Umwandlung der Pferdebahnen in elektrische Betriebe. Hierzu lag ein Antrag des Stadtv. Singer vor, welcher beantragte, daß die Deputation die städtischen Behörden auffordern möge, mit den in Frage stehenden Gesellschaften zum Zweck sofortiger Uebernahme der Bahnanlagen, des Materials u. s. w. in Verhandlungen zu treten. Dieser Antrag wurde nach Begründung des Antragstellers abgelehnt und zur Festlegung der Normativbestimmungen geschritten.

Aus den von der Deputation in Vorschlag zu bringenden Normativbestimmungen für neue Straßenbahnen haben wir folgende hervor: 1. Die Zustimmung zu dem Bahnunternehmen wird nicht über den 31. Dezember 1911 hinaus ertheilt. (Bis zu dieser Zeit hat der in Kraft befindliche Vertrag mit der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft Gültigkeit.) 2. Der Unternehmer hat alljährlich ein Entgelt zu zahlen, welches sich nach Prozenten der gesamten Brutto-Einnahmen in zu vereinbarenden Höhe berechnet. 3. Die Entnahme von Betriebskraft, soweit es sich um Elektrizität oder Gas handelt, hat aus der von der Stadtgemeinde vorzuschreibenden Quelle zu erfolgen. Es sind hierzu die hiesigen binnens kurzem in den Besitz der Stadt übergehenden städtischen Elektrizitätswerke, sowie die städtischen Gasanstalten in Aussicht genommen. 4. Auf Antrag des Stadtv. Singer wurde beschlossen, die Einführung des Einheitspreises von 10 Pf. in die Normativbestimmungen aufzunehmen. Die von der Subkommission vorgeschlagenen Bestimmungen, wonach an Sonn- und Feiertagen weder der Beförderungspreis erhöht noch eine andere lästige Bestimmung für das Publikum getroffen werden darf, sowie daß auf Verlangen des Magistrats Arbeiter-Grüßwagen einzustellen sind und daß auf diesen sowie auf sämtlichen fahrplanmäßigen Linien in den Früh- und Abendstunden für Arbeiter ein ermäßigter Beförderungspreis einzutreten hat, wurden angenommen. Die weiteren Bestimmungen beziehen sich auf Sicherheitsmaßregeln, Bau und Betriebsbeginn, Pflasterung der Gleisbauten, Pflasterunterhaltung, Stationslokale und Wartebänke, Reinigung und Besprechung des Bahnkörpers, Beleuchtung, Beförderung von Straßenverkehr, Müll und Leichen während der Nacht, Anschluß fremder Bahnen, Erwerbsrecht der Stadtgemeinde während der Dauer der Zustimmung, Rechtsverhältnisse beim Erlöschen der Zustimmung, Sicherheitsbestellung, Schiedsgericht u. s. w. wurden mit unbedeutenden Abweichungen nach den Vorschlägen der Subkommission angenommen. Bei Beginn der Sitzung war noch der Antrag der Vorortsbahn-Gesellschaft, ihr die Weiterführung ihres Projekts auf Berliner Terrain vermittelt besonderer Schenkenwege zu gestatten, abgelehnt worden. Ein größerer Theil der Deputationsmitglieder war jedoch nicht abgeneigt, den Anschluß der Vorortsbahn an Berliner Bahnhöfe auf bereits vorhandenen Schienen zu genehmigen und die Vorortsbahn-Gesellschaft auf Verhandlungen mit den in betracht kommenden Straßenbahn-Gesellschaften zu verweisen.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die Sitzung, welche nahezu 4 Stunden in Anspruch genommen hatte, auf nächsten Mittwoch, den 13. d. M., vormittags 11 Uhr vertagt.

Tokales.

Parteienossen und Genossinnen, welche gewillt sind, am Tage der Stadtverordnetenwahl im zweiten Wahlkreise zu helfen, werden gebeten, sich im Zentralbureau, Lindenstr. 106, zahlreich einzufinden. Im selben Lokale findet am Freitag Abend 9 Uhr, eine Versammlung statt, in welcher das Wahlergebnis verkündet wird. Die Vertrauensperson.

Waisen-Kostpflege. Von den der Stadtgemeinde Berlin überwiesenen verwaisen, verlassenen oder vernachlässigten Kindern wird nur ein kleiner Theil in städtischen Anstalten (Waisenhaus u. s. w.) untergebracht. Die meisten kommen in Kostpflege (Familien, zum Theil auch fremde Anstalten). Mädchen werden (mit Ausnahme chronisch kranker und schwächlicher, die ins Waisenhaus-Lazareth kommen) nur in Kostpflege gebracht; Knaben kommen, je nach Erfordernis, in Anstalten oder Kostpflege. In Berliner Kostpflege waren am 1. April 1894 1841 Kinder (darunter 89 Säuglinge), im Laufe des Jahres 1894/95 kamen 1087 Kinder (189 Säuglinge) zu und gingen 990 (179) ab, sodass am 1. April 1895 ein Bestand von 1888 (49) blieb. In der auswärtigen Kostpflege war der Bestand am 1. April 1894 2338 Kinder (darunter 63 Säuglinge), Zugang in 1894/95 1136 (270), Abgang 1044 (258), Bestand am 1. April 1895 2430 (75). Die auswärtige Pflege (meist in kleinen Städten und Dörfern) wird von der Berliner bevorzugt; sie gilt als besser, in gesundheitlicher wie in erzieherischer Hinsicht. Die Berichte des revidierenden Erziehungsinspektors äußern sich auch seit langer Zeit über Gesundheit und Betragen der auswärtig untergebrachten Pflinglinge im ganzen recht befriedigend. Leider wollen aber hierzu die Angaben über die Sterblichkeit, wenigstens über die Sterblichkeit der Säuglinge, nicht ganz stimmen. Es starben zunächst von je 100 überhaupt in Pflege gewesenen Kindern aller Altersklassen

	1894/95	1895/96	1896/97	1897/98	1898/99
in Berlin	2,02	1,46	1,20	1,22	1,82
auswärts	5,29	5,23	2,10	1,80	2,30

Nach höher war, auswärts und in Berlin, das Verhältniß der Sterbefälle zur Durchschnittszahl der verpflegten

Kinder, weil diese stets erheblich niedriger ist, als die Zahl der im Laufe eines Jahres überhaupt in Pflege gewesenen (aber oft schon nach kurzem wieder ausgeschiedenen) Kinder. Es starben von je 100 durchschnittlich verpflegten Kindern aller Altersklassen

	in Berlin	3,80	2,89	1,89	1,97	2,79
auswärts	4,96	4,90	3,04	2,66	3,40	

Wie man sieht, kommt die auswärtige Pflege hier wieder schlechter weg. Die Ursache davon ist die in der auswärtigen Pflege viel höhere Säuglingssterblichkeit. Von je 100 überhaupt in Pflege gewesenen Säuglingen starben

	in Berlin	18,42	21,20	19,86	20,81	30,47
auswärts	29,13	36,36	31,59	28,71	34,83	

Könnte man auch hier die Sterbefälle mit den durchschnittlich in jedem Jahre verpflegten Säuglingen vergleichen, deren Zahl natürlich gleichfalls niedriger als die der überhaupt in Pflege gewesenen sein muß, aber in den Berichten der Waisenverwaltung leider nie mitgetheilt wird, so ergäben sich gleichfalls noch höhere Prozentzahlen. Das gilt wiederum für Berlin wie für auswärts. Es liegt jedoch kein Grund vor, anzunehmen, daß diesmal die auswärtige Pflege als die günstigere dastehen könnte; es ist ebenso leicht möglich, daß sich das Verhältniß noch ungünstiger stelle. Die Sterblichkeit der Nichtsäuglinge scheint in Berlin und auswärts ziemlich gleich zu sein. Die geringe Zahl der Sterbefälle gestattet hier keine Vergleichung, weil der Einfluß etwaiger Zufälle sich zu stark geltend machen möchte; im übrigen könnte man ein zutreffendes Urtheil eben auch nur aus den selbstverständlich wieder fehlenden Durchschnittszahlen gewinnen. — Was die Beschaffenheit der Pflegekinder anbelangt, so finden die Berichte des Erziehungsinspektors niemals viel daran auszusagen. Die meisten werden als gut, manche als sehr gut, einige als mäßig, vereinzelte als ungenügend bezeichnet, wobei jedoch zu beachten ist, daß „gut“ nur gleichbedeutend ist mit der völligen Befreiung des Kindes, was für das nicht hohe Pflegegeld vernünftigerweise gefordert werden darf. Der Bericht über 1894/95 bietet wieder dasselbe Bild. Er tadelt nur in mehreren Fällen Wohnung und Schlafgelegenheit der Kinder. Außerdem wird mitgetheilt, daß der Erziehungsinspektor drei Mästen beim — Viehhüten traf, obwohl die Pflegekinder die Benutzung der Pflanzungen hierzu verboten ist. Der Bericht fügt hinzu: „Die Arbeiterwelt auf dem Lande ist zu chronisch geworden, daß selbst wohlhabende Bauern glauben, in einer Berliner Waise einen billigen Hülfsarbeiter erlangen zu können.“ Das sieht ja beinahe wie eine Entschuldigung aus! Wir möchten doch, die Ausbeutung eines Waisenkinds, für dessen Unterhalt Pflegegeld gezahlt wird, durch einen wohlhabenden Bauern ist unter allen Umständen unmenschlich, auch dann, wenn der behauptete chronische Mangel an Landarbeitern wirklich bestünde. Aber diese Ausbeutung dürfte leider oft vorkommen und sich nicht nur auf die drei zufällig entdeckten Fälle beschränken. Vielleicht erklärt sich daraus auch der Umstand, daß auf dem Lande, wie der Bericht sagt, das Verlangen nach Berliner Kindern in immer größerer Kreise dringt.

Das ganze Selbstbewußtsein eines „Wohltätigkeit“ über den Bourgeois spricht aus dem Aufruf, der einen für den Kinderhort der Bartholomäus-Gemeinde in der Villa des Hoflieferanten Brauerbecker's Böhm zu veranstaltenden Bazar empfiehlt. In einem Tone väterlich oder vielmehr mütterlich (denn der Aufruf ist von Frauen unterzeichnet) starker Liebe wird aufeinandergezeigt, wie notwendig der Hort sei, weil „bei den vielfach trostlosen Familienverhältnissen und dem Mangel an jeglicher Zucht und Aufsicht im Hause ungezählte Kinderseelen verkommen und zu Grunde gehen! Ja gewiß, es gehen ungezählte Kinder zu Grunde, aber nicht bloß „seelisch“, sondern auch leiblich, und zwar in der Regel erst leiblich und dann „seelisch“, wenigstens soweit „seelisch“ als gleichbedeutend nicht mit fromm, sondern mit intellektuell und moralisch aufgefaßt werden soll. Aber von der leiblichen Noth steht in dem Aufruf kein Wort. Desto entschiedener wird die „Zucht“ betont, die den Kindern zu Hause fehlt, ihnen aber von dem frommen Hort ersetzt wird. Wir erfahren auch, daß in dem Hort allerlei wirklich ganz nützliche Dinge gelehrt werden, friden, stoßen, nähen, schneiden, damit die Kinder „beizeiten angehalten werden, ihre Sachen ganz und sauber zu halten, was leider nur wenige Frauen der Arbeiterfamilien verstehen.“ Dieser Vorwurf ist ein Lieblingsbegriff der besitzenden und gebildeten Klasse. Es wird leider zutreffen, daß manche Arbeiterin, von Jugend auf zur Arbeit um Geld und für fremde Leute gezwungen, für sich selber zu arbeiten nie Zeit gefunden und daher nicht gelernt hat. Doch gerade die besitzende Klasse hat am allerwenigsten Grund, darüber zu jammern. Ihre Sachen ganz und sauber zu halten, verstehen bekanntlich die meisten Frauen der Bourgeoisfamilien noch weniger, von der Unlust dazu ganz zu schweigen. Sie bedienen sich dazu der Töchter des Proletariats, die in gewissen „wohltätigen“ und „gemeinnützigen“ Anstalten, auch in dem Kinderhort der Bartholomäus-Gemeinde, auf diesen Beruf vorbereitet werden.

Kerzebefucher. In der „Staatsb.-Ztg.“ lesen wir: „Zu sonderbaren Geschäftspraktiken greifen zuweilen die jüdischen Unternehmer. So hat sich der Badeanstalts-Besitzer Philippthal einen „Kerzebefucher“ engagirt mit der Aufgabe, gegen einen bestimmten Wochenlohn die Kerze in und um Berlin zu besuchen, um sie für seine Badeanstalt zu „interessiren“. Es ist nicht bekannt geworden, welche Unternehmungen dieser Kerzebefucher zu machen hatte. Der genannte Unternehmer gerieth mit seinem Kerzebefucher in Streit und so kam diese neue Praxis durch die gerichtliche Verhandlung zur öffentlichen Kenntniss.“ Jeder Arzt wird bekunden, daß das Streben, ihn für bestimmte Unternehmungen zu interessiren, sich durchaus nicht auf jüdische Geschäftsleute beschränkt und auch gar nicht „sonderbar“ ist. Man gehe z. B. nur einmal näher auf das Verhältniß ein, in dem eine nicht unbeträchtliche Anzahl Ärzte zu bestimmten Apotheken stehen.

Der Nicht-Jude. In der „Kreuz-Zeitung“ lesen wir: „Kürzlich erhielt der Drucker eines jüdischen Blattes, wie er selbst mittheilt, folgende Postkarte: „An den Juden Herrn M. Lewin, Berlin. Herausgeber der israelitischen Zeitschrift „Jeschurun“. Ersuche freundlichst, in Zukunft mit Zufriedenheit von Zeitschriften u. s. w., welche das Judenthum betreffen, mich verschonen zu wollen, da ich nicht die Ehre habe, mich zu Ihren Glaubensgenossen zu bekennen. Eche Sie Ihre Zeitung u. s. w. jedermann schiden, wäre es wohl angebracht, sich zu erkundigen, ob es auch Ihr Glaubensgenosse ist oder nicht. Ergreift Professor Dr. D. Oppenheim, Berlin, Blumenhof 1.“ Nach der Angabe des jüdischen Blattes kann Professor Dr. D. Oppenheim noch nicht lange gelautet sein, da er noch in den Registern der jüdischen Gemeinde geführt wird.

Der Verein Berliner Volksschullehrerinnen hat in seiner letzten Versammlung den folgenden, vom Geiste wohlthuerender Solidarität getragenen Beschluß gefaßt:

Der Verein Berliner Volksschullehrerinnen bedauert tief die Schädigung, welche die jüdischen Lehrerinnen infolge der Stellungnahme der Regierung in ihrer Berufstätigkeit erleiden sollen, indem die Regierung die Anstellung von jüdischen Volksschullehrerinnen immer mehr zu beschränken oder ganz aufzuheben

sucht und die jüdischen Hospitantinnen nicht mehr zur Vertretung christlicher Lehrkräfte heranzuziehen gestattet. Der Verein Berliner Volksschullehrerinnen spricht die Hoffnung aus, daß die städtischen Behörden nicht ermüden werden, für die Wiedererlangung der Gleichberechtigung ihrer jüdischen Lehrerinnen einzutreten. Er hofft von dem Gerechtigkeitsförm der königlichen Behörden, daß sie den Vorstellungen ein geneigtes Ohr leihen und willige Folge geben werden.“

Die letzten Sätze sprechen dafür, daß sich auch unter gebildeten Damen zuweilen noch ein sehr großes Stück Naivität kundgibt.

Die menschenunwürdigen Zustände in der vierten Wagenklasse werden recht drastisch durch eine Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Erfurt beleuchtet: Wiederholt sind zwischen den Reisenden der vierten Wagenklasse Streitigkeiten darüber entstanden, daß einzelne berechtigt zu sein glauben, einen bestimmten Sitzplatz für die ganze Dauer der Reise für sich in Anspruch nehmen zu können. Demgegenüber wird bekannt gemacht, daß ein dauernder Sitzplatz in der vierten Wagenklasse nicht beansprucht werden kann, sondern allen Reisenden ohne Unterschied Gelegenheit gegeben ist, auszurufen. Auch das Belegen einzelner Plätze ist unstatthaft.

Wie der „Vorwärts“ seinerzeit mittheilte, war am Abend des 3. September er. ein Niddorfer Lehrer von einem Nachtwächter mit dem Säbel bearbeitet worden, weil er nach 10 Uhr noch auf einer Bank auf dem Richardplatz gesessen hatte. Der Nachtwächter behauptete freilich, er sei zuerst von dem Lehrer angegriffen worden und hatte gegen denselben daher Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben, während der Lehrer wegen Mißhandlung Strafantrag gestellt hat. Auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung ist nun, wie wir erfahren, das Verfahren gegen den Lehrer eingestellt, gegen den „schlagfertigen“ Nachtwächter dagegen Auflage aus § 340 des Reichsstrafgesetzbuchs erhoben worden.

Ueber einen kassischen erregenden Mord und Selbstmord bringt ein hiesiger Berichterstatter die folgende Mittheilung: „Im Grunewald wurden am Sonnabend gegen Abend die Leichen eines Mannes und eines Mädchens gefunden. Es lag zweifellos gemeinschaftlicher Selbstmord vor. Wie sich herausstellte, ist der Mann der etwa 30-jährige Fritz Calamé aus Königsberg i. Pr., der bei der dortigen sozialdemokratischen „Volksstimme“ Annoncen-Sammler und Redakteur gewesen ist. Vor etwa einem Jahre kam er nach Berlin, fand Anstellung als Anzeigen-Agent bei dem „Volksrecht“, wurde wegen Unregelmäßigkeiten entlassen, kam dann in gleicher Eigenschaft an den „Deutschen Michel“, ein antisemitisches Blättchen, verlor auch diese Stelle durch Unregelmäßigkeiten und trat am Mittwoch früh bei einer hiesigen Buchhändlerfirma als Stadtreisender ein, die ihm gleich 50 M. Vorschuss gab. Das Mädchen heißt Sievart und ist die Tochter seiner Wirthin in der Grunewaldstraße. Vom Mittwoch früh an waren beide verschwunden. Nachdem die 50 M. Vorschuss verausgabt worden, gingen sie gemeinsam in den Tod. Zwar soll zwischen ihnen ein intimer Verkehr stattgefunden haben, ohne daß jedoch das Mädchen jemals größere Abhängigkeit an Calamé erkennen ließ. Ihr Entschluß, mit ihm zu sterben, ist daher allen ihren Bekannten unverständlich. Wie verlautet, war Calamé Alkoholist. In Königsberg hinterläßt er Frau und Kind.“

Diese Mittheilungen sind unseres Wissens insoweit unrichtig, als Calamé noch nicht ein Jahr, sondern erst wenige Monate aus Königsberg fort ist, wo er aus diversen Ursachen, über die wir auf Grund eines zu erwartenden Spezialberichts noch näheres wissen werden, das ihm bislang zu theil gewordene Vertrauen der Parteigenossen verloren hatte.

In dieser Angelegenheit bringt derselbe Berichterstatter am Abend noch die folgende Meldung:

Zu dem Liebesdrama im Grunewald wird mitgetheilt, daß der Redakteur Fritz Calamé, der seine Geliebte, die 25-jährige Wally Sievart, die Tochter seiner Wirthin in der Grunewaldstr. 121, und dann sich selbst erschoss, wegen Majestätsbeleidigung angeklagt war. Wie seine Wirthin wissen will, hat er am 31. Oktober in dieser Sache einen Termin gehabt. Am 29. Oktober, nach der Beurtheilung der drei Medaillanten vom „Vorwärts“ und dem „Teltover Volksblatt“ kam er sehr aufgeregt zu Frau Sievart und bemerkte, er habe das einmal in Königsberg durchgemacht, zum zweiten Male halte er es nicht aus. Ob sein Verschwinden am 30. Oktober mit dieser Straffache in Zusammenhang steht oder einen anderen Grund hatte, ist nicht aufzuklären. Calamé wohnte in der Grunewaldstraße 121 erst seit dem 1. Oktober. Man will in der Gegend bemerkt haben, daß das Haus seit dieser Zeit von einem Polizeibeamten in Zivil beobachtet wurde.

Mit einer erheblichen Schnittwunde am Hals wurde in bewußtlosem Zustande in der unmittelbaren Nähe des Bahnhofes zu Gotha ein Soldat des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments aufgefunden. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus zu Gotha gebracht und dem Regiment nach Berlin Mittheilung gemacht. Es handelt sich, wie hier festgestellt worden ist, um den Grenadier Klopffleisch von der 11. Kompanie. Klopffleisch hatte einen zehntägigen Urlaub hinter sich, den er in Gotha verbracht hatte. Er hatte denselben erhalten auf Grund seiner Angabe, daß seine Schwester ihre Hochzeit feiere. Nach seiner Abreise waren seinen Vorgesetzten bezüglich der Wahrheit seiner Angaben Bedenken aufgefallen, es waren Erkundigungen eingezogen worden und diese hatten ergeben, daß von einer Hochzeitfeier in der Familie des K. nicht die Rede war. K. hatte nun in irgend einer Weise erfahren, daß die läugerliche Motivierung seines Urlaubsgeheuses entdeckt sei und aus Furcht vor der seiner harrenden Bestrafung hat er kurz vor Abgang des Zuges, mit welchem er nach Berlin zurückkehren sollte, den Selbstmordversuch begangen. Sein Zustand gilt nicht für hoffnungslos.

Vom Abendstisch mußte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Fischhändlerin Frau M. aus der Weberstraße in Berlin ins Gefängnis wandern. Die Frau war mit ihrem Ehemann und anderen Berlinern in Niddorf zu einem Abendstisch gewesen und gerieth, als sie per Droschke nach Hause fahren wollte, mit dem Droschkenfahrer in Streit. Hierbei verübten die weinigen Berliner einen derartigen Vörm, daß Polizei erschien und die ganze Gesellschaft nach der Wache brachte. Hier betrug sich Frau M. so rabiat, daß sie in Haft genommen wurde und die Nacht im Gefängnis zubringen mußte, während ihr Gatte stillvergnügt nach Hause fuhr.

Mit total erfrorenen Füßen wurde am Montag der Zigarrenmacher Ernst Schuster aus Breslau in das Niddorfer Krankenhaus eingeliefert. Der unglückliche Mann war lange Zeit arbeitslos, konnte daher nirgends Unterkunft finden und hatte so im Freien nächtigen müssen, wobei ihm die Füße erfroren sind. Das Opfer der heftigen Kälteperiode unserer Tage wird jedenfalls für immer ein Krüppel bleiben.

In die Irrenanstalt Dalldorf mußte der angebliche Missionar Schenk gebracht werden, der vor einiger Zeit in Niddorf wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden war. Der

elbe hatte gleich nach seiner Einlieferung in das Amtsgericht, gegenwärtig den Eindruck hervorgerufen, als sei er geisteskrank.

Wegen Raubes wurde in Nixdorf ein gewisser Friedrich Schneider in Untersuchungshaft genommen. Er will die der Anklage zu Grunde liegende Straftat in der Trunkenheit verübt haben.

Der neue Nixdorfer Bahnhof ist zu klein! Das ist das einmündige Urteil aller, die denselben bisher benutzt haben. Die einzige, zum Bahnsteig führende Treppe reicht für den dort stattfindenden Verkehr bei weitem nicht aus. Sobald ein Zug eingefahren ist, wird die Treppe mindestens sechs Minuten lang von den den Bahnhof Verlassenden in ihrer ganzen Ausdehnung in Anspruch genommen; während dieser Zeit ist es ein Ding der Unmöglichkeit, über die Treppe zum Bahnsteig zu gelangen. Eine Teilung der Treppe für Ein- und Ausgänge würde zur Folge haben, daß die Abgehenden nur äußerst langsam die Treppe passieren könnten. Der Uebelstand wird daraus erklärt, daß die Projektarbeiten für den Bahnhofsbau bereits im Jahre 1888 stattfanden. Für die damaligen Nixdorfer Verkehrsverhältnisse mochte diese eine Treppe genügen, für die heutigen Verhältnisse ist sie unzulänglich.

Eine Bluthat ist am Dienstag Vormittag um 1/10 Uhr in unserem Vorort Weisensee begangen worden. Dort wohnt in der Sebanstr. 73 der Tischlermeister Franz Probowitz, welcher unter anderen Gefellen auch den 47jährigen Franz Seidel beschäftigt. Der letztere war früher Mitinhaber der Firma Kraus und Seidel, Bildhauermeister, Fabrikant hierseits; die Gefelle derselben gerieten jedoch in Konflikt und Seidel erhielt vor einem halben Jahre Stellung als Geselle bei Probowitz. Am Dienstag Morgen war S. mit einem anderen Arbeiter in dem Keller der P.ichen Tischlerei beschäftigt, als das Dienstmädchen des Probowitz herunter kam und einen Schlüssel von S. forderte. Dieser aber verweigerte die Herausgabe, da das Mädchen ihn nicht mit „Heir“ anredete. Als bald erschien der Tischlermeister und erbat sich in höflicher Form den Schlüssel. Der Gefelle soll jedoch so grobe Antworten gegeben haben, daß P. mit ihm bald in Streit gerieth. Da stürzte sich Seidel auf P. und bohrte dem unglücklichen Brotherrn ein spitze Journierinstrument in den Hals, so daß die linke Schlagader getroffen wurde. P. schleppte sich noch bis in seine im Portiererraum belegene Wohnung, verstarb jedoch bald darauf an innerer Verblutung. S., der übrigens schon früher Spuren von Delirium zeigte, wurde verhaftet, behauptet jedoch, die That nur in der Nothwehr begangen zu haben. Der Augenzeuge der That, der Gefelle Seidel, bleibt bestimmt an, daß P. den Seidel nicht angegriffen hat. Probowitz hinterläßt 6 unverheiratete Kinder; auch der Thäter besitzt deren drei.

Polizeibericht. Am 4. d. M. vormittags vergiftete sich ein Restaurateur in seiner Wohnung, in der Kommandantenstraße. In der Birkenstraße fiel mittags ein Mann beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Bierwagens hin, gerieth unter die Räder und trug einen Knochenbruch davon. — Nachmittags fiel ein Arbeiter beim Ausladen von Mehlsäcken von einem am Friedrich-Karl-Platz liegenden Kahn infolge eines Fehltritts gegen eine Bordwand und zog sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopfe zu. — Auf dem Platze am Zeughaufe stürzte gegen Abend ein Kutscher beim Reiten mit dem Pferde und brach sich ein Bein. — Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Doppelallee erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden drei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsüberblick vom 5. November 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50° F.).
Eisenmünde . .	761	SSO	3	Dunst	4
Hamburg . . .	759	SSO	1	wolkig	8
Berlin	761	S	1	wolkig	5
Biesbaden . .	761	Stil	—	wolkig	6
München . . .	764	O	3	halb bedeckt	1
Wien	765	Stil	—	Nebel	8
Soparanda . .	750	Stil	—	wolklos	-4
Petersburg . .	—	—	—	—	—
Cork	746	SSW	4	bedeckt	12
Aberdeen . . .	751	O	5	bedeckt	8
Paris	756	S	3	Regen	10

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. November 1895. Warmes, ziemlich trübes, regnerisches Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller-Theater kam am Montag Abend unter Jubelrufen die Feste zu ihrem Recht. „Der Raub der Sabinerinnen“, jenes überaus beliebte Stück der Herren Franz und Paul von Schöndran bewährte bei dem Publikum des umgetauften Kunsttempels in der Wallner-Theaterstraße auch nach zwölfsährigem Alter noch seine alte Kraft und erregte fast mehr Aufsehen, als alle Klassiker zusammen genommen. Es kam dem Erfolge des Schwanke ein im ganzen vorzügliches Spiel zu gute. Herr Walden war ein Schmeicheldirektor, wie er im Buche steht, und auch Herr Steinecke wußte die Rolle des Professors, wenn auch ein wenig farblos, so doch befriedigend zu gestalten. Ein vorzügliches Spiel war Herr Walden, und ebenfalls leistete Herr Berg als Vater Groß Befriedigendes. Als drolliger Liebhaber bewährte sich Herr Reimann. Die Frauenrollen waren passend unter den Damen Wille, Leisemann, Kling und Werner verteilt. Namentlich die letztgenannte Künstlerin wußte als Dienstmädchen den ostpreussischen Dialekt dräuslich zu verwerthen. Das Publikum war außer sich vor Entzücken.

Gerichts-Beitrag.

Zum Brenzlauer Mordprozeß. Die Angeklagten, Spring-Rein und dessen Schwester Frau Bod, sind in der Verhandlung vom Dienstag Morgen des Giftmordes schuldig befunden und beide zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt worden. (Siehe 2. Beilage.)

Zu dem Prozeß gegen Dr. Schuch (siehe 2. Beilage) bot bis jetzt die Heugenervernehmung nichts Bemerkenswerthes. Der Angeklagte erklärte bei der Erörterung der einzelnen Fälle, beglückwünschte deren die Anklage wegen Unterschlagung erhoben worden ist, daß er sich in allen diesen Fällen, obwohl sich das Gericht an das Amt wandte, die Gutachten auf Autopsien geschrieben, die Quittungen für die gezahlten Beträge mit dem Amtsstempel versehen waren, für berechtigt gehalten habe, die gezahlten Beträge für sich zu verwenden. Auf die Frage des Präsidenten, wie es komme, daß, obwohl er selbst erklärt habe, daß im Oktober 1889 der Tarif außer Kurs gesetzt worden sei, er dennoch den Tarif bei der Liquidation der Gebühren sich als Grundlage habe dienen lassen, bemerkte der Angeklagte: Er habe sich für befugt gehalten, einzelne Tariffsätze aus dem alten Tarif zu benützen. In einem Falle handelt es sich um das Gutachten von Topeten für den Rechnungsrath Schütte. Reizerein ist „Im Auftrage, Röntgen“ geschrieben worden, daß er die Untersuchungsgebühren binnen acht Tagen an die Stadtkasse zu zahlen habe. Der Angeklagte bemerkt, er wisse nicht, wie Röntgen, der ein untergeordneter Schreiber war, zu dieser Bemerkung gekommen sei. Es sei doch

selbstverständlich, daß das Amt mit der Untersuchung von Topeten nichts zu thun habe. — Im weiteren hält der Präsident dem Angeklagten vor: Ein Bau-Unternehmer habe ihm 21 Mark für ein Gutachten geschuldet. Um diesen Betrag schnellstens einzutreiben, habe er den Betrag als eine Forderung des Magistrats in den amtlichen Listen verzeichnen lassen und es dadurch bewirkt, daß die Forderung im Verwaltungs-Zwangsvorfahren eingetragen wurde. Der Präsident stellt an den Angeklagten die Frage: ob er sich auch zu dieser Manipulation für berechtigt gehalten habe. — Angeklagter: Es mag ja sein, daß dies Vorgehen nicht ganz korrekt war, ich schlug jedoch diesen Weg ein, um so schnell als möglich in den Besitz meiner Forderung zu kommen. — Präsident: Ein solches Verfahren ist im höchsten Grade strafwürdig, daß müßten Sie sich doch sagen. Daß Sie dadurch sehr schnell in den Besitz Ihrer Forderung kamen, will ich gern glauben, denn bekanntlich ist gegen ein Verwaltungs-Zwangsvorfahren nichts zu machen. Daß aber ein solches Verfahren strafwürdig ist, mußte einem Manne wie Ihnen klar sein. — Angeklagter: Ich bemerke, daß ich mir nichts dabei gedacht und das Verfahren für gültig gehalten habe. — Der Präsident hält alsdann dem Angeklagten vor, daß in seiner Privatwohnung das Kassabuch und eine Anzahl anderer dem Amt gehöriger Bücher, darunter das Analysenbuch, gefunden worden seien. — Der Angeklagte erklärt: er habe sich eine Anzahl nichtamtlicher Bücher, die noch aus der Nachener Zeit stammen, allerdings mitgenommen. Wie das Kassabuch und das Analysenbuch u. s. w. in seine Wohnung gekommen sei, wisse er nicht. — Der Verteidiger Dr. Niemeyer stellt den Antrag: den Direktor des städtischen Lebensmittel-Untersuchungsamts zu Berlin als Zeugen und Sachverständigen zu laden. Dieser werde bekunden, daß die von dem Angeklagten beobachtete Praxis auch in anderen Untersuchungsämtern gehandhabt werde.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Landgericht 1 in Altona am Dienstag die Ehefrau des Arbeiters Vorchart zu 2 Monat und 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Sie soll am 20. April d. J. diese Straftat begangen haben, als sie sich mit ihrer „Freundin“ Frau Semmelhof über die Ablehnung der Bismarckgratulation seitens des Reichstags unterhielt. Als diese Person sich später mit der Vorchart erzwürte, lief sie zum Staatsanwalt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Im Münchener Bilderdiebstahls-Prozeß (siehe 2. Beilage) erklärte am Dienstag Professor v. Lenbach, die Angeklagten hätten aus dem massenhaften Aufstehen noch dazu unvollendeter Bilder schließen müssen, daß dieselben nur auf unrechtmäßige Weise erworben sein könnten. Die Gerichte über ihn und seine Familie seien absichtlich ausgefressen worden, um eine plausible Erklärung für das Aufstehen so vieler Bilder zu geben. Die Signatur sei zum Theil sehr deutlich nachgeahmt. Der Sachverständige Professor und Konservator Hauser erklärte gleichfalls, daß die Signa Lenbach's Schrift nachahmen suchen. Die weiteren Vernehmungen erstreckten sich auf die in dem früheren Prozesse Verurtheilten Janß, Wapner, Bubonitz und Teininger, welche über ihre geschäftlichen Beziehungen zu den Angeklagten Auskunft gaben.

Im Prozeß de Rahbe zu Bourges erregte am sechsten Verhandlungstage namentlich die Aussage des Abbe Rosselot, der Erzherzog im Hause des Marquis war, Interesse. Er spricht in scharfem Ton. Ich bin aus dem Gebiete von Velfort geboren, beginnt er mit besonderer Betonung, bin also nicht „Prussien“, wie man behauptete. Man spricht schlecht von mir; aber es zu beweisen, ist eine andere Sache. Ich bin nicht der Mann, dessen Aussage bemängelt werden kann. Ich bin unabhängig und kenne nur die Wahrheit. Ich habe mich über beide zu befragen, sowohl über den Marquis, wie über die Marquise. Anfangs war der Marquis einnehmend und artig gegen mich. Um seinen Charakter zu schildern, muß man sagen, daß er nur gegen die Genossen seines Vermögens liebessüchtig ist, mit anderen lebte er nicht lange in Frieden. Die Marquise hört höflich auf das, was man ihr sagt, aber sie thut, was sie will. Zeuge spricht ferner über die Korbtheil des Angeklagten, über dessen Verhalten gegenüber den Diensthofen und den Sonnen etc. Seine Aussage macht er mit so viel Eifer, daß er bald ermüdet. Der Präsident läßt ihn deshalb sich setzen und ihm ein Gläschen Kruth mit Wasser anbieten. Abbe M. kommt dann auf die Festigkeit des Marquis zurück, deren Opfer er oft geworden sein will. Hier ruft der Marquis erregt: Elender Lügner! In Zorn brach er es, wo Sie die Leute zu beschimpfen gelernt haben und den Vater der Kinder mit Noth zu beweisen, die französische Offiziere werden wollen. Sie sind ein erbärmlicher Jesuit, ein Petrus ignobis. Zeuge bezieht nun den Angeklagten, von seinem Sohn in einer unzulässigen Stellung mit einem minderjährigen Mädchen überfallen worden zu sein. Neuer Wuthausbruch des Angeklagten. — Präsl.: Lassen Sie den Zeugen reden. — Verteidiger: Der Zeuge hat geschworen, ohne daß anzufügen. Ich mache die Gefasoren auf die Art und Weise seiner Aussagen aufmerksam. — Angeklagter: Ihr Vater war im Gefängnis, und Sie tragen den Namen Ihrer Mutter. Sie sind der Urheber des ganzen Skandals. Sie behaupten, daß ganze Haus und meine Frau, Sie waren es, der die Anzeige verfasste. Wenn meine Kinder gegen mich aufstehen, sind Sie schuld. Sie haben mich von meinem Hause vertrieben, um dort und bei meiner Frau meinen Platz einzunehmen; wenn Sie heute auch gegen diese sind, so geschieht es, weil Sie nicht heirathen will. Sie insultirten fortgesetzt Frankreich und sagten, die Franzosen seien verfaßt und unfähig, Kinder zu erzeugen. „Da seht die Deutschen an,“ sagte er; „wenn Frankreich geschlagen wurde, haben es die Franzosen mit ihrer Feigheit verschuldet.“ — Präsl.: Warum warfen Sie einen solchen Hauslehrer nicht zur Thüre hinaus? — Angekl.: Meiner Kinder und meiner Frau wegen, die ihn behalten wollte. Mein Haus soll eine Hölle gewesen sein. Inwieweit, es war eine Hölle von dem Tage ab, wo dieser Dämon seine Schwelle überschritt.

Am 3. November schon hatten die Söhne des Marquis ausgesagt, welche ihn in ihren Aussagen im Laufe der Untersuchung der Brutalität bezichtigt hatten, daß ihre Aussagen ihnen von ihrem Erzherzog, dem Abbe Rosselot, diktiert worden seien; sie machten alsdann für ihren Vater günstige Aussagen. Dieselben liefen unter den Zuhörern große Bewegung hervor.

Ein Telegramm der „Voss. Ztg.“ meldet, daß allgemein die Freilassung des Marquis erwartet werde.

Versammlungen.

Für den 33., 35. und 42. Kommunal-Wahlbezirk wurde am 4. d. M. im Söwminnender Gesellschaftshaus eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung abgehalten, wo Stadtverordneter Paul Singer über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen und deren Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung sprach. Er wies eingangs seines Referats auf die Nothwendigkeit hin, daß die sozialdemokratische Partei bei diesen Erswahlen angetrieben der durch die Kommunal-Steuerreform verschobenen Grenzen der Wählerklassen mit aller Energie vorzugehen habe. Zweifelslos sei es, daß die Sozialdemokratie auch in den genannten Bezirken siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehe, wenn alle Wähler sich aufrufen und die wahre Vertretung ihrer Interessen erkennen würden. Das Hinderniß, welches die Städte-Ordnung durch die Bestimmung bereite, daß die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, habe die sozialdemokratische Partei spielend überwunden. An der erforderlichen Anzahl von sozialdemokratischen Hausbesitzern werde es nicht fehlen. Die Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten sei von dem Gesichtspunkte aus zu beurtheilen, daß sie die Gesamtheit

interessieren, die Interessen der Allgemeinheit vertreten, indem sie die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, der arbeitenden Klasse, wahrnehmen. Daß diese Thätigkeit nicht fruchtlos gewesen ist, zeigte Redner, indem er das Wirken der sozialdemokratischen Stadtverordneten während der zwölf Jahre ihres Wirkens im Nothen Hause skizzierte. Er besprach dann die Verkehrsverhältnisse und die Ausnützung der städtischen Straßen und Plätze durch private Aktiengesellschaften, darauf verweisend, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten von Anfang an für die Ausbarmachung der Straßen und Plätze für die Interessen der Allgemeinheit eingetreten sind. Auch auf die Gebiete des Arbeiterschutzes hätten die sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Reihe von Anregungen gegeben. Redner fasste diese Thätigkeit zusammen unter der Bezeichnung „Nothstandsaktion“. Wenn auch die betr. Anträge abgelehnt worden seien, so habe sich doch auch hier der Nutzen der Anwesenheit der Sozialdemokraten im „rothen Hause“ sehr deutlich gezeigt. Die Herren Liberalen seien gezwungen worden, in die Verhandlungen über diese sozialpolitischen Anträge einzutreten und wer dabei gewonnen habe, sei nicht der Liberalismus, sondern zweifellos die Sozialdemokratie. In Verbindung hiermit habe der Antrag auf Errichtung eines städtischen unentgeltlichen Arbeitsnachweises gestanden, der natürlich auch abgelehnt worden sei. Neben der Arbeiterfürsorge hätten die sozialdemokratischen Stadtverordneten auch das allgemeine Interesse namentlich im Auge gehabt. Redner verbeistete sich nach dieser Richtung hin besonders über das Gemeindeschulwesen, die Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten auf diesem Gebiete erklärend. Allen berechtigten Forderungen gegenüber hätten sich die Herren Liberalen ablehnend verhalten. Redner erörterte dann die Aufgaben, die die Stadtverordneten-Versammlung demnächst beschäftigen werden. Er erinnerte an die bevorstehende Reform der Gewerbesteuer, an der namentlich die kleinen Gewerbetreibenden, die Handwerker etc. auf das lebhafteste interessiert sind, und die daher an der Vermehrung des sozialdemokratischen Bestandes im „rothen Hause“ ein hohes Interesse haben. Die Sozialdemokratie sei prinzipielle Gegnerin der Gewerbesteuer als einer ungerechten Steuer, wie sie die Reichssteuer auch war, deren Beseitigung der Sozialdemokratie zu danken sei. So lange die Gewerbesteuer nicht zu beseitigen wäre, müsse sie wenigstens so reformiert werden, daß sie das Bedrückende für die kleinen Gewerbetreibenden verliere, daß diese entlastet und die großen Gewerbetreibenden mehr als bisher, sowie weitere Gewerbe, wie das der Rechtsanwälte, Aerzte, Bildhauer etc. überhaupt zur Gewerbesteuer erst herangezogen würden. Die Umwandlung des Pferdebahn-Betriebes in elektrischen, sowie die Eingemeindungsfrage der Vororte beanspruche das höchste Interesse der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen und derjenigen der in Rede stehenden Bezirke im besonderen. Der Referent behandelte die Eingemeindungsfrage in eingehender Weise unter lebhafter Zustimmung der Versammlung vom sozialdemokratischen Standpunkte aus, wonach bekanntlich nicht nur die feuerkräftigen Vororte und Theile derselben, sondern auch die feuerstarken Vororte und Theile derselben eingemeindet werden müssen. Redner richtete noch einen flammenden Appell an die Wähler, am 8. November mit aller Kraft für die Sozialdemokratie einzutreten und wandte sich dabei auch an die Frauen. In der heutigen Zeit der Sozialistenhag sei es doppelte und dreifache Pflicht eines jeden einzelnen, seine volle Schuldbiligkeit zu thun. Es gelte zu beweisen, daß die Sozialdemokratie sich durch nichts einschüchtern lasse. Ein Sieg der Sozialdemokratie sei eementisprechend von erhöhter Bedeutung, und einen solchen Sieg müsse auch der 8. November bringen. (Stürmischer Beifall.)

Herr Platon, der nächste Redner, präsentirte sich als Gegner der Sozialdemokratie. Er war insofern so gütig, zuzugeben, daß auch die Sozialdemokraten mitunter gute Gedanken hätten, die jeder vernünftige und anständige Mensch unterstützen müsse. Singer, den er persönlich angegriffen hatte, stellte ihm bereitwillig seine Steuereinschätzung zur Verfügung. Aus dieser würde er ersehen, was es mit seinen (Singer's) vermeintlichen Millionen auf sich habe. Ueberdies müßte er nicht schon dreißig Jahre Sozialdemokrat sein, um heute als reicher Mann verschrien werden zu können. Singer hielt Herrn Platon noch eine sehr nötige Vorlesung über das Wesen der Sozialdemokratie, von dem Herr Platon offenbar keine blasse Ahnung hatte. In drastischer Weise wühlte Genosse Kooptmann die Begeisterung für die Stadtverordnetenwahl am nächsten Freitag zu entfachen. — Stadtverordneter Borgmann wies darauf hin, daß die von Kooptmann zur Sprache gebrachte Erhöhung der Raakpreise für die kleinen Abnehmer demnächst zum Gegenstand einer Anfrage in der Stadtverordneten-Versammlung gemacht werden würde, da eine derartige Praxis den Aufgaben der Stadtverwaltung nicht entspreche. In seinem Schlussworte kam der Referent auch auf die Beleuchtungsfrage der Gewerbe-Ausstellung zu sprechen und setzte kurz den Standpunkt aufeinander, den die sozialdemokratischen Vertreter im Nothen Hause der Gewerbe-Ausstellung gegenüber einnehmen. Sie seien für eine Berliner Weltausstellung eingetreten. Nachdem sowohl dieser Plan als auch der einer nationalen deutschen Ausstellung gecheitert war, hätten sie schließlich einer Gewerbe-Ausstellung zugestimmt im Interesse der Verbesserungen, die der betreffende Stadtrat dadurch erfahren werde. Der Ausstellung selber stellte Redner das Prognostikon eines Jahrmarchtsfestes zu Plundersmeier, von dem die Bierbrauer und die Hotelwirthe den meisten Nutzen haben würden. Redner war der Meinung, daß der Beschluß, wonach die Ausstellung von 9 Uhr abends ab nicht erichtet werden soll, infolge dessen die Arbeiter zum großen Theile von dem Besuche der Ausstellung ausgeschlossen würden, die Befähigung der Herren Rühnemann und Genossen zur Veranstaltung von Krähwinkeln offensichtlich beweisen habe. Die Geringfügigkeit, mit der Herr Rühnemann von der Arbeiterschaft gesprochen habe, verärgerte diese sehr wenig. Wenn Herr Rühnemann an die Humanität der „Arbeitgeber“ appellirte, den Arbeitern einen halben Tag in der Woche freizugeben, so meinte der Redner, pissen wir auf derartige „Wohlthaten“ der Unternehmer, die doch nur auf Kosten der Arbeiter geschehen würden. Da auch die Sonntage infolge des zu erwartenden Andranges ein ruhiges Studium der Ausstellung unmöglich machen würden, so habe die Ausstellung für die Arbeiterschaft allen Werth verloren. Zener sogenannte Beleuchtungsbeschluß, der aus Ersparnisrückichten gefaßt worden sei, beweise wiederum, daß das Interesse des Geldsacks über alles gehe. Redner folgerete nochmals an diesem, daß es dringende Nothwendigkeit ist, die sozialdemokratischen Vertreter im Nothen Hause zu vermehren, und richtete an die Wählerchaft der dritten Klasse die eindringliche Ermahnung, am 8. November in diesem Sinne ihre Schuldigkeit zu thun.

Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen und die Versammelten bekundeten ihren Willen, der an sie ergangenen Aufforderung nachzukommen, durch die einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution.

Borgmann gab sodann bekannt, daß diejenigen Parteigenossen, die bereit sind, sich am Tage der Wahl, am 8. November, dem Wahlausschusse zur Verfügung zu stellen, sich am 8. November, morgens 8 Uhr, im Lokale des Genossen Wikel, Alterstr. 145, einfinden mögen. Ferner ersuchte er um mögliche Verbreitung der Mittheilung, daß am Donnerstag Abend in demselben Lokale, Söwminnender Gesellschaftshaus, nochmals eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, wo Stadlv. Stabthagen sprechen wird. Hierauf schloß er die anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In einer Kommunalwähler-Versammlung für den 15. und 19. Bezirk, die am 8. November bei Hantenberg in der Cranienstraße tagte, hielten die Kandidaten T. H. Meyer und Gottfried Schnitz Ansprachen über die bevorstehende Wahl. Nachdem Meyer die prinzipielle Stellung erläutert hatte, die die

Sozialdemokratie zum Submissionswesen, zum Schulwesen, zu den Verlehrsvereinigungen u. s. w. im Rothen Hause einnimmt, beleuchtete er kritisch die Versprechungen des freisinnigen Kandidaten Goldschmidt, die dieser den Wählern des 15. Bezirks in einem Flugblatt macht. Vollständig unwahr sei es, wenn darin die Anhebung der Miethsteuer als ein Werk der freisinnigen Majorität der Stadtverordneten-Versammlung dargestellt werde. Man möge sich nur daran erinnern, daß Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion, die die Anhebung der Miethsteuer betrafen, gerade von jener liberalen Majorität abgelehnt wurden, wie alle anderen Anträge der „Rothen“ auch. Als es sich anfangs des Jahres um die Neuordnung der Kommunalverfassung gehandelt habe, sei es dem Magistrat ein Leichtes gewesen, den Schein eigenen Verdienstes zu erwecken, und zwar einfach deshalb, weil es jetzt gesetzlich bestimmt war, daß überhaupt nur noch spätestens bis zum Jahre 1897 Miethsteuern erhoben werden dürften. Und trotzdem seien sogar noch Anstrengungen gemacht worden, diese Steuer vorläufig fort zu erheben. Auch die Renommee, die im Flugblatt mit dem Vorgehen in Sachen der Anstufung vorgetragen werde, sei als sehr hoch zu veranschlagen, denn das Vorgehen sei tatsächlich der Sozialdemokratie zuzurechnen. In sehr unfaßlicher Weise wurde in dem Flugblatt um die Stimmen der kleinen Handwerker geworben. Man mache sogar den vielfach in kleinbürgerlichen Kreisen vorhandenen antisemitischen Instinkten Konzeptionen, indem man den Kandidaten mit dem jüdisch klingenden Namen als „Sohn christlicher Eltern“ bezeichne, der aus kleinen Verhältnissen stamme u. d. Redner legt dann noch an verschiedene Versprechungen des Herrn Goldschmidt den Maßstab des bisherigen Verhaltens der freisinnigen Majorität, um darzutun, wie nichtig diese Versprechungen sind. Gottfried Schulz ergänzte diese Ausführungen des Vordrängers in wirksamen Worten. Auch man führte als Illustration für die Art, wie von den durch die Stadtverordnetenversammlung zur unentgeltlichen Vergabe von Lehrmitteln bewilligten 40.000 M. Gebrauch gemacht wird, folgendes an: Ein armes Mädchen, das ein Buch verlangt, sei von der Lehrerin zurückgewiesen, und als es nochmal bat, sogar mit Schlägen bedroht worden, falls es das Buch beim nächsten Mal nicht mit zur Schule bringe. Nun habe ein Genosse der kleinen einen Zettel mitgegeben, worin auf die erwähnte Bewilligung von 40.000 M. hingewiesen war. Nun sei der Vater des Mädchens zum Rektor getreten und habe von diesem die Auskunft erhalten, sein Kind bekomme das Buch, aber darum bitte nicht mehr zu schreiben. Nachdem der Redner noch hierzu gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am 30. Oktober im Englischen Hof, Neue Poststraße 3, ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Hb. Kohn gab den Halbjahresbericht. Danach sind 6 Versammlungen und 14 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Als besonders hervorzuheben ist die Einrichtung einer Stellenvermittlung im „Handels-Angeboten“. Ferner wurde beabsichtigt, eine Statistik über die Stellenlosigkeit aufzustellen, was jedoch an der Interesslosigkeit der Mitglieder scheiterte. Nach dem Berichte des Kassiers Thiele betrug die Einnahme 1145,51 M., die Ausgabe 1115,88 M., mithin blieb ein Bestand von 40,13 M., ein schließlich des Sparkastenbuchs im Werthe von 10 M. Die Anwesenheit belief sich auf 570, die Schulden auf 190 M. Außerdem wurden 78 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen. Die Revisoren Hinge und Auerbach beantragten, dem Kassier Decharge zu erteilen, was geschah. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Albert Kohn, 1. Vorsitzender, Benno Maß, 2. Vorsitzender, Otto Geze, 1. Schriftführer, Gottschall, 2. Schriftführer, Hermann Thiele, Kassier, Friedr. Schmidt, Heymann und Wilde, Revisoren, Aug. Hinge und Wiede, Revisoren.

Der Verein „Freie Volksbühne“ hielt am 29. Oktober seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende theilte mit, daß in dem Prozeß gegen den Polizeipräsidenten vom Ober-Verwaltungsgericht bisher kein Termin angesetzt worden ist. Der Kassier verlas dann den Kassensbericht, der am 1. Oktober 1895 einen Bestand von 1617,13 M. ergab. Auf Vorschlag der Revisoren wurde dem Kassier Decharge erteilt. Da der Verein bis zum Austrage des Prozesses erhebliche Ausgaben nicht mehr hat und der vorhandene Barbestand zur Deckung der laufenden Ausgaben und der Projektforderungen vollständig ausreicht, wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, die obligatorischen Beiträge in freiwillige zu verwandeln. Da weiter durch die Abschaffung der obligatorischen Beiträge die Arbeit des Kassiers auf eine

minimale verringert ist, setzte man das Gehalt des Kassiers auf 80 M. monatlich fest. Nach Erledigung des geschäftlichen Theils hielt Frau Dr. Badel einen Vortrag über die Dichterinnen Ida Regier und Johanna Ambrosia, der von den Anwesenden mit großem Interesse aufgenommen wurde.

Für die Lederarbeiter und Arbeiterinnen der Portefeuillebranche tagte am 4. November in der Ressource, Kommandantenstr. 57, eine öffentliche Versammlung, deren Besuch zufriedenstellend war. Genosse Millarg sprach unter lebhaftem Beifall über Fortschritt und Armut, zum Schluß auf die Verhältnisse der Lederwaren-Industrie eingehend. Dann gab Kollege Heintze einen kurzen Ueberblick über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lederarbeiter und Arbeiterinnen seit dem Jahre 1890. Er stellte fest, daß die Arbeitslöhne fortgesetzt gesunken sind (insgesamt um ca. 60 pCt.) und daß jetzt die flotte Geschäftszustand auf ein Vierteljahr zusammengebrochen ist. In dieser kurzen Zeit schlagen die Unternehmer aus den Arbeitern so viel Profit heraus, daß sie das ganze Jahr hindurch ein mehr oder minder luxuriöses Leben führen könnten. Dem Arbeiter dagegen bleibe während der übrigen drei Vierteljahre nur das Nagen am Hungertrichter. Angesichts der allgemeinen günstigen Konjunktur in der Lederbranche und wegen der durchaus verbesserungsbedürftigen Lage der Lederarbeiter und Arbeiterinnen schlug der Redner eine 33/3prozentige Lohnerhöhung vor; er betonte hierbei jedoch ausdrücklich, daß dieser Aufschlag im Grunde genommen nur eine Zurechtsetzung der Produktionskosten sei, die das Unternehmertum den in dieser Branche noch vorhandenen Heimarbeitern aufgeschuldet habe. Er führte als Beweis eine statistische Zusammenstellung an, der er den Wochenverdienst von 24 M. zu Grunde gelegt hatte. Um diese 24 M. zu erreichen, müßten 8 Tugend Ledertaschen resp. Gürtel, pro Tugend 3 M. Arbeitslohn, angefertigt werden. Hierzu seien täglich 11 Arbeitstücken des Mannes und die Hälfte seiner Frau erforderlich. Das Jahr zu 52 Wochen gerechnet, würde sich der Verdienst auf 1248 M. stellen. Davon gingen aber die Betriebskosten ab und zwar:

für Beleuchtung wöchentlich 60 Pf., macht pro Jahr zu 52 Wochen	31,20
für Spiritus wöchentlich 15 Pf., macht pro Jahr	7,80
für Stärke pro Jahr	14,-
für Stifte wöchentlich 30 Pf., macht pro Jahr	15,60
für Seife pro Jahr	2,-
für Zink pro Jahr	6,-
für Zeitungsverkauf beim Abliefern wöchentlich 1 M., macht pro Jahr	52,-
für Miete für den Arbeitsraum, der extra notwendig ist, monatlich 12 M., macht pro Jahr	144,-
für Heizung des Arbeitsraums während 5 Wintermonate	15,-
für Hilfskräfte, Arbeitsbürche zum Aufschmieren 3 M. Wochenlohn, macht pro Jahr	156,-
für Wäsche pro Jahr	41,80
Summa:	M. 485,40

Bleibe man nun die Bilanz, so blieben 762,60 M. Jahresverdienst oder 14,66 M. Wochenlohn. Dabei wären die Unkosten äußerst gering veranschlagt. In der Diskussion wurde nun eine 25 prozentige Lohnerhöhung angeregt, von anderer Seite eine Erhöhung von 50 pCt., um nur einigermaßen den 1890 er Tarif wieder zu erreichen. Kollege Göhrig erklärte, daß die zu stellenden Forderungen den Fabrikanten möglichst bald, noch vor Fertigstellung ihrer neuen Kalkulation, zugehört werden müßten, während Kollege Wunsche die Organisationsfrage ventilirte, vor einer voreiligen Beschlußfassung über die Lohnbewegung warnte und eine etwa notwendig werdende finanzielle Unterstützung durch die zentralorganisierte Kollegenschaft von einem dahin gehenden Anspruch der übrigen Arbeiterschaft abhängig machte. Dagegen wurde verschiedentlich betont, daß der heutige Schritt ein Produkt der Noth sei, und einmütig stimmten die Versammelten folgender Resolution zu:

„In Erwägung, daß durch die Schundkonkurrenz und durch die künstlich gezüchtete Hausindustrie, welche es durch die Isolirtheit der Kollegen den Fabrikanten ermöglicht, die Arbeitskraft bis auf äußerste auszunutzen, infolge dessen die Arbeitslöhne von Jahr zu Jahr heruntergegangen sind, so daß nicht von einem menschenwürdigen Dasein, sondern nur noch von einem Existiren die Rede sein kann; in fernerer Erwägung, daß die Hausindustrie die Werksarbeit unmöglich gemacht hat, dadurch aber dem einzelnen Hausindustriellen die bedeutenden Produktionskosten aufgebürdet sind, erklärt sich die heutige Versammlung mit den von der Lohnkommission gemachten Vorschlägen, betreffend einen 33/3prozentigen Lohnaufschlag, ein-

zustimmen, und verspricht, mit aller Energie für diese Forderung einzutreten. Damit dieses mit größtem Nachdruck geschehen kann, verpflichten sich die Anwesenden, der bestehenden Organisation beizutreten, sowie bei jeder sich bietenden Gelegenheit für Anschlag an dieselbe zu sorgen. Die Lohnkommission wird ermächtigt, die nöthigen Schritte zur Lohnbewegung zu thun, und die Versammelten verpflichten sich, diese Agitation mit allen Kräften moralisch und materiell zu unterstützen.“

Zum Schluß wurde die bestehende achtgliedrige Lohnkommission um ein neues Mitglied vergrößert und für zwei aus- geschiedene Kollegen Ersatz geschaffen durch Ernennung der Kollegen Heintze, Erbel und Kargen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 6. November, abends 8 Uhr, im Kommandanten-Garten, Kommandantenstr. 10/11: Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner mit Freunden. Arbeiter-Gesellschaft. Unterricht am Mittwoch, den 6. November, 8 Uhr 15 Min. in der Schulung. 14. Geschichte. Nordische Wälder. 1799: Deutsch. Beginn abends 8 Uhr, Schluß 10 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Lesestoffes materials schon von 6 Uhr an geöffnet.

Vermischtes.

In München ist am Dienstag Morgen der Neubau des Deutschen Theaters eingeweiht. Ein Privattelegramm, welches um 10 Uhr 20 Minuten morgens zugefandt worden, meldet, daß man bislang 4 Tode und 6 Schwerverwundete gefunden hat, während noch 15 Arbeiter unter den Trümmern begraben liegen.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau bringt über den Fall die folgenden, von den Mittheilungen unseres Berichters theilweise abweichenden Meldungen: Dienstag Vormittag stürzte ein überlastetes Baugerüst des Stuppelbause der neuen Bracht-Passage an der Schwantaler-Strasse ein. Zwei Arbeiter wurden getödtet, drei lebensgefährlich verletzt. Wie sich nach den letzten Ermittlungen herausstellte, sind bei dem Gerüstesturz an der Schwantalerstrasse 2 Arbeiter getödtet, 5 Arbeiter schwer und eine Arbeiterin leicht verletzt. Es ist festgestellt, daß nur eine vorchriftswidrige Ueberlastung des Gerüsts das Unglück herbeiführte.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Stadt) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt.

H. A., G. 22 und D. 50. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — 264. S., Treuer Abonnent 10, Chs. Rein. — G. M. 100. Die Vereinbarung, daß Kündigungsfrist ausgeschlossen sein soll (also der Arbeitgeber ohne Grund täglich entlassen, wie der Arbeiter ohne Grund täglich austreten kann), gilt auch für Ihren jetzigen Beschäftigungsort. — H. B. Nur das Dienstmädchen selbst ist für den Schaden, den sie durch ihre Schuld der Drechsele zugefügt hat, verantwortlich, nicht die Herrschaft. — L. 1. Ja. 2. Nein. — S. D. 1. Antzgericht. 2. Ja. 3. Hängt von der Höhe des Objekts ab. — M. N. 64. Verjährung liegt mit Ablauf von zwei Jahren seit Ende des Jahres vor, in dem die Schuld zuletzt anerkannt wurde. Eine Angabe, ob solche Anerkennung vorliegt, fehlt. — 100. Ist nichts weiter vereinbart, so kann nur 3 um 1. (spätestens am 15.) bei Schlafstellen gekündigt werden. — August Lange. War das Geld noch nicht an Ihren Vater gezahlt und sind seit dem Vergleiche noch nicht drei Jahre verfloßen, so können Sie die Zahlung verlangen. — M. G. Von uns noch nicht ermittelt. — W. S. Die Tage ist verschiedenartig; wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage z. B. an Dr. Badel, Dresdenerstr. 109, Dr. Christeller, Alexanderplatz 1. — H. Nr. 100. Die Schankkonzession ist nur dann zu verlangen, wenn gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Bäckerei, des verbotenen Spiels, der Fehlerlei oder der Unflirtlichkeit ausüben werde oder wenn das Lokal den baulichpolizeilichen Anordnungen nicht genügt. Ob eine Bestrafung des Nachsuchenden als „Thatsache“ im erwähnten Sinne zu erachten ist, hängt von sämtlichen Umständen des Falles ab. — B. N. In nächster Nummer.

Briefkasten der Expedition.

H. G., Lengenfeld. Das Geld ist eingetroffen und nach Anweisung verwendet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 6. November.
Opernhaus. Der Evangelist.
Phantasien im Bremer Rathskeller.
Schauspielhaus. Frauenlob. Der Wiener zweiter Herr.
Deutsches Theater. Robinsons Elend.
Berliner Theater. Nachruhm.
Festung-Theater. Der Weissenreiter.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Kette nach dem Mars.
Nachmittags 3 Uhr: Kinder-Vorstellung. Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Neues Theater. Seine Gewese.
Schiller-Theater. Wilhelm Tell.
Hof-Theater. Der Rabenvater.
Vorher: Aber die Ehe!
Adolph Ernst-Theater. Paradebühnen.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater Die kleinen Lämmer. Vorher: Nummer 66.
National-Theater. Muttersegen, oder: Die neue Fanchon.
Theater Unter den Linden. Die Karlschülerin.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstraße 40.
Täglich abends 8 Uhr:
Die kleinen Lämmer.
Canaville in 2 Akten von Barney.
Vorher:
Nummer 66.
Operette in 1 Akt von Offenbach.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Mittwoch: Wilhelm Tell.
Donnerstag: Der Raub der Sabinerinnen.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Auf allgemeines Verlangen:
Muttersegen
oder:
Die neue Fanchon.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von W. Friedrich. Musik von Schäfer.
Regie: Max Samst.
Morgen: Der Glöckner von Notre-Dame.
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Volksvorstellung. Ein Volksfest. Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Regie: Julius Turt.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 64. Male:
Paradebühnen.
Besetzung der Hauptrollen:
Anna Bäckers, Josefine Dora, Ida Schiller, Adolph Ernst, Julius Guden, Hugo Dohler, Richard Jürgens, Guido Zielscher, Karl Weiß, Georg Wocklisch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kein Aufgeld.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
25/26 Chausseestraße 25/26.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel der Lilliputaner.
Die Reise nach dem Mars.
Mittwoch, nachm. 8 Uhr: Extra-Kinder-Vorstellung. Kinder halbe Preise. Schneewittchen und die 7 Zwerge.

Apollo-Theater
Cremo's Tentonenspiele.
Mlle. Philo-Durand
comique Excentriques.
The Wortleys
phänomenale Lustgymnastiker.
Bella Rose.
Miss Rosi Rendel.
The Harveys. Familie Kräusel. Miss Ethardo.
Rozsika Horwath. Heinrich Blanck. Mizi Schütz.
Abbas-Mirza-Troupe.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Hull ist da!!!
Der Mann von Eijen??
wird bald das Tagesgespräch sein.
Jeden Abend 10 Uhr in
Kaufmann's
Variété-Theater
Königsstrasse, Kolonnaden.
Vollständig neues Programm.

Die Berliner Barrisson,
der grossartige Equilibrist Vallo, der verrückte Musiker Jones, der dicke Liebling Edi Blum, das schöne Modell Miss Luciani, der Dampflichter Samson, die vorzüglich. Gymnastiker Regino, kurz und gut, ein Programm, wie es noch nie da war.

Gegründet 1845. Gegründet 1845.
Circus Renz.
Karlsstrasse.
Mittwoch, den 6. November, Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillante Vorstellung.
6 Trakehner, Rapphengste (Orig. Dressur) v. Dir. Fr. Renz. Auftreten des anerkannt besten Schutzeiters der Welt Mr. James Fills mit seinem Vollblutpferde Gorminal. La Perche, großartige Kraftproduktion von den Gebr. Reinisch. Auftreten der Schutzeiterin Frau Robert Renz mit dem Schulpferde Fernoco. Hierauf: Neu! Der Baguettesprung. Neu! Auftreten der Gebr. Monrold, atombatisch-excentrische Teufel. Mlle. Blanche Cooke n. d. Schulpferd Syvan u. dem Springpferd Harris. Auftreten d. renommirten Künstlerfamilie Joo sowie sammtl. Clowns u. d. beliebten Original-August W. Lavater Leo. Alles Nähere aus Plakaten und Austragezetteln ersichtlich.
Donnerstag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Vorstellung.**
Sonntag, den 10. November: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: „Tjo Ni En“ mit dem beliebten Schellenspiel. — Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.
Franz Renz, Direktor,
Königl. Kommissionsrath.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 63. Male: Novität!
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Wih. Mannstätt und Julius Freund.
Musik von Julius Eindehofer.
In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neuer Circus.
Circus Busch
(Bahnhof Börsen).
Mittwoch, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr:
Auf allgemeinen Wunsch:
Gala Sports-Vorstellung.
150 Pferde in der Vorstellung.
u. a.: Ein equistr. Arrangement von 100 Pferden, von keiner Konkurrenz erreichbar, vorgef. vom Dir. Busch. Der beste deutsche Schutzeiter Herr Footitt-Burghardt. Der phänomenale Stanzorsprung. Eine Damen-Schulquadritze, ger. v. 6 Damen. 6 Trakehner und 6 Fuchshengste, neu dress. und vorgeführt von Dir. Busch. Sennora Dolinda de la Plata, die beste Kunstreiterin der Gegenwart. Die amerikanischen Freunde, höchst kom. Episode. Auftreten der Altwiss Gebr. Rossi, Gebr. Cavallini, Mr. Valdemar.
Einlaß 9 1/4 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag: Große Vorstellung.
Neues Programm.

Kaiser-Panorama
(Passage).
Zum 1. Male: Reise Malta, Smyrna, Kairo, Alexandria. Secapathien. Hochinteressante VL Reise: Savoyens Alpen, Monblanc-Besteigung. Eine Reise nur 20 Pf. Abonnements und Vereinsbillets.

II. Wahlkreis.

Drei öffentliche Versammlungen

1. am **Mittwoch**, den 6. November, abends 8½ Uhr, bei **Zubeil**, Lindenstr. 106;
2. am **Mittwoch**, den 6. November, abends 8½ Uhr, in der **Victoria-Brauerei**, Viktoriastr. 111-112;
3. am **Donnerstag**, den 7. November, abends 8½ Uhr, bei **Reinhardt**, Hasenhaide 59.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.
2. Diskussion.

Referenten: **Fritz Zubeil** und **Otto Antrick**.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, auch der Frauen, ersucht
Die Vertrauenspersonen.

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, 7. November, abends 8½ Uhr,
in **Fiebig's Festsälen**, Große Frankfurterstr. 85:

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referenten **Genke** und **Wapont**.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, auch der Frauen, ersucht
Das Wahlkomitee.

Achtung! Süd-Ost. Achtung!

Zwei öffentliche

Volks-Versammlungen.

1. **Donnerstag, 7. Nov., abends 8½ Uhr**, bei **Rantenberg**, Oranienstr. 180.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Freie Diskussion.

2. **Freitag, 8. November, abends 8½ Uhr**, bei **Genke**, Naunburgerstr. 27.

Verkündung der Wahlergebnisse sämtlicher Bezirke!

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, auch der Frauen ersucht
Das Komitee.

Achtung! V. Wahlkreis! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

am **Mittwoch**, 6. November, abends 8½ Uhr,

im Lokale des **Herrn Buske**, Grenadier-Strasse Nr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: **Stadtverordneter Paul Singer**.
2. Freie Aussprache.

Die Wähler des 30. und 39. Kommunal-Wahlbezirks werden besonders eingeladen.

6. Wahlkreis.

3 große öffentliche Versammlungen.

Donnerstag, den 7. November, abends 8½ Uhr:

1. **Prannenstraße 188**, bei **Gründel**. Referent **Otto Näther**.
2. **Swinemünderstraße 35** (Swinemünder Gesellschaftshaus). Referent **Stadtv. Arthur Stadthagen**.
3. **Badstraße 35/36**, **Gesundbrunnen** (Marienbad). Referent **Stadtv. Ewald Vogtherr**.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der 8. November und seine Bedeutung für die Berliner Kommune.

Jedermann hat Zutritt. Freie Diskussion.

NB. Am Freitag, den 8. November, abends 8½ Uhr, finden behufs Resultatverkündung 3 Versammlungen statt: **Kolberger Salon**, **Kolbergerstr. 23**, **Swinemünder Gesellschaftshaus** und **Gründel's Salon**.

Kaufleute.

Donnerstag, den 7. November 1895, im großen Saale des Alten Schützenhauses, Linienstr. 5:

Große Versammlung aller kaufmännischen Kommunalwähler Berlins.

Vortrag des Stadtverordneten-Kandidaten **R. Millarg** über: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Handlungsgeschäfte.

Die Handlungsgeschäfte aller Parteien laden ein

Freie Vereinigung der Kaufleute.

J. A. Albert Kohn.

Achtung, Metalldrücker!

Kollegen! Am **Donnerstag**, den 7. November, abends 8½ Uhr, findet im Lokale von **Kintz & Co.**, Alte Jakobstraße Nr. 83, eine **Werkstatt-Vertrauensmänner-Sitzung der Drücker** statt. Kollegen, erscheint alle! Die Sitzung wird pünktlich eröffnet.

Der Vertrauensmann: **Paul Littin**, Johannisstr. 118/7

Dr. Thompson's Seifenpulver

M* ist das beste

und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festigend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski**, Spittelmarkt 13.

Buchdrucker Berlins und der Vororte!

Sonntag, den 10. November, vorm. präz. 10½ Uhr:

Allgemeine

Buchdrucker-Versammlung

in **Keller's Festsälen**, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Das Gehilfengegnerthum und die Situation im Buchdruckgewerbe.
2. Wie stellen sich die Berliner Buchdrucker zur einheitlichen Durchführung des Tarifs.
3. Diskussion.

Sämtliche Buchdrucker, Prinzipale wie Gehilfen, die ein Interesse an dem Gelingen des Tarifs haben, sind zu dieser hochwichtigen Versammlung freundlichst eingeladen.

Der Einberufer: **A. Massini.**

Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.

Donnerstag, d. 14. November 1895,
abends 6 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung der Mitglieder (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)

im Lokale des **Herrn Buske**, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Erfah- bzw. Ergänzungswahl der Delegierten (13 Arbeitgeber, 51 Arbeitnehmer).
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten. § 47 des Statuts.
3. Quittungsbuch legitimiert.

Donnerstag, d. 14. November 1895,
abends 8 Uhr:

General-Versammlung der Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)

im Lokale des **Herrn Buske**, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Erfah- bzw. Ergänzungswahl des Vorstandes (2 Arbeitgeber, 6 Arbeitnehmer).
2. Wahl eines Prüfungsausschusses (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
3. Beschlusfassung über den Vertrag mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte pro 1896.
4. Beschlusfassung über Verhaltungsregeln für erkrankte Mitglieder.
5. Statutenberatung, §§ 1-68, spez. §§ 29, 32 und 34.
6. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten. — Nach § 47 des Statuts.

Der Vorstand.

Bürstenmacher!

Wegen Lohnabzüge haben die Kollegen von **Le w u g**, Grenadierstr. 7, die Arbeit niedergelegt. — Wir ersuchen die Kollegen, dieses zu beachten. 78/15
Die **Werktatt-Kontrollkommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** (Zahlstelle Berlin).

Hypotheken Baugelder

speziell schwierige Fälle, werden prompt durch Bankvermittlung vermittelt. Anfragen unter **J. R. 9101** **Rudolf Mosse**, Berlin SW.

Carl Jauer

Fruchtstr. 52

empfiehlt den Parteigenossen sein **Weiß- und Baitisch-Bier-Lokal**. Vereinszimmer für 30 Personen. 36702

Für einen im Norden des Freitagstages tadeln Arbeiter-Gesangverein wird ein tüchtiger

Dirigent,

nur erste Kraft, gesucht. Meldungen am **Donnerstag**, den 7. d. Mts., abends 6-8 Uhr, bei **R. Kemnig**, Wolgasterstr. 4, 4 Tr.

Butter und Käse

empfehlen Freunden u. Genossen billigt **Weberstr. 16** und **Gerickestr. 31**.

Möbel zu Fabrikpreisen. **Dresdenerstr. 49.**

Wo kaufen Sie?

eine gute **Cigarre**? 1176b
Binneböse, Laufiger-Platz 1.

R. Buske (seefeld) früher Kaiser Wilhelmstraße 18 M, 2. Eing. Grenadierstraße 33.

Große und kleine Säle, sowie mehrere Vereinszimmer

Helfer's Oranien-Hallen und Festäle Oranienstraße Nr. 51, am Moritzplatz.

Empfehle meine renovierten Säle zu Hochzeiten, Versammlungen, Kränzchen. Weißbier, Münch. Bürger-Bräu, hiefiges Bier, Brauerei Carlsberg-Charlottenburg

Carl Scholz, Brangelsstraße 32.

Zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** empfehle zu **Geschenken** als vorzüglich geeignet: **Bilder von Lassalle, Marx, Engels** mit und ohne Rahmen. **Sozialdemokratische Singsprüche** etc. **Photographien** in Kabinett und Bistitz, **Büsten** etc. Als **Prachtgeschenk** ganz besonders zu empfehlen: **Der erste Mai** in sauberster Ausführung. 36891

Großes Lager von **Delgemälden**, **Stahl- und Kupferstichen**, **Landschaften** compl. zu billigen Preisen. **Weihnachtsbestellungen** bitte so bald wie möglich zu machen. Nach obenwärts gegen Nachnahme.

Großes Lager fertiger Rahmen.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß der **Genosse, Schleier** 246/19

Waldemar Conrad an der Proletariatskrankheit verstorben ist. — Die Beerdigung findet am **Donnerstag**, den 7. November, nachmittags 3½ Uhr, vom **Trauerhause**, Neue Hochstraße 29 aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hiermit allen Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter

Ella Kanter im Alter von 8 Jahren am 3. d. M. nach schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet **Mittwoch** Nachmittags 3 Uhr von der **Leichenhalle** des alten **Thomasstichhofs** aus statt.

Dies zeigen die trauernden Hinterbliebenen an. **J. Kanter** nebst Frau.

Sammet-Reste zu Kinderkleidern, Knabenanzügen, auch pfundweise, **Plüsch-Reste**, **Krimmer-Reste**, **Afghanistan-Reste**, **Reste f. Mäntel**, **Capes**, **Kleiderstoff-Reste**, **Satin-Reste**, **Barchend-Reste**, **Stoff-Reste** zu Knaben-Anzügen, **Kattun-Reste**. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Neue Königstr. 30, 1. Tr.

Unterzeuge jeder Art.

Wollene Westen für Herren, Damen und Kinder.

Schulterkragen und Wollene Tücher.

Unterröcke etc. offeriert in denkbar grösster Auswahl zu bekannt billigen festen Preisen. 33321

Passage - Panopticum.

42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Samoa).

Castan's Panopticum. **Friedrichstr. 165.**

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

!Salambo?

Gratulation.
Lieber Carl, zu Deinem heut' wiederlehrenden Geburtstag wünschen wir Dir Gesundheit und noch langes Leben, daß Du mit Deiner garten Hand uns noch recht oft einen Großen und 'ne Weisse kanna geben. 1175b
Gewidmet von seinen Stammgästen.

Unserm Freund und Genossen

Jacob Barken

zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die Rastermännchen wackeln!

P. B. C. Sch. W. D. S. D.

Ich erkläre die Frau **Wolter**, Anklamerstr. 28, für ehrenhaft. 1174b
Frau Kammer.

Feen-Palast

Burgstraße Nr. 22.

Direction R. Winkler u. W. Fröbel.

Das brillante November-Programm:

14 für Berlin neue

Sensations-Nummern.

Circus Carola

in solcher Vollendung hier noch nicht gesehen.

Anfang: **Sonntag 8 Uhr**, **Wochentags 7½ Uhr**. **Entree 30 Pf.**

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Vorstellg. **Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43** (City-Passage).

Neu! Die Erbtante.

Posse in 1 Akt von **H. Schmaus**.

Scheffler Truppe, **Miss Barbara**, die **Muslatti**, **Clara** und **Hans Sarno**, **Quettisten**, **Martha Peters**, **Kostüm-Soubrette**.

Anf. **Wochent. 7½**, **Sonnt. 8 Uhr**. **Entree 10 Pf., 30 Pf.**

R. Winkler.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Kistenmacher werden sofort verlangt **Wasserthorstr. 9.** 1172b

Cigarrenmacher mit Form, Presse u. **Widelmacher** sucht Hausarbeit. Off. **E. K. 101** Exped. d. Bl. 1177b

Goldleisten-Belegerinnen werden verlangt **Königsplatzstr. 109a.**

Belegerinnen, geübte, verlangt **Goldleistenfabrik** **Dresdenerstr. 97.** 1178b

Verfilberer, **Farbigmacher**, **Baroquevergoldner** verlangt **Beimert**, **Dresdenerstr. 97.** 1179b

Nahmenvergoldner verl. **Friedenstr. 10.**

Knaben-Anzüge. Arbeiterin auf geschneiderte Arbeit guter Mittel-Genres bei dauernder Beschäftigung gesucht. **Leopold Pinn**, Kaiser Wilhelmstr. 8.

Farbigmacher verl. **Kottbusser Ufer 32**

Möbelpolierer.

In der **Werktatt** von **Jerabeck**, **Griebenowstr. 3**, haben die Kollegen aufgehört wegen Lohn Differenzen. Bitte dieses zu beachten. 145/19

Der Vorstand.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Kollegen der **Pianosfabrik** von **W. Steuer**, **Krautstr. 52**, haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die **Werktatt-Kontrollkommission.**

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gefällige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Parteigenossen! Arbeiter!

Wähler der III. Abtheilung

des

2., 5., 7., 11., 13., 15., 17., 24., 27., 30., 33., 35., 39. u. 42. Kommunal-Wahlbezirks!

Am 8. November d. J.

finden in den oben bezeichneten Bezirken Ersatzwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Ihr habt zu entscheiden, welche Partei für die nächsten sechs Jahre diese Bezirke im Rothern Hause vertreten soll. Wenn der Herrschaft des Freisinn, welcher die städtische Verwaltung zum Tummelplatz kapitalistischer Interessen macht, und große Gebiete kommunaler Thätigkeit der Ausbeutung durch das Privatkapital preisgibt, erfolgreich entgegengetreten werden soll, so müssen wieder Männer ins Rathhaus geschickt werden, welche energisch und zielbewußt die Sache der politisch Unterdrückten und der wirtschaftlich Ausgebeuteten führen. An die Stelle der im Berliner Rathhause herrschenden manchesterlichen Verwaltungsprinzipien müssen sozialistische Grundsätze treten. Die großen Aufgaben der Kommune auf dem Gebiete des Verkehrsweßens, der Vergabung städtischer Lieferungen und Arbeiten sowie des Arbeiterschutzes, Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung auskömmlicher Löhne und vernünftiger Arbeitsbedingungen u. s. w. dürfen nicht wie bisher fast ausschließlich im Interesse von Aktiengesellschaften und Großunternehmern bearbeitet werden. Schule, Krankenpflege und Armenwesen müssen wahrhaft volksthümlich eingerichtet, die sanitären Verhältnisse in allen städtischen Anstalten — namentlich in den Schulen — erheblich verbessert werden. Solche das Gemeinwohl fördernde Einrichtungen wollen die sozialdemokratischen Stadtverordneten schaffen, seit 12 Jahren sind sie stetig bemüht, den Boden dafür zu ebnen.

Parteigenossen! Benutzt die Zeit bis zur Wahl zu unablässiger Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten. Veranlaßt die Indifferenten zum Besuch der Wähler-versammlungen, damit sie aufgeklärt werden. Beleht eure Arbeitsgenossen über die Nothwendigkeit der Wahl von sozialdemokratischen Stadtverordneten. Ueberzeugt die Zweifelnden, unterrichtet und festigt die Schwankenden, indem ihr ihnen die Thätigkeit und die Anträge der Sozialdemokraten im Rathhaus vor Augen führt. Der 8. November muß für die Sozialdemokratie im Rothern Hause wieder ein Siegestag werden. Sorgt dafür, daß jeder Wähler am 8. November zur Wahl geht und seine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten giebt.

Arbeiter! Parteigenossen! Wenn die Befügten und Nothleidenden sich aufrufen, wenn Arbeiter und Handwerker, Kleingewerbetreibende und Angestellte ihr Wahlrecht so wie es ihr Klasseninteresse gebietet, ausüben, dann ist der Sieg unser! Thue deshalb jeder seine Schuldigkeit! Vorwärts!

Hoch die Sozialdemokratie!

Wir veröffentlichen nachstehend das Tableau der bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen und bemerken ausdrücklich, daß diejenigen Wähler, welche seit dem 1. August verstorben sind, in demjenigen Bezirk zu wählen haben, in welchem sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten — also im Juli d. J. — gewohnt haben.

Wähler ist jeder Preuss, der 24 Jahre alt, seit einem Jahre in Berlin wohnt, seit dieser Zeit keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten und die ihn betreffenden Gemeinde-Abgaben bezahlt hat, sowie mindestens in die zweite Steuerstufe (600—900 M. Einkommen) eingeschätzt ist.

2. Kommunal-Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 6—10 und vom Stadtbezirk 144: Kleine Kurstr. 9, Niederwallstraße 24 u. 25, Spittelmarkt 14 u. 14a, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist.

Wahllokal: Niederwallstr. 20 bei Kühne.

Kandidat: Expedient August Jacoby, Kochstr. 33.

5. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 21, 29 u. 30 und von Stadtbezirk 22: Wilhelmstraße 42a, Zimmerstr. 1, mit Ausschluss des Grundstücks Königgräferstr. 121 von Stadtbezirk 21.

Wahllokal: Albrechtsgarten, Wilhelmstr. 105.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 26, 27 und 28, mit Ausschluss der Grundstücke Charlottenstr. 11—12 von Stadtbezirk 26, Lindenstr. 89, Markgrafenstr. 10—16 und 85—94; Junferstr. 1 von Stadtbezirk 27.

Wahllokal: Friedrichstr. 228 bei Fröh.

Kandidat: Zigarrenhändler Otto Nutric, Steinmeßstr. 60.

7. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 31, 32, 38 und 39 und von Stadtbezirk 46: Bülowstr. 93; von Stadtbezirk 45: Frobenstr. 1—11 und 41, An der Postelkirche 1, Kurfürstenstr. 29—46 und 139—150; mit Ausschluss des Grundstücks Linstr. 46 von Stadtbezirk 31.

Wahllokal: Potsdamerstr. 123 A bei Zimmermann.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 33—37.

Wahllokal: Friedrich Wilhelmstr. 13 bei Grundmann.

Kandidat: Stadtv. Fröh Zubeil, Lindenstr. 106.

11. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist und zwar: Theil I enthaltend die Stadtbezirke 63, 65 und 67; mit Ausschluss der Grundstücke S.-L.-Kilianstraße 90, Gneissengasse 1 vom Stadtbez. 63.

Wahllokal: Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7.

Theil II enthaltend den Stadtbezirk 64.

Wahllokal: Gockbrauerei, Gidiciustr. 2—6.

Theil III enthaltend den Stadtbez. 66.

Wahllokal: Jossenerstr. 30 bei Jaap.

Theil IV enthaltend den Stadtbezirk 75.

Wahllokal: Viktoriapark, Gneissengasse 67.

Theil V enthaltend die Stadtbezirke 74 und 77.

Wahllokal: Grimmstr. 6 bei Schröder.

Theil VI enthaltend den Stadtbezirk 76.

Wahllokal: Hoppoldt's Brauerei, Hasenheide 32—38.

Theil VII enthaltend die Stadtbezirke 78 A und 78 B.

Wahllokal: Gräferstr. 76 bei Fiebberr.

Kandidat: Stadtv. Fröh Zubeil, Lindenstr. 106.

13. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbez. 88, 89, 90 und von Stadtbez. 87: Admiralstr. 36—40a, Brüderstr. 25, Kottbuserstr. 7 und 8; mit Ausschluss des Grundstücks: Reichenbergerstr. 173 von Stadtbez. 89.

Wahllokal: Mariannenstr. 19 bei Giltsher.

Theil II enthaltend die Stadtbezirke 91—94; mit Ausschluss der Grundstücke: Lausigerstr. 1, Skaliherstr. 89, 40 und 46, Wienerstr. 68 und 69 von Stadtbez. 94.

Wahllokal: Reichenbergerstr. 147 bei Gausewig.

Kandidat: Stadtv. Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a.

15. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 82 und 83 und von Stadtbezirk 81: Elisabeth-Ufer 36 mit Ausschluss der Grundstücke: Adalbertstr. 65, Raunynstraße 59 von Stadtbezirk 83.

Wahllokal: Adalbertstr. 21 bei Koll.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 84 und 85 und von Stadtbezirk 86: Oranienstraße 24—26 und 180—183; von Stadtbezirk 85: Mantuffelstraße 42, Oranienstraße 1; von Stadtbezirk 87: Mariannenstr. 51—53, Raunynstr. 2—15, Mariannenplatz 6a.

Wahllokal: Oranienstr. 190 bei Schreyge.

Kandidat: Stadtv. Th. Mehner, Oranienstraße 184.

17. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 115, 116 und 117; mit Ausschluss der Grundstücke: Brandenburgstr. 17 und 64, Wasserthorstr. 25a von Stadtbezirk 116.

Wahllokal: 57/78. Gemeindeschule, Brandenburgstraße 78/79 — Turnhalle.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 114, 123 und 124; mit Ausschluss der Grundstücke: Prinzenstr. 91, Ritterstr. 19a—29 und 96—105 von Stadtbezirk 123.

Wahllokal: Fürstenstr. 10 bei Wille.

Kandidat: Zigarrenhändler Wilhelm Börner, Ritterstraße 15.

24. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 168, 169 und 172; mit Ausschluss der Grundstücke: Breslauerstr. 17, Fruchtstr. 9—10 und 81—82, Schleifischer Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warfchanerstraße von Stadtbezirk 168, Müdersdorferstr. 41—51 von Stadtbezirk 172.

Wahllokal: Langestr. 65 bei Omeyarch.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 170, 171 und 173; mit Ausschluss des Grundstücks: Koppenstr. 34 von Stadtbez. 173.

Wahllokal: Brauerei Hilsedrin, Koppenstr. 68.

Kandidat: Bildhauer Paul Dupont, Solmsstr. 33.

27. Kommunal-Wahlbezirk, und zwar: Theil I enthaltend die Stadtbezirke 152, 154 und 155 und von Stadtbez. 148: Große Frankfurterstr. 70, Schillingstr. 20; mit Ausschluss der Grundstücke: Gr. Frankfurterstr. 49 und 80, Markstr. 30 von Stadtbez. 152, Pallisadenstr. 88—80, Straußbergerstr. 9 und 35 von Stadtbez. 155.

Wahllokal: Weberstr. 24A bei Preithaupt.

Theil II enthaltend die Stadtbezirke 153, 156 und 159 und von Stadtbez. 151: Krautstraße 1a—2 und 54a—55a; von Stadtbez. 162: Andreassstr. 41—44 und 47, Blumenstr. 34a—41 und 43—51, Krautstr. 53—54; mit Ausschluss der Grundstücke: Große Frankfurterstr. 90—100 und 127, Markstr. 29, Koppenstraße 35 von Stadtbez. 153, Gr. Frankfurterstr. 38—48, Weberstraße 64 von Stadtbez. 156, Gr. Frankfurterstr. 19, Koppenstraße 37—40, Pallisadenstr. 38 von Stadtbez. 159.

Wahllokal: Gr. Frankfurterstr. 99 bei Martini.

Kandidat: Stadtv. Julius Henke, Raunynstr. 27.

30. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 202—206, mit Ausschluss der Grundstücke: Alexanderstr. 63, Prenzlauerstraße 30/31 von Stadtbezirk 202, Mühlstr. 8—9 von Stadtbezirk 205, Mühlstr. 1—7, Kochstr. 1 bis 6 und 15—19, Neue Schönhauserstr. 21, An der Stadtbahn 40 von Stadtbezirk 206.

Wahllokal: „Münchhof“, Mühlstr. 20.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 207—209 und von Stadtbezirk 213: Vinkenstr. 202; von Stadtbezirk 210: Gipsstr. 18, Rosenthalerstr. 25; mit Ausschluss der Grundstücke: Neue Schönhauserstr. 1 und 1a, Weinmeisterstr. 1a—8 von Stadtbezirk 207.

Wahllokal: Rosenthalerstr. 4 bei Fiedler.

Kandidat: Tischler Rudolf Willarg, Prinzessinnenstr. 8.

33. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 226, 227 und 255 und von Stadtbezirk 221: Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Rothbringerstr. 23—27; von

Stadtbezirk 225: Chorinerstr. 4—6 und 78—86, Jeddemiderstr. 9, Stadtbezirk 257: Adlerstr. 27—28 und 143, Invalidenstr. 5 und 153—163; mit Ausschluss der Grundstücke: Fehrbellinerstraße 53 bis 62 von Stadtbezirk 226.

Wahllokal: 67. Gemeindeschule, Adlerstraße 28A — Turnhalle — Eingang: Elisabethkirchstr. 19.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 256, 268 und 269 und von Stadtbezirk 257: Invalidenstr. 148—152, Bergstr. 30 u. 31, Pappelplatz; von Stadtbezirk 267: Bergstr. 62; mit Ausschluss der Grundstücke: Gartenstraße 26—35 und 145—155, Invalidenstr. 18—23 und 129—132 von Stadtbez. 268, Elssasserstr. 27 bis 30 von Stadtbez. 269.

Wahllokal: 67. Gemeindeschule, Adlerstr. 28a — Aula — Eingang: Elisabethkirchstr. 19.

Kandidat: Uhrmacher Otto Naether, Anklamerstr. 44.

35. Kommunal-Wahlbezirk und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 229 und 230.

Wahllokal: Fehrbellinerstr. 25 bei Dahlenburg.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 231, 232 und 233; mit Ausschluss der Grundstücke: Kasanien-Allee 36 und 70, Schwedterstraße 29 von Stadtbez. 233.

Wahllokal: Zwinemünderstr. 140 bei Holm.

Theil III, enthaltend die Stadtbezirke 234, 235 und 236; mit Ausschluss der Grundstücke: Bernauerstr. 26 von Stadtbezirk 235, Rheinsbergerstr. 79 von Stadtbez. 236.

Wahllokal: Rheinsbergerstr. 64 bei Bröll.

Kandidat: Stadtv. Robert Herzfeldt, Plan-Ufer 41.

39. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 216, 217 und 280 und von Stadtbez. 211: Artilleriestr. 13—16, Ziegelstr. 14—21; von Stadtbezirk 215: Artilleriestr. 4a—4c, 21 und 31—31a, Auguststraße 4, Oranienburgerstraße 33—39 und 64—69; mit Ausschluss der Grundstücke: Auguststr. 1—2 und 89—93 von Stadtbez. 216.

Wahllokal: Friedrichstr. 123 bei Krämer.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 279, 281—288 und 285 und von Stadtbez. 286: Alt-Moabit 129, Weststr. 21; mit Ausschluss der Grundstücke: Invalidenstr. 80—83 von Stadtbez. 282.

Wahllokal: Luisenstr. 55 bei Frey.

Kandidat: Stadtv. Robert Herzfeldt, Plan-Ufer 41.

42. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem ein Hausbesitzer zu wählen ist, und zwar: Theil I, enthaltend die Stadtbezirke 276, 277 und 278.

Wahllokal: Neue Kochstr. 49 bei Altmann.

Theil II, enthaltend die Stadtbezirke 319 und 320, mit Ausschluss der Grundstücke: Panstr. 7 und 47 von Stadtbezirk 319.

Wahllokal: 118. Gemeindeschule Panstr. 8 (Turnhalle).

Theil III, enthaltend die Stadtbezirke 321—323.

Wahllokal: Stettinerstr. 57 bei Schulz.

Theil IV, enthaltend die Stadtbezirke 324—326 und von Stadtbezirk 313: Exercierstr. 12, Schulstr. 61—66.

Wahllokal: Maricubad, Gadsfr. 35/36.

Kandidat: Expedient August Jacoby, Kochstr. 33.

Für die Kommunalwähler der hier aufgeführten Bezirke ist noch Gelegenheit, die Wählerliste einzusehen:

2. Bezirk bei Sommer, Grünstr. 21.
11. Bezirk für den Stadtbezirk 78 bei Schönbium, Gräferstr. 8.
13. Bezirk bei Gottfried Schütz, Admiralstraße 40a.
15. Bezirk bei Regner, Oranienstr. 184.
17. Bezirk bei Börner, Ritterstr. 15.
24. Bezirk bei A. Böhl, Müdersdorferstr. 8.
27. Bezirk bei Schulz, Weberstraße 10.
30. Bezirk bei Bernau, Rosenthalerstr. 57.
33. Bezirk bei Bihel, Adlerstr. 143.
35. Bezirk bei Rosenthal, Grankfurterstraße 8.
42. Bezirk bei Tauschel, Grenzstr. 4, Maschke, Kochstr. 32, Haterland, Wellerstr. 87, Wolfram, Prinzen-Allee 21.

Mißstände im Baugewerbe Berlins.

II.

Ueber die Beschaffenheit der Baubuden und Aborte auf den Bauten ist durch die Beauftragten der organisierten Maurer noch folgendes ermittelt worden:

Auf dem Bau des Unternehmers Fischer, Florastraße 55 in Pankow, bestand die Baubude darin, daß ein etwa 6 Quadratmeter großer Ploß mit Brettern verschlagen war. Der Raum war so niedrig, daß selbst ein Mann kleiner Statur bloß geduckt darin stehen konnte. Die schon angedeutet, war die Bude ohne Fußboden; aber auch Tisch und Bänke fehlten, außerdem war sie zur Hälfte mit Baumaterial (Zement) und Werkzeugen des Unternehmers angefüllt. Ploß für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter war somit nicht vorhanden.

Auf dem Bau des Herrn Thiel, Bornborferstraße, befand sich die Bude direkt im Bau, trotzdem dieser zur Zeit erst ein und eine halbe Etage hoch war. Wenn man bedenkt, daß hier zur Aufmauerung einer Etage nur wenige Tage erforderlich sind und daß ein Austrocknen des Baues in dieser kurzen Zeit undenkbar ist, so wird es nicht verwunderlich erscheinen, wenn Arbeiter schon im frühen Alter infolge von Rheumatismus arbeitsunfähig werden.

Ueberhaupt wird auf die Gesundheit und das Unterkommen der Arbeiter sehr wenig Gewicht gelegt. Ein Beispiel von vielen. Auf dem Bau des Maurer- und Glummeisters Ben, Albertinenstraße 2 in Weissensee, waren Baubuden und Abort in einem ungefähr 5 Quadratmeter großen ungetheilten Raum. In einer Ecke war eine offene Grube und ein quer durch die Bude angebrachtes Stück Holz diente als Sitz; das war der Abort. In dem übrig gebliebenen Theil des Raumes hingen die Kleidungsstücke der Arbeiter.

Auf dem Bau Weidenweg 10 (Eigentümer Schmidt) befanden sich Baubude und Abort in einem etwa 9—10 Quadratmeter großen Stallgebäude. Welcher Genuss es sein muß, bei schlechtem Wetter in solchen Räumen zu kampieren oder gar daselbst seine Mahlzeiten einnehmen zu müssen, kann sich jeder leicht selbst vorstellen.

Eines Nebelstandes sei ferner Erwähnung gethan. Größtentheils wird die Baubude gleich zu Anfang des Baues in dem meist sehr engen Hofe des Grundstücks aufgestellt, ohne daß man den Fußboden besonders erhöht. Mit der Zeit sammelt sich, entweder durch nicht abgefuhrene Erde vom Ausschachten, durch Abgänge von altem Baumaterial und so weiter, eine Menge Schutt im Hof an, so daß der Fußboden der Bude mit der Zeit bedeutend tiefer zu liegen kommt, als die Terraihöhe des Hofes ist. So war die Baubude in der Zwillingstraße 10, Noabitz, ringsum von einem Haufen Schutt umgeben, hatte keinen breiteren Fußboden, noch war der Boden gepflastert. Bei Regenwetter muß in dieser Bude mehr Wasser als auf dem ganzen Hofraum sein. Sonach ist es erklärlich, daß die Arbeiter bei so mangelhaften Baubuden auf den Aufenthalt in den Kneipe angewiesen sind.

Nehtlich sieht es auf den Zimmern oder vielmehr Holzplätzen aus. Infolge der Veränderung oder Verschiebung der Produktion verschwinden nämlich die Zimmerplätze mehr und mehr von der Bildfläche. Das Unternehmertum hat größeren Vortheil, wenn es das zum Bauen notwendige Holz gleich auf den großen Holz- und Lagerplätzen zurichten läßt. Wenn nun auf den Zimmerplätzen noch verschleißbare Räume, Schuppen oder Werkstätten vorhanden sind, die dem Arbeiter bei schlechtem Wetter oder in den Pausen ein Obdach bieten, so fehlen diese Unterkunftsräume auf den Holzplätzen gänzlich. Die Arbeiter sind sonach gezwungen, ihre Mahlzeiten im Freien einzunehmen oder bei ungünstiger Witterung in der Kneipe zu verweilen.

Durch die Kontrolle, welche die Behörden gewöhnlich sind, in sanitärer Hinsicht vorzunehmen, wird die Zahl der traurigen Erscheinungen in Abortwesen auf Bauten einigermaßen eingeschränkt. Die Cholera-Epidemie in Hamburg und das dicke Zusammenwohnen einer so großen Masse von Menschen, wie es in Berlin der Fall ist, zwingen dazu, daß auch in sanitärer Beziehung von Seiten der Behörde etwas getan wurde und wird. Wie aber die in voriger Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichte Tabelle zeigt, steht es um die Beschaffenheit der Aborte immer noch sehr traurig. Einzelne, besonders drastische Fälle seien noch angeführt.

In Nixdorf, das bei der Einverleibung der Vororte für Berlin hauptsächlich in Betracht kommt, befinden sich dicht am Bahnhof drei Bauten, dem Bauunternehmer Müller gehörig. Ein auf diesen Bauten beschäftigter Abort spottete jeder Beschreibung. Mitten im Hofraum war ein vieredriges Loch in die Erde gegraben. Auf der Seite nach dem Gebäude war ein dicker abgebrochener Ast vor das genannte Loch gelegt, vielleicht um den Weg davon abzulenken. Auf der anderen Seite war ein schmales Brett, das bei diesem sogenannten Abort als Sitz diente und mit dem einen Ende auf einer Anhöhe der durch Ausschachtung dieser Grube gewonnenen Erde lag. Ploß hierauf war nur für eine Person. Seitenwände, Dach oder sonstigen Schutz gab es nicht. Nehtlich waren die Aborte auf den beiden anderen Bauten beschaffen.

Wie die Unternehmer mit den Arbeitern mitunter umspringen, wenn sie glauben, sich der nötigen Kontrolle entziehen zu können, und dann auch nicht auf die einfachen Einrichtungen für die Arbeiter Rücksicht nehmen, zeigt folgendes Bild. Am Brückenbau zwischen Charlottenburg und Station Grunewald, der von den Unternehmern Koll u. Schälmann (Berlin) ausgeführt wird, war der „Abort“ so konstruiert: Im Walde war ein Loch von 1 Meter Breite und 2 Meter Länge in die Erde gegraben, darüber war ein Brett als Sitz befestigt, natürlich ohne Rücklehne, so daß der diesen „Abort“ benutzende bei der geringsten Bewegung Gefahr lief, in die mit Excrementen angefüllte Grube zu stürzen.

Daß man selbst auf Kommunalbauten den Arbeitern gegenüber in dieser Beziehung nicht spröde ist, zeigt ein anderer Fall. Auf dem Bau der Schule Kaiser Friedrichstr. 45 in Nixdorf, ausgeführt vom Maurermeister Koblmeier, war ein Abort, gerade groß genug, daß ein Mann darauf Ploß hatte, während, gering genug, 50—60 Arbeiter dort in Tätigkeit waren. Für überflüssig hielt man es auch, einen genügenden Sitz oder wenigstens eine Rücklehne an dem offenen Sitz anzubringen. Ein Dach hatte dieser Abort ebenfalls nicht.

Auf dem Bau der jüdischen Erziehungsanstalt in Pankow, der vom Baumeister Kränzel ausgeführt wird, bestand der Abort in einer Grube von ca. einem halben Meter Tiefe und ein paar ganz lose darum genagelten Brettern, so daß man jemand, der den Abort benutzte, von außen deutlich erkennen konnte. Den Sitz bildete eine einfache Latte, ohne Rücklehne. Ein Dach gab es nicht.

Eines Umstandes muß hier noch Erwähnung gethan werden, dem die Behörden unbedingt zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Aus Sparsamkeitsrücksichten und aus anderen Gründen lassen viele Unternehmer die Aborte im Keller des neuen Hauses unterbringen und häufig bleiben die Aborte dort bis zur Vollendung des Hauses. Wo nun in solchen Fällen Tonnen verwendet werden, scheuen gewöhnlich die Unternehmer die Transportkosten und lassen einfach den Inhalt der Tonnen im Keller vergraben. In den Fällen, wo noch nicht einmal Tonnen verwendet werden, sondern gleich eine offene Grube benutzt wird, ist das Eingraben der Exkremente im Keller selbstverständlich. Daß das für die Gesundheit der späteren Bewohner solcher Keller, namentlich für die armen „Trodenvohner“, von den übelsten Folgen sein kann, bedarf keines Beweises.

Aborte solcher Art kommen nicht nur in den Vororten vor,

sondern sind von den Beauftragten der Arbeiter auch mitten in der Stadt angetroffen worden.

In der Anspacherstr. 20 (Unternehmer Hartwig) befand sich eine Grube im Keller, die als Abort diente; der Sitz war offen, ohne Rücklehne. Beim Bau an der Achenbach- und Märkerbergerstraßen-Ecke (Unternehmer Wichert) war der Abort fast genau so hergerichtet, nur mit dem Unterschied, daß der diesen Abort benutzende vom Hof aus sichtbar war, wahrscheinlich der Kontrolle halber! Ebenso befand sich im Herzen Berlins, auf dem Bau Einitenstraße 42—43, ein Abort im dunklen Keller.

Wenn nun auf 868 kontrollierten Bauten nur 16 Aborte im Keller vorgefunden wurden, so ist damit die Liste der in Beziehung auf die Aborte vorgefundenen Mißstände noch nicht erschöpft. Es bleibt unerklärlich, daß auf 27 Bauten gar kein Abort vorhanden war und 168 Aborte nicht beschriftet waren. 25 Unternehmer hielten es noch nicht einmal für angebracht, den Abort mit einem Dach zu versehen, um die Arbeiter dadurch vor den Unbilden der Witterung zu schützen. Groß ist die Klage über Unsauberkeit der Aborte und überfüllte Tonnen, so daß es den Arbeitern oft gar nicht möglich ist, den Abort zu benutzen. In sanitärer und sittlicher Beziehung kommen auch auf Bauten, welche dicht an bewohnten Häusern liegen, oft die größten Verhältnisse vor. Es sind Fälle festgelegt, wo offene Aborte nur 10—20 Schritte weit von den Fenstern dieser Häuser entfernt waren. So befand sich der sogar ohne Dach und Wände bestehende Abort auf dem Hof des Neubaus Doppelstr. 9 in Steglitz direkt vor den Fenstern des bewohnten Quergebäudes. Nehtliche Fälle sind noch mehr zu verzeichnen. Den Frauen, die für Berlin erst beim vorgeschrittenen Bau in Betracht kommen, bleibt unter den jetzigen Verhältnissen nichts weiter übrig, als mit den Arbeitern denselben Abort zu benutzen. Besondere Einrichtungen giebt es für die Frauen nicht.

Gerichts-Beifung.

Aus Preuzlan wird über einen aufsehenerregenden Giftmordprozeß vom 4. November berichtet. Heute begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Giftmordprozeß Springstein. Angeklagt sind der frühere Schmiedemeister Kaufmann Springstein und seine Schwester, die verwitwete Schmiedemeister Auguste Voß geb. Springstein. Springstein ist bisher unbeschäftigt und befindet sich seit März dieses Jahres im hiesigen Untersuchungsgefängnis, während die Angeklagte Voß aus der königlichen Strafanstalt in Luckau vorgeführt werden wird, wofür sie eine ihr vom hiesigen Schwurgericht am 17. Juni 1895 zuerkannte vierjährige Zuchthausstrafe wegen wissentlichen Meineids zu verbüßen hat. Beide sind beschuldigt, gemeinschaftlich und vorzüglich am 7. März 1895 die Ehefrau der Springstein getödtet und die Leiche mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Der Angeklagte Springstein betrieb hier, Neuhäuser Damm, ein Materialwarengeschäft, ohne indessen besonders gute Einnahmen zu erzielen. Er ist gelernter Schmied und hat sich, wie er angibt, nach seiner Konfirmation der Schier-argenei widmet, auf welchem Gebiet er jedoch nichts Nennenswerthes leistete, denn er bestand ein ihm auferlegtes Examen nicht. Jedoch scheint er sich auf der Schule eine große Kenntnis von Gifstoffen erworben zu haben. Nachdem Springstein etwa bis 1893 als Schmied in Königsberg Nm. gewohnt, verzog er mit der mitangeklagten Schwester, die ihm die Wirtshaft führte, zunächst nach Anklam und von dort nach Pasewalk. Hier heirathete er am 23. Juli 1893 seine Ehefrau und verzog darauf im Mai 1894 nach Preuzlan. Am 7. März 1895 verstarb hier plötzlich die Ehefrau des Angeklagten und alsbald entstand das Gerücht, daß Frau Springstein keines natürlichen Todes gestorben sei. Dies Gerücht fand bald größere Verbreitung und nach und nach wurden immer mehr Einzelheiten des Verlebens des Angeklagten Springstein bekannt und der Verdacht der Thäterschaft an der Ermordung seiner Ehefrau gewann derzeit an Wahrscheinlichkeit, daß auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft hier am 21. März 1895 die Leiche ausgegraben und untersucht wurde. Es ließ sich jedoch eine bestimmte Todesursache nicht ermitteln. Hieraus wurde von dem gerichtlichen Chemiker Dr. Bischof in Berlin die Untersuchung der inneren Leichentheile vorgenommen und diese ergab das Vorhandensein von 0,034 Gm. Strichnium im Magen, dem Zwölffingerdarm und der Speiseröhre, während nachweisbare Mengen desselben Giftes auch in den anderen Organen festgestellt wurden. Nun richtete die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen auch auf sechs Todesfälle, die in der Zeit von 1886 bis 1892, während welcher Springstein in Königsberg Nm. wohnhaft war, vorgekommen waren. Unter den dort verstorbenen Personen befanden sich auch die Eltern des Angeklagten und ein Schwager, der Schmiedemeister Johann Voß, der sein Leben mit 12 000 M. versichert hatte. Alle starben unter verdächtigen Umständen. Das Leben seiner Ehefrau hatte Angeklagter mit 3000 M. versichert. Es wurde von der Anklagebehörde auch die Ausgrabung der fünf im Hause des Springstein verstorbenen Personen, nämlich der Eltern des Angeklagten, des Voß, dessen Sohn Alfred und der unehelichen Giebelstern angeordnet und vorgenommen und auch innere Theile dieser Leichen einer nachträglichen Untersuchung unterworfen. Wenngleich die Untersuchung Spuren von Arsenik in den Leichentheilen des Vaters und der Mutter des Angeklagten ergab, konnte doch nicht mehr mit unerschütterlicher Gewissheit festgestellt werden, daß die Todesursache auf Arsenikvergiftung zurückzuführen sei. Hinsichtlich der Ehefrau des Springstein gelangte der Chemiker indes zu dem bestimmten Ergebnis, daß deren Tod infolge Vergiftung durch Strichnium erfolgt sei, da schon eine Gewichtsmenge von 30 bis 45 Milligramm ausreichend sei, den Tod eines Menschen herbeizuführen. Wäre alsbald nach dem Tode der in Königsberg verstorbenen Personen eine chemische Untersuchung vorgenommen worden, so wäre, wie die Staatsanwaltschaft annimmt, auch hier die Todesursache sicher festgestellt gewesen, was bei der neuerlichen Untersuchung wegen der Verunreinigung der Leichentheile nicht mehr möglich war. Als festgestellt nimmt sie jedoch an, daß Springstein in der Apothek zu Königsberg erhebliche Quantitäten Gift, insbesondere Arsenik und Strichnium, eingekauft hat. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage dauern.

Der Angeklagte, dessen Bruder sich als geisteskrank in einer Irrenanstalt befindet, leugnet entschieden, die ihm zum Vorwurf gemachten furchtbaren Verbrechen begangen zu haben, und sucht die besonders gravierenden Fälle des Todes seiner Frau und seiner Mutter auf die Möglichkeit zurückzuführen, daß beide versehentlich Arsenik mit Bittersalz verwechselt hätten. Vielesicht habe seine Frau, die trübfinnig gewesen, Selbstmord verübt. Auf Antrag des Verteidigers, Justizrath Weisner, wird der Agent, welcher mit dem Angeklagten die Lebensversicherung seiner Frau abgeschlossen hat, sowie ein väterlicher Begleiter, zu dem sich der Angeklagte wiederholt über den Geisteszustand seiner Frau geäußert haben will, telegraphisch geladen und sodann die Verhandlung auf kurze Zeit vertagt.

Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Beiseite-schaffung öffentlicher Urkunden wurde in Hannover gegen Dr. Schnuh, der seit 1888 Direktor des städtischen Lebensmittel-Untersuchungsamtes war, vor dem Schwurgericht am Montag verhandelt. Dr. Schnuh ist aus den Prozessen gegen den ehemaligen Reichstags-Abgeordneten Leuß, dessen Grund er früher war, bekannt geworden. Während seiner Amtsführung hat er zahllose Beträge, die seitens der Staatsanwaltschaft der Gerichts-, seitens Privatpersonen u. s. w. für die von ihm geforderten Gutachten über Lebensmittelverfälschung an ihn gezahlt wurden, für sich verwandt. Dr. Schnuh behauptet: er habe dabei im guten Glauben gehandelt, denn er habe die Gutachten als Privatmann und nicht in seiner Amtseigenschaft abgegeben. Die Anklagebehörde bestreitet das, zumal Dr. Schnuh die chemischen Untersuchungen unter wesentlicher Beihilfe der ihm

dienstlich unterstellten Assistenten des städtischen Lebensmittel-Untersuchungsamtes und mit den Geräthen und Materialien des Amtes ausgeführt habe. Außerdem seien die Gutachten sämtlich auf Amtspapier geschrieben und zum Teil mit dem Amtssiegel versehen. Weiter behauptet die Anklage, daß Dr. Schnuh widerrechtlich Urkunden beseitigt habe. Nach erfolgter Amtssuspension wurde Dr. Schnuh vom Magistrat aufgefördert, die noch in seinem Besitz befindlichen amtlichen Schriftstücke u. s. w. herauszugeben. Darauf hat er dem Magistrat geantwortet, daß er solche nicht mehr in seinem Besitz habe. Einige Zeit darauf hat in der Wohnung des Dr. Schnuh eine Hausdurchsuchung stattgefunden, wobei mehrere amtliche Schriftstücke vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Einige Tage später fand bei dem, dem Dr. Schnuh befreundeten Bahnhof-Restaurateur Krenscheld in Langenhagen eine Hausdurchsuchung statt. Krenscheld theilte den Beamten auf Befragen mit: Dr. Schnuh sei einige Tage nach der bei ihm stattgefundenen Hausdurchsuchung zu ihm gekommen und habe ihn gebeten, die von der Staatsanwaltschaft durchsuchten und nicht beschlagnahmten Papiere in Verwahrung zu nehmen. Er (Krenscheld) habe, in Gemeinschaft mit Dr. Schnuh, die Papiere in Kisten verpackt und in seinen Keller geschafft. Unter den in der Wohnung des Krenscheld beschlagnahmten Schriftstücken hat sich eine ganze Reihe unzweifelhaft amtlicher Dokumente und Geschäftsbücher, darunter das Kassabuch vorgefunden.

Zur Verhandlung, die drei bis vier Tage in Anspruch nehmen wird, sind zahlreiche Magistratsmitglieder und frühere Assistenten des Dr. Schnuh als Zeugen geladen worden. Unter den Zeugen befinden sich ferner der im Zuchthaus befindliche ehemalige Reichstags-Abgeordnete Leuß und die kürzlich begnadigte geschiedene Ehefrau Schnuh. Die Verteidigung beabsichtigt den Nachweis zu führen, daß Leuß die Frau Dr. Schnuh auch in dieser Strafsache zu einem Meineid im Vorverfahren verleitet habe.

In dem Münchener Bilderdiebstahl-Prozeß wurde am Montag Nachmittag die Verhandlung mit dem Verhör des Angeklagten Ademann wieder aufgenommen. Der Angeklagte gab an, 27 Originale und 37 Bilder und Skizzen als angeblich Lenbach'sche gekauft und auf mehreren den Namen Lenbach's beigelegt zu haben. Er habe geglaubt, die Bilder seien von Verwandten Lenbach's zum Verkauf gebracht. Beim Signieren habe er nicht beabsichtigt, den Käufer in den Glauben zu versetzen, daß es die Handchrift Lenbach's sei. Hermann Heinemann gab zu, 17 Lenbach'sche Bilder angekauft und zu bedeutend höheren Preisen wieder verkauft zu haben. Er habe keinen Zweifel daran gehabt, daß der Vermittler rechtmäßig in dem Besitz der Bilder gekommen sei. Nachdem die gesammelte Korrespondenz Ademann's und Heinemann's verlesen war, wurde die weitere Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Die Gründe, aus denen das Reichsgericht die Revision der 77 Zuchthausmüher Bauern verworfen hat, lauten nach der „Reichsgerichts-Korrespondenz“ folgendermaßen: Wenn die Revision der Meinung ist, es hätten die Urtheile über die Abfassungsfrage nochmals geprüft werden müssen, so ist diese Meinung irrig. Es kommt darauf gar nicht an. Die Grundlage des Urtheils ist nicht das jüngst ergangene Urtheil des obersten Gerichtshofes für Bayern, sondern das Urtheil des Bayerischen Obergerichtes von 1872. Danach sind die Bauern nur bestraft, wenn Holz gegen Anweisung zu holen, die Angeklagten haben aber Holz ohne Anweisung geholt, ihre Befugnisse also überschritten. Das Ueberschreiten der Befugnisse der Holzberechtigungen ist nach der bayerischen Forstordnung ebenso strafbar wie der Forstfrevel. Der Thatbestand des Forstfrevels liegt also zweifellos vor. Weiter werden von der Revision die Thatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs bestritten und es wird hervorgehoben, die Angeklagten hätten keine Gewaltthatigkeiten beabsichtigt, sondern nur das gefählich ihnen zustehende und seit einem Jahr rückständige Holz holen wollen, diese Nothwehr, meint die Revision, könne hier die erforderliche Anweisung ersetzen. Dem kann aber nicht beigepflichtet werden. Nothwehr setzt einen Angriff voraus, nicht bloß die Unterlassung einer Verpflichtung, sie muß einen rechtswidrigen Angriff abwehren und ist nicht dazu da, einen bestehenden Rechtszustand zu erhalten oder einen künftigen herbeizuführen. Will man annehmen, daß die Angeklagten hätten Selbsthilfe üben wollen, so sind sie auch hier über ihre Befugnisse hinausgegangen. Denn abgesehen davon, daß ein Recht auf Holzfällen ohne Anweisung überhaupt nicht bestand und daß die Angeklagten keinesfalls ein Recht auf Anweisung für Holz hatten, also um so weniger zum Schlagen von solchen berechtigt waren, sind auch die Voraussetzungen der Selbsthilfe hier nicht gegeben. Den Weg der gerichtlichen Klage haben die Angeklagten in diesem Falle noch gar nicht versucht. Abgesehen davon kann das Bestreben, in den Genuss eines Rechtes zu gelangen, nicht ohne weiteres berechtigten, Gewalt anzuwenden gegen die Behörden und deren Anordnungen. Der Thatbestand der Zusammenrottung, des Landfriedensbruchs erscheint als in jeder Hinsicht ohne Rechtswirksamkeit festgestellt.

Ein prügelter Lehrer ist vom Landgericht Melwig auf Grund eines nicht existierenden Gesetzes verurtheilt worden. Dies Gericht hat den Lehrer Albert Michalla am 29. Mai d. J. wegen Körperverletzung im Amte auf Grund einer vermeintlichen Verordnung der Regierung in Opperl zu 6 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Angeklagte hat zwei Kinder mit einem Lineal auf Hände und Gesäß geschlagen und soll dadurch seine Amtsbefugnisse verletzt haben. Das Gericht erkennt an, daß nach dem preussischen Landrechte nur solche Mißhandlungen von Schülern verboten sind, welche gesundheitsgefährlich werden können. Im vorliegenden Falle ist festgestellt, daß die Züchtigungen, die der Angeklagte den Kindern angedeihen ließ, gesundheitsgefährlich Folgen nicht gehabt haben. Dann heißt es im Urtheil: „Dagegen hat er die Verordnung der Regierung zu Opperl übertreten, welche vorschreibt, daß die Züchtigung nur mittels eines biegsamen Stöckes ausgeführt werden darf. Diese Verordnung hat er gekannt.“ — Auf die Revision des Angeklagten hat das Reichsgericht das Urtheil auf und sprach ihn kostenlos frei, da — die angelegte Regierungsverordnung gar nicht existiert.

Die Vertreter der Prügelpädagogen werden mit Genugthuung Notiz davon nehmen, daß preussische Schulkinder auch mit anderen Instrumenten als dem „biegsamen Rohrstück“ gehauen werden dürfen.

Versammlungen.

Für den vierten Wahlkreis wurde am Montag, den 1. d. M., eine öffentliche Parteiverammlung in Kellers Resten abgehalten. Zunächst gaben die Parteiprediktoren Wengels und Thiel, und im Namen der Zeitungskommission die Genossen Böhm und Gese ihren Bericht über den gegenwärtigen Stand des Zeitungsvortriebes durch die Partei. Die Lage der Expedition ist danach günstig; sie würde im Osten noch günstiger sein, wenn nicht in diesem Bezirk theils durch Mangel an Abonnenten, andertheils durch Unregelmäßigkeit einzelner Zeitungsboten nennenswerthe Ausfälle entstanden wären. Die Kommission hätte bereits Vorkehrungen getroffen, um derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. Auch möchten die Parteigenossen entschuldigen, wenn einmal infolge von Veränderungen in den Verhältnissen der Boten eine kleine Unregelmäßigkeit in der Zustellung des „Vorwärts“ einträte, man müsse berücksichtigen, daß in einem neuen Unternehmen nicht gleich alles nach Wunsch klappe.

Zur Berichterstattung über den Breslauer Parteitag nahm nunmehr Zabel das Wort. Redner schildert den bekannten Verlauf der Verhandlungen und klagt über die unfreundliche Aufnahme, die sowohl der Antrag 43, betreffend

die Reichstags-Präsidenten, wie überhaupt alle von Berlin gestellten Anträge bei den auswärtigen Delegierten gefunden hätten. Er erklärt, da die Berliner Genossen der Parteikasse verhältnismäßig das meiste Geld zuführen, hätten sie auch ein Recht, über die Verwendung dieses Geldes ihre eigene Meinung zu haben und darauf bezügliche Anträge zu stellen. Der Delegierte Schneider bespricht hierauf die Agrarverhandlungen des Parteitag und bemerkt dazu, daß manche Redner trotz ihrer akademischen Bildung bei der Wahl ihrer Ausdrücke nicht sehr taktvoll gewesen seien. Er würdelt sich über die Sinnesänderung, die Genosse Bebel in Beziehung auf die Agrarfrage seit dem Frankfurter Parteitag durchgemacht habe, und kann sich mit Bebel nicht einverstanden erklären, wenn er der Mehrheit der Delegierten das Verständnis für die Forderungen des Agrarprogramms abspricht. Im Protokoll des Parteitages sei Bebel's Rede in manchen Theilen unrichtig, als wie sie gehalten worden, viele heftige Wendungen und persönliche Ausfälle seien fortgelassen. Ein derartiges Redigieren sollte nicht geübt werden. Erbe als dritter Delegierter urtheilt abschließend über Fischer's Aeußerungen gegen den Antrag 43. Dieser Antrag habe sich nicht gegen einzelne Personen gerichtet, sondern sei aus der Meinung geschöpft, daß hinreichend gut besoldete Parteibeamte wohl auf die Reichstags-Präsidenten verzichten könnten. Wenn man auch zugeben müsse, daß den Abgeordneten besondere Ausgaben erwachsen, so wäre doch auch zu bedenken, daß jeder Arbeiter, der im Partei-Interesse thätig ist, nicht unbeträchtliche Mehrausgaben habe. Der Antrag werde immer wiederkehren, bis er in befriedigender Weise erledigt sei. Erbe wendet sich ferner gegen Schoenlank's Aeußerungen zu dem Antrag, wonach die Revisionen möglichst von den Parteigenossen der Umgegend jenes Ortes gemählt werden sollten, wo der Parteivorstand seinen Sitz hat. Schoenlank hätte ironisch über die Bescheidenheit der Berliner gesprochen; er solle erst selber Bescheidenheit lernen, ehe er anderen Vorlesung darüber halte. Mit einem Menschen, der bei 10000 M. Gehalt noch 9 M. Diäten nimmt, könne man nicht über Bescheidenheit reden. Unseres Wissens bezieht Genosse Schoenlank nicht 10000, sondern 4000 M. weniger Gehalt. R. d. V.)

In der Diskussion wünscht Garbe, daß die Parteibeamten mit über 3000 M. Gehalt vom Bureau namhaft gemacht würden; der Vorsitzende Gode erklärt, daß das Bureau nicht in der Lage sei, diesem Verlangen nachzukommen. Kaiser hält die Berliner Anträge, besonders den Nr. 43, für berechtigt. Er erinnert an die Thätigkeit der Berliner Arbeiter im Bierbock; sie hätten bei dieser Gelegenheit außer großer Arbeit auch bedeutende Ausgaben gehabt; den Abgeordneten wäre mehr Opferfreudigkeit zu wünschen. Vogt tadelt Bebel's Auftreten gegen Schippel. Bebel solle nicht glauben, daß er, weil er ein alter Parteigenosse sei, alles besser wissen müsse, als die jüngeren. Auch Fischer's Behandlung des Antrages 43 wäre durchaus nicht zu billigen. Die Redner protestirt dagegen, daß Baer aus Harburg die Einbringung des Antrages als eine Schmach bezeichnet hätte, und meint ferner, wenn Singer in Beziehung auf die Behandlung derartiger Fragen mehr Delikatesse gewünscht habe, so möge das berechtigt sein, er hätte das aber nicht thun sollen im Anschluß an den bekannten Artikel der „Braunschweiger Landes-Zeitung“, denn in der Behandlung unserer inneren Partei-Angelegenheiten würden wir niemals Rücksicht nehmen auf die Auslassungen gegnerischer Blätter. Des weiteren wendet sich der Redner gegen die von Erbe gekennzeichnete Auslassung Schoenlank's betreffs der Berliner Bescheidenheit, und hätte es gern gesehen, wenn die Berliner Delegierten gegen solche Redewendungen schärfer, als es geschehen, vorgegangen wären. Gerling behauptet, daß, wie der „Vorwärts“ berichtet habe, ein Antrag, der die Volkshygiene betreffen würde, vom Parteitag mit lautem Gelächter entgegengenommen und darauf abgelehnt worden sei. Er müsse gestehen, dies Gelächter habe vollkommen im Einklang mit der Haltung, die der Parteivorstand zur Volksgesundheit einnehme. Er, Gerling, redigire ein Blatt, das den Interessen der Volksgesundheit diene, und habe wegen dieses Blattes mit dem Parteivorstand in Briefwechsel gestanden. Es seien ihm daraufhin Antworten zu theil geworden, namentlich vom Genossen Liebknecht, die er nicht er-

wartet hätte. Redner macht in heftigen Worten der Parteileitung den Vorwurf, daß sie kein Verständnis für Gesundheitspflege habe. Die Herren „da oben“ hätten überhaupt jede Fühlung mit den Arbeitern verloren. Er würde demnächst Briefe veröffentlichen, die den Arbeitern die Augen öffnen sollen über die „Herren von der Parteileitung“. Diese Herren wollten ja den Bauer, wie den Arbeiter erst proletarisieren, d. h. körperlich und geistig degenerieren lassen, um dann mit diesen Degenerierten die neue Gesellschaft zu gründen. Auch über die Mißstände im Irrenwesen, die in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zur Sprache gekommen, hätten die sozialdemokratischen Zeitungen keine Zeile gebracht. (Nur heraus mit den Briefen!) — Zu den übrigen Aeußerungen Gerling's wollen wir nur bemerken, daß „proletarisieren“ nicht „körperlich und geistig degenerieren“ bedeutet, sondern die Enteignung eines Menschen von den Produktionsmitteln, was zu hindern nicht Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus sein kann. Die Behauptung Gerling's, daß die sozialdemokratische Presse über die im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommenen Mißstände im Irrenwesen keine Zeile gebracht hätte, ist um so komischer, als gerade der „Vorwärts“ es war, der die Mißstände im Irrenwesen u. a. bereits im Jahre 1893 in so drastischer Weise aufgedeckt hat, daß er deswegen noch jetzt unter Anklage steht, und als der „Vorwärts“ weiter den Mißstände-Projekt und die lahmen Verhandlungen, die darüber im Abgeordnetenhaus gepflogen wurden, gebührend gewürdigt hat. (R. d. V.)

Die folgenden Redner Neumann und Pausche weisen die Ausfälle Gerling's gegen die Parteileitung entschieden zurück. Wenn Gerling sich um die Parteithätigkeit gekümmert hätte, müßte er wissen, daß sie in Fragen der Erhaltung und Pflege der Volksgesundheit stets ihr Möglichstes gethan hat. Wenn Gerling an den Antrag denke, der die Aushebung des Impfungzwanges ins Programm aufgenommen wissen wollte, so müsse man dem entgegen, daß dieser Passus nicht in das Programm einer politischen Partei gehöre. Schneider kann sich nicht erinnern, daß der Parteitag einen Antrag mit allgemeinem Gelächter begrüßt hätte, außer dem, der das Stimmenverbot verlangte. Dieser sei allerdings unter wohlwollender Herberheit abgelehnt worden. Anderen Rednern gegenüber, die ihr Befremden ausgedrückt hatten, daß aus dem Parteitag nur Akademiker zum Agrarprogramm gesprochen hätten, bemerkt Schneider, daß er sich schon am ersten Tage der Verhandlungen zum Wort gemeldet hätte, aber durch den Schluß der Debatte nach dreitägiger Dauer derselben nicht mehr zum Wort gekommen sei. Ferner konstatiert er, daß er sich energisch gegen Baer's Redewendung betreffs der Schmach der Berliner Anträge gewandt hat, diese seine Auslassung ließe aber nicht im Protokoll.

Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an: „Die am 4. November tagende öffentliche Parteiversammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Delegierten und mit den Beschlüssen des Breslauer Parteitages einverstanden, soweit die Diätenfrage der Abgeordneten nicht in Frage kommt. Die Versammlung hofft, daß der nächste Parteitag Mittel und Wege finden wird, um die Diätenfrage zur allgemeinen Zufriedenheit zu lösen.“

Im Bericht über die Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter des Südens, der in voriger Mittwochsnnummer veröffentlicht wurde, war gesagt: „Unter Vereinsangelegenheiten wurde Kollege Wachsmuth, der seinem Nebenarbeiter Welsch in der Pianofabrik von Klingmann wegen seiner Ueberarbeit Vorwürfe gemacht hatte und kurze Zeit nachher vom Fabrikanten wegen angeblich schlechter Arbeit entlassen worden war, als gemeldet anerkant.“

Diese Stelle ist dahin zu berichtigen, daß Kollege Wachsmuth nicht wegen angeblich schlechter, sondern wegen angeblich fahrlässiger Arbeit entlassen worden ist.

Weissenfee. Die Berichterstattung vom Breslauer Parteitag erfolgte hier am 2. d. M. in einer im „Prälaten“ abgehaltenen Volksversammlung durch den Delegierten Schilling (Reinickendorf). Er sprach sich gegen das Agrarprogramm aus und bedauerte die persönlichen Vorgänge auf dem Parteitag. Im weiteren bedauerte er, daß sowohl in dem im „Vorwärts“ erschienenen Parteitag-Bericht wie auch im Parteitag-Protokolle die Begründung seines Antrages, daß Versammlungsreferenten

am 1. Mai unentgeltlich zu arbeiten haben, falsch wieder gegeben sei, so daß es den Anschein gewinne, als habe er gegen seinen eigenen Antrag gesprochen. Wenn er auch eine Willkür des betreffenden Berichterstatters nicht annehme, so protestire er doch gegen eine solche grobe Fahrlässigkeit. (Wenn Schilling's Aeußerungen zu dem Antrage in dem uns aus Breslau zugegangenen Bericht unzutreffend wiedergegeben waren, so hätte er eine Berichtigung einreichen sollen; dann wäre es auch möglich gewesen, die betreffende Stelle im Protokoll zu berichtigen. Den Vorwurf der „groben Fahrlässigkeit“ müssen wir übrigens auch namens unseres Parteitag-Berichterstatters zurückweisen. Die angeblich ungenaue Wiedergabe von Nebenberichten nur allzuoft auf unklarer Fußdruckweise der betreffenden Redner selbst. Dann sollten die Genossen doch auch bedenken, daß über die Neben, die nachmittags in Breslau gehalten worden sind, schon am nächsten Morgen im „Vorwärts“ berichtet wurde. Daß da Irrthümer mit unterlaufen können, liegt doch auf der Hand. Statt daß die Genossen nun mit ihren Beschwerden in Versammlungen haufen gehen, hätten sie, wie schon angedeutet, vernünftiger gethan, für das Protokoll Berichtigungen einzusenden. (R. d. V.)

Soße empfahl Schilling, dieshalb im „Vorwärts“ eine Polemik zu eröffnen. Vom Agrarprogramm hielt auch er nicht, erachtete es vielmehr als viel zweckdienlicher, ländliche Agitatoren von Partei wegen erfahrungsgemäß und unabhängig zu machen. Jemte äußerte sich gleichfalls gegen die Bezahlung der Referenten am 1. Mai. Paad verbreitete sich über die Schwierigkeiten der Landagitation. Um diese kennen zu lernen und sich ein Urtheil bilden zu können, genüge es nicht, in einer Versammlung einen Vortrag zu halten. Da müsse man praktisch arbeiten, Flugblätter und Schriften theilen etc. Da würde man die Erfahrung machen, daß die Hunde noch nicht von den Bauernhöfen verschwunden sind. Gewünscht hätte er, daß eine Verbilligung des „Vorwärts“ und die beabsichtigte Verlegung der Zeit der Abhaltung der Parteitage beschlossen worden wäre. Ganz entschieden sprach er sich für Befestigung der Affordarbeit in Parteidruckereien aus. Wenn in dem fraglichen Falle von den Buchdruckern 88 M. pro Woche verdient werden seien, so gab er zu bedenken, daß viele Arbeiter nur 18 M. pro Woche verdienen. Redner war dafür, daß dieser Antrag immer wiederholt werden müsse. Schilling kam nochmals auf das Agrarprogramm zu sprechen und erklärte die Befestigung der Gesunde-Ordnung für werthvoller als das ganze Agrarprogramm. Nach Erschöpfung der Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute am 2. November in Weissenfee tagende Volksversammlung erklärt sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden und verpflichtet sich, die Beschlüsse des Parteitages zur Durchführung zu bringen.“ Beantwortet war diese Resolution von Paad und Karow. Die hierauf gegebene Abrechnung des ehemaligen Vertrauensmannes Paad schloß mit einem Bestande von 95,20 M. ab. Paad wurde entlastet.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffs (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt.

Schneider. In den verschiedenen Theilen Deutschlands giebt es über zehn verschiedene gesetzliche Erbfolge-Ordnungen. Ihre Frage ist daher ohne Angabe, wo der letzte Wohnsitz des Verstorbenen war, nicht zu beantworten. — Gubrystr. 26. Die Beschwerde geht an die Schiedsdeputation (Magistrat, Rathhaus). — 2. 60. Die Verunglückte soll schleunigst bei der Berufs-gemeinschaft den Antrag auf Zahlung einer Unfallrente stellen. Ob sie denselben Lohn wie früher verdient, ist gleichgültig; ein Mensch ist minder erwerbsfähig, wenn er 4, als wenn er 5 Finger hat. — W. P. 3. Wiederholen Sie Ihre Anfrage; die hier eingegangenen sind sämtlich beantwortet. — 1000. Die Einwände gegen eine Alimentenklage, der Beklagte habe bereits das zweite uneheliche Kind mit Klägerin erzeugt, zieht glücklicherweise auch im landrechtlichen Gebiet nicht. — R. M. 100. Im allgemeinen: nein.

Nieff's Fest-Säle,
17 Weberstr. 17, 80358
Umstände halber sind noch Sonn-
abende frei, empfehle dieselben unter
soul. besant. Bedingungen zur baldigen
Bestellung. Alles übrige bekannt.
B. Nieff.

F. Nagel's Festsäle,
Schwedterstr. 23/24.
Gr. Saal mit Bühne (400 Pers.)
Kl. Saal mit Bühne (200 Pers.)
Klein- und große Vereinszimmer.

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Braunstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten-
Vorstellung.

Eine Stunde Kaiser von Oesterreich!
Histor. Lustspiel in 1 Akt v. Oppenheim
Neptun
oder: Der Verräther in Gips.
Komisches Singpiel in 1 Akt von
H. Linderer. Musik von Thiele.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag:
Tanzfränzchen.

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Nervendöden wa-
sonst Gabel, Langher Platz 2. Gfasser-
frage 12.

Stridmoll-Neste, Zephyr, Hochwolk
zu Partiepreisen sehr Holzmartstr. 60.
Hof links 1 Tr.

WeicheHerrenhüte 85Pf.
Steife Herren-Hüte 1 M.,
neueste Jagons verkauft das Fabrik-
komptoir, Barnimstr. 4 u. 5 I.
Sonnabends geöffnet bis 10 Uhr abends.
Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr.

Ladeneinrichtung. 32638
Komptoir, Material, Butier, Vor-
losh, Restauration, Treitel, Michael-
bride 1, an der Holzmartstraße.

Bereidungszimmer m. Piano, 50 Personen.
H. Horn, Kleine Markstr. 10. 8066

Preis-Ausschreiben!

Die Firma Carl Mame in Berlin N., Veteranenstr. 25, veranstaltet einen Wettbewerb
behufs Erlangung guter Melange-Ideen. Jedermann ist berechtigt, sich an dieser Preis-
Konkurrenz zu betheiligen. Es werden Vorschläge verlangt, die namentlich zur Ankündigung
der bekannten Liqueur-Spezialität

**„Halb und Halb, Mame mit
Pomeranzen“**

geeignet sind. Die besten Ideen werden preisgekrönt.

Es gelangen drei Preise und zwanzig Prämien zur Vertheilung:

1. Preis: Zweihundert Mark in Gold,
2. Preis: Einhundert Mark in Gold,
3. Preis: Fünfzig Mark in Gold.

Die nächsten 20 besten Einsendungen werden mit Prämien, bestehend aus je 5 Flaschen
„Halb und Halb, Mame mit Pomeranzen“
ausgezeichnet.

Das Preisrichteram hat ein aus Fachleuten bestehendes Comité übernommen.
Alle Einsendungen sind in verschlossenen Briefen mit der deutlichen Aufschrift: „Betreffend
die Preis-Konkurrenz“ an die Firma **Carl Mame,**
Berlin N., Veteranenstr. 24,
bis 30. November, abends 6 Uhr,
einzusenden.

Alle später einlangenden Vorschläge sind von der Preisbewerbung ausgeschlossen. Wer
sich mit mehreren Vorschlägen gleichzeitig an der Konkurrenz betheiligen will, muß jeden Vor-
schlag auf ein besonderes Papier schreiben.

Die Vertheilung der Preise findet am
15. Dezember cr.
statt. Die Namen der Preisgekrönten werden an diesem Tage durch die Berliner Blätter
bekannt gemacht.

**Sophaplisch =
Neste**

in glatt, gepreßt und ge-
webten Qualitäten, auch
echt Friso und Moquet,
enthaltend 6 bis 22 Meter,
spottbillig! Muster franco!

Abgepaßte Satteltaschen sehr
hochlegante und billig.
Emil Lesèvre, Berlin S., Oranienstr. 159.

14 Tage auf Probe
verfende ich per Nachn. unter Garantie
für Werth und lebende Ankunft
ff. Kanarien-Roller
mit Porto n. Verpakt. per Stück 5,50 M.
Abnahme von 8 Stück 13,50 M. Weibchen
60 Pf. Anfrage mit Rückporto.
L. G. Müller, Vogelzüchterei,
33248 Nordhausen a. Harz.

Ausschneiden.

Gegen Gicht u. Rheumatismus
Bade Lohtannin
Wallstr. 70. Pankstr. 32.
Probekbd nur 1 M.

**Loh-Tanninbäder auch für
Frankenkassen.**
Dampfbadenbäder nur Wallstr. 70
(zweiter Eingang: Neu-Adin a. D. 6. S.)
04481
G. Münsel.
Prospekt franko umsonst.

Klagen, Eingaben,
Unfallfachen, Patzger, Steglitzerstr. 85
Billigste Bezugsquelle für Schuh-
waaren aller Art, namentlich für Leder
des „Vorwärts“. Keine Fälsch-
waare, sondern nur gediegene, halt-
bare Schuhwaaren nur bei
J. Roenthal, Landsbergerstr. 76, 1. Et.
Hört, hört! für 92M. liefere feinste Hufe
n. Maack-Krausenstr. 14, I.

Montag, den 11. November

eröffne ich wegen vollständigen Umbaues und bedeutender Vergrößerung meines Geschäftslokals, um mit den vorhandenen großen Waaren-Vorräthen zu räumen, einen

vollständigen Ausverkauf

meines Waaren-Lagers bestehend aus:

Wollenen und seidenen Kleiderstoffen, Leinenwaaren, Wäsche, Blousen, Unterröcken, Morgenkleidern, Gardinen, Tischdecken, Teppichen etc.

zu noch nie dagewesenen Preisen.

Behufs Umzeichnung sämtlicher Waaren bleibt mein Geschäft für den Verkauf von heute ab bis Montag, den 11. d. M. geschlossen.

Müllerstrasse 175,
am Weddingplatz, Ecke Fennstrasse.

Hermann Böhm.

Müllerstrasse 175,
am Weddingplatz, Ecke Fennstrasse.

Woher es kommt,

dass die Bereitung von Kognak aus Mellinghoff's Kognak-Essenz in so manchen Haushalten beliebt ist, als der Einkauf von alterhand Liqueuren, das ist leicht zu sagen:

Man bezahlt nicht hohe Preise, sondern nur die Rohstoffe und dankt die Erhaltung der eigenen Arbeit.

Aus 1 Liter feinstem Weingeist, 1 1/4 Liter Wasser und einer Flasche Kognak-Essenz, erhält man einen wohlbelummenen Kognak von hohem Genusswerthe, einen Kognak, welcher der chemischen Zusammenfassung nach dem echten vollständig gleich ist.

Beweis: Ich zahle demjenigen 1000 Mark, welcher in der von mir bereiteten Kognak-Essenz, in Flaschen mit meinem Namenszuge ausser dem notwendigen Färbemittel Stoffe entdeckt, welche im echten Kognak nicht enthalten sind.

Dr. F. W. Mellinghoff.

Wenn die Lebensart „für Güte und Kleinheit wird garantirt“, nicht immer Glauben findet, so ist für Kognak dieser Zweifel um so mehr berechtigt, als hier der Nachweis ungeschönter Bestandtheile überaus schwierig ist. Findet sich dagegen das Aroma in konzentrierter Form, als Essenz, so hat der Chemiker leichte Arbeit. Die tadellose Beschaffenheit von Mellinghoff's Kognak-Essenz ist somit in der That durch die obige Erklärung gewährleistet. Man weise daher Essenzen fraglicher Herkunft entschieden zurück und laufe ausschließlich Originalflaschen zu 75 Pf. mit dem Namenszuge des Herstellers, Dr. F. W. Mellinghoff in Mülheim a. d. Ruhr, in Apotheken und Drogerien. Nur so ist man sicher, vor Betrüben bewahrt zu bleiben, die mit Kognak nur den Namen gemein haben.

Gegen 75 Pf. in Briefmarken erhält man eventuell die Essenz vom Fabrikanten kauft.

Für den Wiederkauf wird Rabatt gewährt.

66. Resterhandlung. 66
Bülig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einfügungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Mänteln, Mänteln, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Weihnachtsgeschenke für vier Mark

zwei Cabinet und zehn Visittphotographien auch nach eingesandten Bildern, sowie Vergrößerungen, Gruppenbilder, Grab- u. Hausaufnahmen liefert billigst
W. R. Böhme, Photograph,
Berlin, Lindenstrasse 43,
gegenüber der Zimmerstrasse.
Atelier auch Sonntags bis vier Uhr nachmittags geöffnet.

Friedrich-Strasse 105b

an der Weidendammer Brücke.

Sämtliche durch die infolge der am 26. Oktober 1893 erfolgten

Gaseexplosion

sowie durch

Feuer und Wasser

mehr oder weniger beschädigten Waaren, welche von der Feuer-Versicherung zu sehr niedrigen

Carpreisen zurückgegeben worden sind, werden von Montag,

den 4. d. M. ab

zu fabelhaft billigen Preisen ausverkauft.

Verkaufszeit Vorm. 9-1 Uhr. Nachm. 3-8 Uhr.

Zum Verkauf gelangen:

- I. Haus- und Küchengeräthe, Porzellan- und Glaswaaren, Service etc., Geschnitten Holzwaaren, Leinwandartikel, Nippes etc. Federwaaren, Portemonnaies, Zigarrentaschen, Photographie-Alben.
- II. Leinenwaaren, Wäsche für Damen und Kinder etc., Eriktagen, Strümpfe, Wollene und Pigogne-Hemden, Beinkleider etc.
- III. Gardinen, Portiären, Bettvorleger, billige Teppiche.
- IV. Japanische Artikel, Dekorations-Gegenstände etc.
- V. Spielwaaren und Geschenkartikel.

Echt Stonsdorfer Likör,

à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1, — M., 5 Liter 4,50 M.
Ingber, Getreidekummel, Wachholder, à 1 M., 5 L. 4,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, à 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Möbel-Gelegenheitskauf

Zum Umzug Oranien-Strasse 73, Hof 1., günstige Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem 8 Etagen hohen Möbelpelz, alles hell und überflüssig, kein Boden, sollen sofort ca. 300 neue ganz neue Wohnungseinrichtungen von 100-1000 Mark und darüber verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen Bordüre verklebten gewebenen zum Theil sehr wenig benutzten Möbel für jeden annehmbaren Preis. Theilzahlung gestattet. Kleiderständer, Sopha 18 Mark, Kommode, Küchenspind, Waschtisch 12 Mark, Stühle 3 Mark, Bettstellen mit Federmatratze und Kissen 12 Mark, elegante Nussbaum-Kleiderständer und Waschküchenspind 30 Mark, Küchenspind 40 Mark, Säulen-Kleiderständer und Vertikows, hoch-elegant 45 Mark, Truemeubel mit Stufe 55 Mark, Glasküchenschränke 60 und 100 Mark, Pannellgarnituren, Pannellsofa 80 Mark, Küchenschränke, Gaiselsofa, Schlafsofa, Schreib-tische, Kautschukische, Buffet, Schreibtische, Tische, Spiegel etc., alles spannend billig, sowie fertig decorirte Salons, Speise- und Schlaf-zimmer. Besichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern und eigene Gespanne werden durch transportirt und aufgestellt. 3109 L.

Möbel-Gelegenheit.

Passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größt Möbelpelz, Neue Königsstr. 59, L. sollen ca. 300 Wohnungseinrichtungen, verklebten gewebenen und neue Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 12 Mark, Kommode 6, Küchenspind 12, Stühle 2 M. Neue Nussbaum-Kleiderständer und Vertikows 30 M., Küchenspind und Vertikows 35, Bettstellen m. Matratzen 18, Sopha 18, Säulen-Kleiderständer 55 M., Truemeubel m. Säul. 60, Zylinderbureau, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreibsekretäre 30 M., Küchenschränke 60 M., Pannellsofa 75 M., Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein größtes und billigstes Möbellager zu besichtigen und von den spannend billigen, aber festen Carpreisen sich zu überzeugen. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt.

Roh-Tabak!

Sumatra, Java, Ceylon, Domingo, St. Felix, deutsche Tabake zu den billigsten Preisen in Ballen und auch ausgewogen, empfiehlt
Cesar Vietich, Friedrichstr. 234.

!! Teppiche !!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbenfehlern in Germania, Brüssel und Plüsch zu spottbilligen Preisen.
Größe 188x200 cm = 3, —, 5, —, 8, 10 M.
" 170x250 " = 5, 7, 11, 13, 15 M.
" 200x300 " = 8, 10, 13, 17, —
in reiner Wolle, das Stück 2,00 M.

Portiären in allen Farben, reine Steppdecken in allen Farben, reine Wolle, 160x200 cm, das Stück 5,50 M.

Otto Büchler, Berlin C.,
Königstr. 26, Klosterstr.
Verand-Abtheilung D.

Möbel.

Kleiderständer, Waschküchenspind, Nussb. u. Mahag. 30 M., Küchenspind 45, Schlafsofa 25, Bettstellen m. Federmatr. 27, Ausziehtische 18, Sopha-tische 13, Pfeilspiegel m. Konf. 27, Nachttische 2, Küchenspind 15, Marmortisch 27, Tischgarnit. 30, hochleg. Pannellsofa 100, Truemeubel 75, sowie alle übrigen Möbel sehr billig. Vollständige Einrichtung, beland. preiswerth u. transportfrei. Möbel gegen Theilzahlung unter soliden Bedingungen. Möbelfabrik Brandstr. 13.

Achtung!

Küchen-Einrichtungen.

Eisernes oder Emaille-Geschirre, Messer, Gabeln, Löffel, Glas und Porzellan, Bürsten, sowie sämtliche Completirungsartikel f. Haus u. Küche kaufen Sie am billigsten im Bürgerlichen Kaufhaus

G. Gerstel 3819 L.

für den Südwesten:

100 Belle-Alliance-Strasse 100,

für den Norden:

105b Friedrichstrasse 105b

an der Weidendammer Brücke

35788

Tranringe

reell, Dukaten gestempelt 980.

2 Dukaten 22,50. 1 1/2 Dukaten 17,50.

Alle anderen Goldsachen ebenso reell.

Gegr. Hugo Lemke, 1840.

Auguststrasse Nr. 91, part.,

nahe der Oranienburger Strasse.

Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an

Anzüge nach Maass

Temporowski, Schneidemeister,

Berlin O., Fiedenstr. 37, 1 Tr.

Winter-Paletots

Anzüge in allen Façons und Farben

6554L

Julius Lindenbaum
139. Große Frankfurterstrasse 139.
an der Frankfurterstrasse.

Winter-Toppen
Hohenzollern-Mäntel

in grösster Auswahl bei wirklich reellen festen Preisen.

Specialität: Anfertigung nach Maass, Buschneider im Hause.

Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährige bekannte gute Ruf meines Geschäftes.